

Beteiligungsbericht 2025

für die
Stadt Rudolstadt

Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2024 TEUR 8.797 (Vorjahr TEUR 4.243). Die Erhöhung der flüssigen Mittel ist insbesondere bedingt durch die um 3 Euro je Aktie höhere Gewinnausschüttung der TEAG (TEUR 55.907, Vorjahr TEUR 48.615). Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 46.507 (Vorjahr TEUR 41.500) verbessert, dies resultiert vor allem aus den gestiegenen Beteiligungserträgen, entgegengewirkt haben die gestiegenen Zinsaufwendungen (TEUR 10.000, Vorjahr TEUR 7.854). Im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr ein verbessertes Jahresergebnis (TEUR 45.521, Vorjahr 40.587) erzielt werden, dieses Jahresergebnis liegt damit deutlich über dem prognostizierten Rahmen.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Herausforderungen von einer Dividende in Höhe von 20 € / TEAG-Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2025 ausbezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die Einnahmen aus Dividenden. Trotz eines herausfordernden Geschäftsjahres 2024 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel verbessern können.

Der Geschäfts- und Versorgungsauftrag der TEAG-Unternehmensgruppe wird in den kommenden Jahren weiterhin von der Umsetzung der

energie-wendebedingten Transformationsaufgaben geprägt sein. Die zurückliegenden Geschäftsjahre haben gezeigt, dass die Energiewirtschaft in Deutschland und Europa in der Lage ist, mit tiefgreifenden Veränderungen umzugehen, und auch für komplexe marktliche Herausforderungen geeignete Lösungen zu finden. Den energie-wendebedingten Systemumbau wird die TEAG auch im kommenden Berichtszeitraum weiter vorantreiben. In Thüringen bestehen für den anstehenden Wandel geeignete Voraussetzungen. Gemeinsam mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden will die TEAG-Unternehmensgruppe die vorhandenen Potenziale zielgerichtet und konsequent nutzen, zugleich aber auch mögliche (wirtschafts-) politische und regulatorische Handlungsbedarfe adressieren.

Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG-Unternehmensgruppe ist auch Ergebnis eines breiten, geschäftsfeldübergreifenden Wertschöpfungsansatzes. Dieser deckt die gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungsstufen – vom Energieeinkauf und -handel, über die -erzeugung bis hin zu den Netzen und dem Energievertrieb – ab. Die Realisierung geschäftsfeldübergreifender Synergien im Bereich der EE gehört dabei zum festen Bestandteil des Unternehmensportfolios.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Energiewendeziele gehen mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Haupttreiber der Investitionen liegen in der angestrebten Wärme- und Verkehrswende und führen in der TEAG-Unternehmensgruppe immer mehr zur geschäftsfeldübergreifenden (Projekt-) Vernetzung; von der Energieerzeugung, über den Netzaus- und -umbau bis hin zur digitalen Steuerung der Infrastrukturen und der Umsetzung von IT-Großprojekten. Neuere Geschäftsfelder, wie etwa der Glasfaserausbau, das PV-Geschäft und die Elektromobilität, diversifizieren das Unternehmensportfolio.

Zur Realisierung der Transformationsprojekte hat die TEAG-Gruppe einen verlässlichen, energiewirtschaftlichen Kompass entwickelt, der auf dem Fundament der „7 Netze“-Strategie beruht.

Im Berichtszeitraum hat die TEAG-Gruppe zudem ein umfassendes Investitionsprogramm beschlossen, das im kommenden Jahr fortgeschrieben wird. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalerhöhung. Hierzu wurden im aktuellen Berichtszeitraum die notwendigen Darlehensverträge abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2025 ist eine weitere Eigenkapitalerhöhung durch die Anteilseigner geplant. Im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen spielt, neben den Neuwahlen der Bundesregierung bzw. der Koalitionsbildung im Frühjahr 2025, auch die energiepolitische Ausrichtung der neuen Landesregierung in Thüringen eine wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung. Hierzu wird ein stabiler, langfristig angelegter ordnungspolitischer Rahmen benötigt, der positive Anreize setzt, um die vorhandenen technischen, marktlichen und nachhaltigen Lösungsansätze weiterzuentwickeln. Darauf aufbauend geht die TEAG-Gruppe von einer langfristig positiven Prognose der Geschäftsfelder aus. Im Geschäftsjahr 2025 wird die TEAG-Gruppe die Entwicklung und Umsetzung innovativer, klimafreundlicher und -neutraler Energielösungen fortsetzen – und einen Beitrag zu einem sicheren, stabilen und verlässlichen Energiesystem in Thüringen leisten.

Im kommenden Jahr rechnet die TEAG-Gruppe mit einem EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und einem EBT i. H. v. 85 bis 105 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 65 und 75 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2025 sind in der TEAG-Gruppe Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 350 Mio. € vorgesehen; das Investitionsvolumen wird – vor dem Hintergrund der anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – in den Folgejahren auf einem hohen Niveau gehalten. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und

Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur.

Im Geschäftsjahr 2025 wird für den Einzelabschluss der TEAG AG ein EBITDA zwischen 190 Mio. € und 210 Mio. €, ein EBT zwischen 90 Mio. € und 105 Mio. € sowie ein Jahresüberschuss zwischen 65 Mio. € und 75 Mio. € erwartet. Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen plant die TEAG ein Volumen i. H. v. 200 Mio. €. In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und der energiewirtschaftlichen Lage ab. Durch die Prognose beziehungsweise Risikoeinschätzung der TEAG kann auch die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen 30 und 37 Mio. € erwarten.

Damit dieser insbesondere durch die Gewinnausschüttung generierte Jahresüberschuss auch zukünftig in vergleichbarer Höhe erreicht werden kann, muss sich auch die TEAG der Bewältigung der aktuellen Energiekrise, der Energiewende und dem in diesem Zusammenhang erforderlichen Umbau des gesamten deutschen Energiesystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Energie-Unabhängigkeit stellen. Die TEAG als größter Energieversorger in Thüringen steht bei diesem Umbau in vielfacher Weise in der Pflicht. Damit die TEAG ihre satzungsgemäßen Aufgaben nachhaltig erfüllen kann, sind umfangreiche Investitionen nicht nur in die Versorgungsnetze, sondern in praktisch alle Geschäftsfelder vonnöten. In Summe belaufen sich diese Investitionen

nach derzeitiger Planung im Zeitraum 2023 bis 2028 auf ca. 2 Milliarden Euro. Die jährlichen Investitionsbedarfe entsprechen damit in etwa einer Verdopplung des Niveaus der letzten Geschäftsjahre. Diese Investitionen kann die TEAG nicht alleine aus ihrer Innenfinanzierungskraft bewältigen, daher ist für die Umsetzung der Investitionen die Aufnahme von Darlehen geplant. Die erforderliche Höhe der Darlehensaufnahmen kann nur mit Zuführung von neuem Eigenkapital gestemmt werden. Die Aktionäre der TEAG sind

bereit, neben der bereits im Jahr 2023 umgesetzten Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG auch im Geschäftsjahr 2025 eine erneute Eigenkapitalstärkung vorzunehmen, da der wirtschaftliche Erfolg der TEAG der Garant für die Einnahmen aus Dividenden darstellt. Die KEBT AG wird hierfür ein weiteres Gesellschafterdarlehen beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) aufnehmen, um ihren prozentualen Beitrag zur Eigenkapitalstärkung der TEAG beitragen zu können.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	738.419	98,8 %	737.419	99,4 %	576.110	99,5 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Finanzanlagen	738.419	98,8 %	737.419	99,4 %	576.110	99,5 %
Umlaufvermögen	8.905	1,2 %	4.250	0,6 %	2.832	0,5 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	107	0,0 %	7	0,0 %	5	0,0 %
liquide Mittel	8.797	1,2 %	4.243	0,6 %	2.827	0,5 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Bilanzsumme	747.324	100,0 %	741.670	100,0 %	578.942	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	390.788	52,3 %	354.839	47,8 %	323.824	55,9 %
Gezeichnetes Kapital	2.544	0,3 %	2.544	0,3 %	2.544	0,4 %
geleistete Einlagen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Kapitalrücklage	109.744	14,7 %	109.744	14,8 %	109.744	19,0 %
Andere Gewinnrücklagen	200.000	26,8 %	170.000	22,9 %	140.000	24,2 %
Bilanzgewinn/-verlust	78.500	10,5 %	72.551	9,8 %	71.536	12,4 %
Rückstellungen	202	0,0 %	86	0,0 %	53	0,0 %
Verbindlichkeiten	356.334	47,7 %	386.745	52,1 %	255.065	44,1 %
Bilanzsumme	747.324	100,0 %	741.670	100,0 %	578.942	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sonstige betrieblichen Erträge	3	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Erträge aus Beteiligungen	55.907	100,0 %	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %
Gesamtleistung	55.910	100,0 %	48.615	100,0 %	48.615	100,0 %
Personalaufwand	45	0,1 %	47	0,1 %	47	0,1 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	354	0,6 %	361	0,7 %	365	0,8 %
Erträge aus Ausleihungen	7	0,0 %	10	0,0 %	14	0,0 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	593	1,1 %	729	1,5 %	22	0,0 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.000	17,9 %	7.854	16,2 %	5.978	12,3 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	590	1,1 %	505	1,0 %	475	1,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	45.521	81,4 %	40.587	83,5 %	41.787	86,0 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Dividendenausschüttung an die Stadt Rudolstadt durch die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG der vergangenen drei Jahre.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2024	0	0	14
2023	0	0	14
2022	0	0	14

KEBT-Konzern

Alfred-Hess-Straße 37
99094 Erfurt
Telefon: (0 36 1) 60 206 70
www.kebt.de

Vorstand	Stefan Reindl
Aufsichtsrat	Sven Gregor (Vorsitzender), bis 29.08.2024 Franka Hitzing (Vorsitzende ab 29.8.2024) Olaf Czernomoriez Margit Ertmer Stephan Klante, ab 29.08.2024 Dr. Carsten Rieder Frank Schmidt, bis 29.08.2024 Christian Seeber, ab 29.08.2024 Marco Seidel
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	2.670.729,64 EUR, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (Stadt Rudolstadt: 2.688 Stückaktien)
Konsolidierungskreis	Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 65 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT sieben verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.
Abschlussprüfer	PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Jahresüberschuss	59.736 TEUR (2024) , 67.416 TEUR (2023)
Bilanzsumme	3.311.905 TEUR (2024) , 3.193.056 TEUR (2023)
Mitarbeiter	2.175 (2024) , 1.995 (2023)
Aufsichtsratsvergütung	5.314 EUR (2024) , 5.339 EUR (2023)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Der Gegenstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), inkl. der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben. Die KEBT unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge sowie der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung. Hauptaktionär der KEBT ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an der TEAG und der KEBT ist.

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

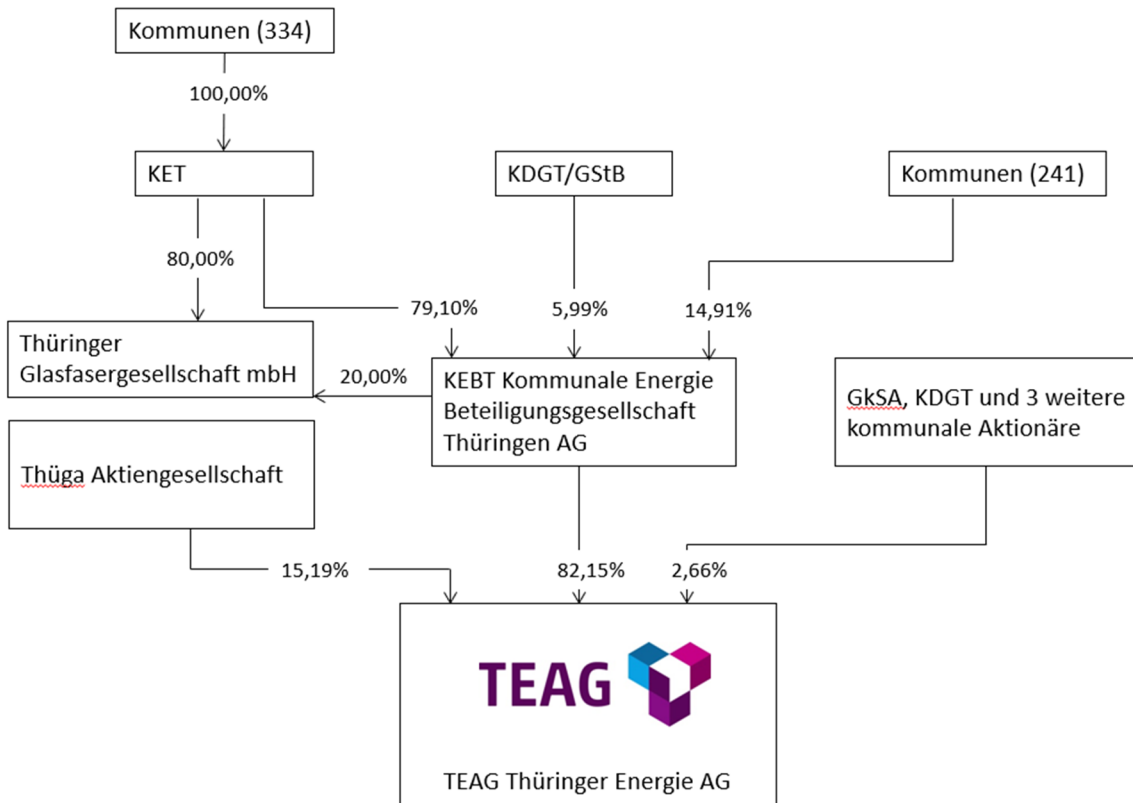
Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie deren Tochterunternehmen, entschieden. Die TEAG in Verbindung mit den Tochterunternehmen sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.



Quelle: KEBT Beteiligungsbericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen. Das Angebotsspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab: Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 65 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der

Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT sieben verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.

Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Erfurt (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO).

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für: Strom, Erdgas, Glasfaser, 450-MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität sowie Wasser (inkl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 34.000 Kilometer (km) langes Strom-, ein rund 6.000 km langes Erdgasnetz sowie ein rund 7.600 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge der Wärmenetze beträgt rund 60 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 7.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität erfolgt der Betrieb von mehr als 400 Schnell- und 300 Normalladepunkten.

Die Geschäftstätigkeit unterteilt sich in die folgenden Bereiche: Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Elektromobilität und Ladenetzinfrastruktur, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges.

Im Bereich Energieerzeugung und Wärme steht der Ausbau von Erzeugungskapazitäten aus erneuerbarer Energie (EE) in Verbindung mit der Nutzung effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeiten. Darüber hinaus wird an der Dekarbonisierung von Bestandsanlagen gearbeitet. Die Thüringer Kommunen werden bei der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) bzw. der Dekarbonisierung ihrer Energie- und Wärmeversorgungssysteme unterstützt. Neben dem Betrieb von drei unternehmenseigenen Wasserkraftwerken wird gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern zudem v. a. der Ausbau der Photovoltaik (PV) vorangetrieben. In diesem Geschäftsbereich sind die TEAG Solar GmbH, Erfurt (TSO), und die Innosun GmbH, Erfurt (Innosun), am Markt vertreten. Im Bereich Windkraft erfolgt über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen (EVU), eine Beteiligung an der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-PV-Anlagen.

Über die TEN als regionalen Verteilnetzbetreiber (VNB) ist die KEBT für den sicheren, effizienten und diskriminierungsfreien Betrieb der Thüringer Strom- und Gasnetze mitverantwortlich. Als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die TEN die nach dem sog. „Energiewirtschaftsgesetz“ (EnWG) gesetzlich geregelte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb. Die Bereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung umfassen das 110-kV-Netz der TEN und weitere gepachtete Netze. Neben dem Netzbetrieb bietet die TEN im nicht-regulierten Bereich verschiedene weitere netzbezogene Dienstleistungen an. Diese umfassen beispielsweise die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Service- bzw. Dienstleistungsangebot für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN agiert in der Marktrolle eines grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB). Über die 450MHz Beteiligung GmbH, Erfurt, ist die KEBT zudem an der 450connect GmbH, Köln, und damit am Ausbau des 450-MHz-Funksystems in Thüringen beteiligt. Die TEN übernimmt einen Teil des Netzaufbaus, d. h. die Planung, den Bau und den anschließenden Betrieb der passiven Teile des Funknetzes in Thüringen.

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb liegt ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld der TEAG im Energievertrieb. Privat- und Geschäftskunden wird ein umfassendes Produktportfolio zur Verfügung gestellt, Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler werden im Rahmen eines breiten Produkt- und Dienstleistungsangebotes mit Strom, Gas und Wärme versorgt. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene energiemarktspezifische Lösungen und Beratungsangebote, wie Kooperationen bei der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Energieeffizienz, KWP und Straßenbeleuchtung.

Mit der Verkehrswende hat im Bereich Elektromobilität die Errichtung von Ladeinfrastruktur stark an Bedeutung gewonnen. Die TMO ist für

die Planung, die Errichtung und den Betrieb von Energieinfrastruktur im Verkehrssektor, inkl. entsprechender Nebenanlagen verantwortlich. Zudem bietet die Gesellschaft ihren Kunden ein breites Vertriebsportfolio hiermit zusammenhängender Produkte und Dienstleistungen, u. a. im Bereich Ladelösungen und -strom.

Im Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden die technischen Anforderungen und Marktchancen umgesetzt, die sich aus der Digitalisierung der Energiewende ergeben. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden durch die TMZ gebündelt. Die TMZ tritt als Komplettanbieter für Messstellenbetreiber (MSB) auf. Für die TEN erbringt sie Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die TMZ Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber (wMSB) und beteiligt sich an aktuellen Entwicklungen, etwa in den Bereichen Smart Metering, Smart Grid und Smart Home.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation werden den Kunden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Der zügige Ausbau des Thüringer Glasfasernetzes im Rahmen von geförderten und eigenwirtschaftlichen Projekten zur ganzheitlichen Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen, glasfaserbasierten Internet- bzw. Datenverbindungen steht dabei im Fokus. Die Vermarktung des Produkt- und Dienstleistungsangebotes für Privat-, Geschäftskunden und öffentliche Einrichtungen erfolgt durch die TNK.

Aktuell hält der KEBT-Konzern eine Vielzahl von Beteiligungen an Unternehmen und Stadtwerken. Durch aktive Partnerschaften innerhalb der Energiebranche wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt, um die Energiewende gemeinsam weiter voranzutreiben.

Unter Sonstiges werden Geschäftstätigkeiten zusammengefasst, die neben der Entwicklung,

Konzeption und Vermarktung weiterführender energiemarktnaher und -spezifischer Dienstleistungen auch Shared-Service-Funktionalitäten betreffen. Im Bereich Kundenkontakt- und Abrechnungsmanagement werden wesentliche Dienstleistungen durch die TES erbracht.

Das übergeordnete Ziel liegt in der Gewährleistung der Sicherheit und Verlässlichkeit der Thüringer Energieversorgung. Die Energiewende führt zu zahlreichen Veränderungen mit weitreichenden Auswirkungen auf das Energiesystem, denen geschäftsfeldübergreifend Rechnung getragen wird. Die „7 Netze“-Strategie weist hierfür den Weg. Im Rahmen eines ganzheitlichen Geschäfts- und Versorgungsansatzes werden die Investitionen in die Thüringer Energielandschaft verdoppelt und damit die Voraussetzungen geschaffen, um sowohl der anwachsenden Netzeinspeisung aus EE als auch dem zunehmenden Strombedarf von Industrie- und Haushaltskunden zu entsprechen. Zur Umsetzung des Investitionsprogrammes, dessen Schwerpunkt im Netzbereich liegt, wird auf die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden gesetzt. Der Erfolg der Unternehmensplanung stützt sich dabei v. a. auf die aktive Unterstützung aller Mitarbeiter: Insgesamt 300 zusätzliche Fach- und Führungskräfte sollen bis zum Jahr 2028 hinzugewonnen werden, um die energiewendebedingten Transformationsaufgaben in Thüringen gemeinsam umzusetzen.

Als führender Energiedienstleister in Thüringen werden deutschlandweit mehr als 500.000 Kunden u. a. mit Strom, (Erd-) Gas und Fernwärme versorgt und Privat- und Geschäftskunden ein breitgefächertes, innovatives und digitales Produkt- und Dienstleistungsangebot angeboten. Hierzu gehören etwa die umfassende Beratung und Unterstützung von Kommunen bei der Durchführung der KWP sowie die Digitalisierung von Mess- und Abrechnungsprozessen im Zählerwesen. Im Rahmen verschiedener (Kooperations-) Projekte wird zudem der Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen H2-Infrastruktur in Thüringen vorangetrieben.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basiert auf einheitlichen Kennzahlen. Zu den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Jahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen ausgewiesen. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange.

Im Verlauf des aktuellen Berichtszeitraumes nahmen verschiedene nationale und internationale (energie-) politische Unsicherheiten weiter zu. Zum einen wurden im aktuellen Geschäftsjahr zahlreiche gesetzliche (Neu-) Regelungen mit z. T. weitreichenden Auswirkungen auf das Geschäft auf den Weg gebracht. Zum anderen konnten zum Jahresende mit dem Bruch der Ampelregierung einige für die Branche zentrale (energie-) politische Gesetze nicht mehr umgesetzt bzw. verabschiedet werden.

Zu den nicht umgesetzten Gesetzesvorhaben gehören u. a. geplante Änderungen im Bereich der EnWG-Novelle, das sog. „Kraftwerkssicherheitsgesetz“ (KWSG, mit der geplanten sog. „Kraftwerksstrategie“) sowie Beschlüsse zur neuen H2-Bundesförderung, mit der die Entwicklung von H2-Projekten in Deutschland vorangetrieben werden soll. Mit Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) konnten dagegen noch notwendige Weichen gestellt werden, um die Ausbauziele im Bereich der EE in „systemverträglicher Form“ umzusetzen.

In Kraft getreten sind am 1. Januar 2024 das sog. „Wärmeplanungsgesetz“ (WPG) und die Novelle des sog. „Gebäudeenergiegesetzes“ (GEG). Beide Gesetze tragen dazu bei, die Klimaziele der Bundesrepublik zu erreichen. Das WPG verpflichtet Städte und Gemeinden zur Aufstellung einer KWP. Das sog. „Solarpaket I“ vereinfacht überdies z. B. den Bau und Betrieb von PV-Anlagen und

beschleunigt den Anschluss von sog. „Balkonkraftwerken“.

Die sog. „EU-Strommarktreform“ soll plötzlichen Krisen an den europäischen Strommärkten vorbeugen und den Ausbau der EE für alle Beteiligten gleichzeitig planbarer und verlässlicher machen. Das BMWK hat im Berichtszeitraum ebenfalls Optionsvorschläge für ein neues, sicheres und klimaneutrales Strommarktdesign vorgelegt, das u. a. auch einen neuen Investitionsrahmen für EE umfasst. Das sog. „Bundes-Klimaschutzgesetz“ (KSG) schreibt fest, dass die THG-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um mindestens -65 Prozent (im Vergleich zu 1990) gesenkt werden und die Bundesrepublik bis zum Jahr 2045 vollständig klimaneutral sein soll. Die KSG-Novelle 2024 rückt dabei die sektorenübergreifende Gesamtverantwortung der einzelnen Wirtschaftszweige in den Mittelpunkt.

Am 1. Januar 2024 ist der neue § 14a EnWG in Kraft getreten. Dieser gibt vor, dass sog. „steuerbare Verbrauchseinrichtungen“ (wie z. B. Wärmepumpen, Stromspeicher und Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge) zukünftig von Netzbetreibern gesteuert werden, um auf akute Netzsituationen bzw. drohende Engpassbildungen schnell und adäquat reagieren zu können. In Verbindung mit dem sog. „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ (GNDEW) verpflichtet der § 14a EnWG die MSB dazu, eine technische Infrastruktur zur flexiblen Steuerung bereitzustellen.

Für Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ist am 1. Januar 2024 zudem das sog. „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ (LkSG) in Kraft getreten.

Die Umsetzung der politischen Klimaschutzziele erfordert umfangreiche Investitionen in allen Geschäftsbereichen. Bereits heute ist absehbar, dass sich die ursprünglich berechneten Gesamtkosten der Energiewende in Deutschland in den kommenden Jahren um ein Vielfaches erhöhen könnten. Laut neueren Berechnungen des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. sind in der deutschen

Energiewirtschaft allein bis 2030 rund 720 Mrd. € zu investieren. Als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen mit Systemverantwortung stellt die KEBT sich den Herausforderungen des aktuellen Transformationsgeschehens.

Die sichere, stabile und effektive (Netz-) Integration der volatilen EE verursacht dabei die größten Kosten. Der Schwerpunkt der Investitionsprojekte wird daher auf der Planung, Errichtung und Inbetriebnahme verschiedener Stromverteilungsanlagen liegen. Dies schließt u. a. den Bau bzw. die Instandsetzung neuer Hoch-, Mittel-, und Niederspannungs-Erdkabel, Transformatoren und Umspannwerke sowie den Rollout verschiedener technischer Komponenten zur Digitalisierung der Netzinfrastruktur, wie etwa von iMSys, ein.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf Grundlage von umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalzuführungen. Nach der Eigenkapitalerhöhung der TEAG durch ihre kommunalen Anteilseigner im Vorjahr i. H. v. 200 Mio. € hat die TEAG im aktuellen Berichtszeitraum Darlehensverträge mit einem Gesamtkreditvolumen i. H. v. rund 1,1 Mrd. € abgeschlossen.

Die energiewendebedingten Veränderungen im Erzeugungs- und Wärmegeschäft sind mit beträchtlichen Investitions Herausforderungen verbunden. Die Dekarbonisierung von konventionellen Erzeugungsanlagen kann dabei nur schrittweise erfolgen, da sich zahlreiche Technologien und Marktösungen derzeit noch in der Entwicklung befinden. Zudem müssen diese im größeren Maßstab z. T. erst aufwendig getestet bzw. zeit- und ressourcenintensiv implementiert werden. Die Umsetzung hängt, neben entsprechenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, u. a. auch von Genehmigungsverfahren, der Bereitstellung von Fördermitteln sowie der weiteren politischen Entwicklung ab.

Im Geschäftsfeld Energieerzeugung und Wärme wird eine Vielzahl strategischer und operativer Lösungsansätze zur zielgerichteten Dekarbonisierung von Bestandsanlagen und zügigen

Errichtung innovativer, klimaneutraler und -freundlicher Neuanlagen verfolgt. Gleichwohl konnten im aktuellen Berichtszeitraum nicht alle vorgesehenen Investitionsmaßnahmen vollumfänglich umgesetzt werden.

Die moderne, hocheffiziente Gasmotorenreihe am Standort des HKW Jena soll die Flexibilität, den Wirkungsgrad und die Gesamteffizienz der Kraftwerksanlage deutlich erhöhen – und als Komplementär zu den volatilen EE auch wirtschaftliche Vermarktungsvorteile mit sich bringen.

Im Berichtszeitraum konnte der Probetrieb der neuen Gasmotorenreihe aufgrund von technischen Beanstandungen nicht abgeschlossen werden. Der Abschluss des erweiterten Probetriebs ist für Mitte 2025 vorgesehen. Die Errichtung einer zweiten, vollständig H₂-fähigen Gasmotorenreihe ist in Planung. Die Realisierung hängt dabei u. a. auch von einer Verlängerung des KWKG-Gesetzes bzw. einer möglichen, alternativen Finanzierung des Betriebs, etwa im Rahmen des KWStG, ab. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode sollen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen verlängert bzw. beschlossen werden.

In der Errichtung einer leistungsfähigen sog. „Power-to-Heat“ (PtH) - Anlage mit 50 MW sowie einer Großflusswärmepumpe mit bis zu 60 MW liegen zwei weitere, wesentliche Investitionsmeilensteine in Jena. Eine Voraussetzung zur Erhöhung des EE-Anteils liegt in der Fortschreibung der sog. „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW) bzw. alternativen Förderprogrammen.

Am Standort HKW Rudolstadt/Schwarza wurden die Pläne zur Modernisierung des Heizkraftwerkes und Vergrünung der Fernwärmeversorgung konkretisiert: Ein mögliches Zielszenario des komplexen Kraftwerksbetriebes sieht neben der Umstellung auf den klimaneutralen H₂-Betrieb u. a. den Einsatz von leistungsfähigen Großwärmepumpen, die Errichtung von PtH-Anlagen, die Nutzung von Flusswärme sowie die Netzintegration der Abwärme mehrerer Industriebetriebe vor. Mit einem ortsansässigen Großkunden

wurde zudem eine umfangreiche Synergiestudie zur Dekarbonisierung seiner Industrieprozesse erstellt. Zur zügigen Erhöhung des EE-Anteils an der Kraftwerkserzeugung wurde eine großflächige PV-Anlage an der Fassade des Umlenktores mit insgesamt 165 PV-Modulen installiert. Zwei weitere PV-Anlagen wurden bereits Anfang des Jahres in Betrieb genommen.

Die Projektentwicklung in Rudolstadt/Schwarza wird neben der geplanten Umstellung der Dampfversorgung auf Heizwasser v. a. vom steigenden Strombedarf am Standort bzw. der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projektpartnern geprägt.

Am Standort des HKW Bad Salzungen wurde zum Ende des Geschäftsjahres ein Elektrodenkessel in Betrieb genommen. Zudem wurden technologie- und ergebnisoffen geeignete Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes untersucht, wie z. B. die Netzintegration regenerativer (Ab-)Wärmequellen. Die Pläne zur Nutzung der industriellen Abwärme eines lokalen Industrieunternehmens aus Bad Salzungen wurden konkretisiert.

An allen Kraftwerksstandorten achten wir beim Betrieb der Gasmotorenanlagen auf die Einhaltung neuester Standards. Diese betreffen u. a. die thermische und elektrische Effizienz sowie die sog. „Verfügbarkeit“ der Anlagen. Im Hinblick auf die Bestandmotoren bewegte sich diese auf einem hohen Niveau und konnte z. T. weiter gesteigert werden.

Die KWP soll es Kommunen bzw. Betreibern von Heizungsanlagen ermöglichen, sich zielgerichtet auf die klimaneutrale Transformation ihrer Wärmeversorgungs-systeme einzustellen. Das WPG gibt vor, dass Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern spätestens bis zum 30. Juni 2026 eine entsprechende KWP aufzustellen haben. Kleinere Gemeinden müssen dies bis spätestens zum 30. Juni 2028 erledigen. Das übergeordnete Ziel der KWP liegt darin, den vor Ort besten und kosteneffizientesten Weg für eine moderne, klimafreundliche Wärmeversorgung zu ermitteln. Im Ergebnis wird ein Wärmeplan aufgestellt, der

eine zuverlässige Dekarbonisierung gewährleisten soll. Eine Verpflichtung, eine bestimmte Versorgungsart auszuwählen bzw. eine bestimmte Versorgungsinfrastruktur auf- bzw. auszubauen besteht dabei nicht. Vielmehr sollen die individuellen Gegebenheiten vor Ort bestmöglich berücksichtigt werden.

Die Finanzierung der KWP wird über den Freistaat Thüringen bereitgestellt und umfasst den gesamten Prozessablauf – von der (Energie-) Datenbeschaffung und Analyse, bis hin zur Erstellung des eigentlichen Wärmeplans. Über die „Thüringer Verordnung über den finanziellen Ausgleich für die Aufstellung von Wärmeplänen“ werden Kommunen ihre Kosten für die Wärmeplanerstellung ersetzt, einschließlich des Einsatzes von Dienstleistern. Insgesamt werden mehr als 50,0 Mio. € bereitgestellt.

Zur aktiven Unterstützung der Thüringer Städte und Gemeinden bei der Durchführung der KWP wurde im Berichtszeitraum ein umfassendes Dienstleistungsangebot aufgebaut und die notwendigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung geschaffen. Das Angebot beinhaltet die Konzeption und Umsetzung der KWP nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften sowie die Erarbeitung individueller Handlungsempfehlungen. Für die Thüringer Städte und Gemeinden werden neben dem Projektmanagement u. a. die Bestands- und Potenzialanalyse, die Akteurs- und Öffentlichkeitsbeteiligung, die Erstellung einer übergreifenden Handlungsstrategie sowie die Erarbeitung von konkreten Zielszenarien übernommen, einschließlich der Empfehlung entsprechender Einzelmaßnahmen.

Zudem wurden mit verschiedenen Partnern Akquis- und Projektpläne vereinbart und mehrere Kooperationsvereinbarungen für eine langfristige Zusammenarbeit bei der KWP geschlossen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde das dezentrale Projektgeschäft weiter ausgebaut und die Geschäftsmodelle hinsichtlich neuer gesetzlicher Anforderungen, wie etwa dem WPG, geprüft. Im Berichtszeitraum wurden Neuverträge in Jena (20,0

GWh) und Ohrdruf (3,0 GWh) abgeschlossen. Darüber hinaus wurden mit wohnungswirtschaftlichen Unternehmen in Bad Berka, Triptis und Gräfenonna langfristige Kooperationsverträge vereinbart. Diese umfassen die klimafreundliche Wärmeversorgung von rund 1.300 Wohneinheiten mit einem jährlichen Wärmeabsatz i. H. v. insgesamt rund 6 GWh.

Der 2024 fertig gestellte Neubau am Standort des Quartiersprojektes Gera-Langenberg ermöglicht die klimafreundliche Wärmeversorgung von rund 800 Wohneinheiten. Das innovative Kraft-Wärme-Kopplungssystem (iKWK) verbindet ein Blockheizkraftwerk mit erneuerbaren Wärmequellen, darunter mehrere Wärmepumpen und eine PtH-Anlage. Im Zusammenspiel ermöglichen die verschiedenen Technologien eine effiziente und klimafreundliche Energieerzeugung.

Das Geschäftsfeld Erneuerbare Energieerzeugung unterliegt kontinuierlichen Marktveränderungen, an denen das Geschäft konsequent ausgerichtet wird. Die Erzeugung aus EE soll dem konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsgeschäft mittel- bis langfristig mindestens gleichgestellt werden.

Die TSO und die Innosun sind für den PV-Bereich zuständig. Die beiden Gesellschaften betreuen Industrie- und Gewerbekunden, Kommunen sowie Stadtwerke. Als Komplett Dienstleister stellen sie individuelle Lösungen bereit und übernehmen die Beschaffung, die Planung und den Bau von PV-Anlagen in verschiedenen Leistungsgrößen. Die TSO konzentriert sich dabei insbesondere auf mittelgroße PV-Projekte für Industrie- und Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerke in Thüringen und im näheren Umkreis, während die Innosun deutschlandweit die Planung und Errichtung größerer PV-Freiflächenprojekte für Industrie- und Gewerbekunden übernimmt.

Trotz teilweise großer, marktbedingter Herausforderungen, wie etwa einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im PV-Geschäft, langwierigen Genehmigungsverfahren und Herausforderungen beim Erwerb geeigneter Grundstücke, haben beide Gesellschaften im Geschäftsjahr

2024 zahlreiche PV-Projekte erfolgreich abgeschlossen. Am Standort Rockensußra hat die Innosun die Projektierung einer Großflächen-PV-Anlage mit einer installierten Leistung i. H. v. rund 70 MWp vorangetrieben.

Zum 1. Januar 2024 hat die TSO mit einer Neuausrichtung ihrer Organisationsstruktur ihre Vertriebsaktivitäten sowie ihre Planungs- und Baukompetenzen gestärkt. In 2024 hat die Gesellschaft PV-Projekte u. a. in Eisenach, Veilsdorf und Nordhausen in Betrieb genommen und in der Nähe von Ohrdruf mit den Vorbereitungen zur Errichtung einer neuen PV-Freiflächenanlage begonnen. Die Vermarktung des regenerativen Stroms aus diesem Projekt mit einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. rund 4 MWp soll über eine Direktbelieferung (sog. „Power-Purchase-Agreement“, PPA) an das lokale Versorgungsunternehmen erfolgen. In Birkigt wurde ein Solarparkprojekt mit rund 2 MWp installierter elektrischer Leistung abgeschlossen, das als Modellprojekt für die geschäftsfeldübergreifende Zusammenarbeit dient. Der Netzanschluss wurde von der TEN realisiert, während die Stromvermarktung über die TEAG erfolgt. Mit dem Modellprojekt in Birkigt werden zukünftige, neue Möglichkeiten der Kommunal- bzw. Bürgerbeteiligung erprobt, welche die Akzeptanz von EE-Projekten im öffentlichen Raum erhöhen sollen.

Die regenerative Energieerzeugung im Geschäftsfeld Windkraft erfolgt über die WKT. Die Gesellschaft bündelt Kompetenzen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieprojekten und plant und errichtet darüber hinaus auch PV-Projekte. Nicht zuletzt vermarktet sie Strom aus eigenen Wind- und PV-Anlagen im Rahmen von PPA-Modellen. Im Jahr 2024 hat die WKT eine Beteiligung an der Windkraft Roldisleben GmbH & Co. KG erworben. Diese betreibt mehrere Windenergieanlagen mit einer Leistung i. H. v. insgesamt 16,8 MW. Das Portfolio der WKT beläuft sich damit auf eine Gesamtwindenergieleistung i. H. v. 62,5 MW.

Der Beitrag der konventionellen Kraftwerke zur Stromerzeugung an den Standorten Jena, Bad

Salzungen, Grabe, Merxleben, Ibenhain, Rudolstadt/Schwarza sowie der dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen lag im Geschäftsjahr bei 389,9 GWh (Vorjahr: 410,0 GWh). Zusätzlich erzeugten die Kraftwerke in Jena, Bad Salzungen, Merxleben, Ibenhain und Rudolstadt/Schwarza für die angeschlossenen Wärmeversorgungsgebiete sowie die dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen insgesamt 877,4 GWh Wärme bzw. Dampf (Vorjahr: 945,8 GWh). Die installierte Gesamtleistung der konventionellen Erzeugungsanlagen belief sich im Berichtsjahr auf 783,6 MWp (thermisch) bzw. 243,8 MWp (elektrisch). Die regenerativen Erzeugungsanlagen generierten insgesamt 14,4 GWh Strom (Vorjahr: 13,4 GWh). Dabei erzeugten die Laufwasserkraftwerke in Spichra, Mihla und Falken 11,6 GWh Strom (Vorjahr: 10,9 GWh). Die PV-Anlagen erzeugten 2,8 GWh Strom (Vorjahr: 2,5 GWh).

Die Investitionsplanung im Netzbereich wird maßgeblich durch die Anforderungen der Energiewende, d. h. die zunehmende Netzeinspeisung und -verteilung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie die regulatorischen Rahmenbedingungen der Investitionen geprägt.

Auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der weiteren Last- und Einspeisesituation in den Stromnetzen wurde eine Prognose des Gesamtinvestitionsbedarfs erstellt und hieraus eine entsprechende Investitionsstrategie abgeleitet. Diese zeigt deutliche, energiewendebedingte Mehrkosten zur Aufnahme und Verteilung der EE im Stromnetz. Die jährlichen Investitionen werden sich bis zum Jahr 2028 in etwa verdoppeln, die Gesamtinvestitionssumme liegt im mittleren dreistelligen Millionenbereich.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit zur Investitionssteigerung infolge neuer gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben entstehen operative Mehrkosten (im Bereich von Dienstleistungen, Material und Personal) dabei nicht zuletzt auch im Hinblick auf den laufenden Netzbetrieb.

Bei einer zeitlich verzögerten Berücksichtigung im Regulierungsrahmen kann sich dies investitions-hemmend – und damit nachteilig auf eine

zügige Umsetzung der Energiewende – auswirken. Im Strombereich wird derzeit insbesondere der erhöhte Personalaufwand der TEN nicht vollständig von den Refinanzierungsmöglichkeiten der sog. „Erlösbergrenze“ gedeckt. Von der Branche werden hierzu aktuell intensiv Lösungsvorschläge mit der Bundesnetzagentur (BNetzA) diskutiert.

Im Hinblick auf das Gasnetz wird mittel- bis langfristig von einem deutlichen Rückgang der weiterverteilten fossilen Erdgasmengen ausgegangen. Dies mündet in einer Stilllegung der Netzinfrastuktur bzw. einer Umrüstung auf klimaneutrale Gase, wie etwa grünen Wasserstoff (H₂), bei einem gleichzeitigen Neubau einer entsprechenden H₂-Infrastruktur. Parallel zur Konkretisierung eines H₂-Kernetzes in Deutschland durch die zuständigen Fernleitungsnetzbetreiber wurden im Berichtszeitraum Planungsarbeiten an einer regionalen H₂-Leitungsinfrastruktur für Thüringen fortgeführt, und hierzu entsprechende Kooperationsvereinbarungen getroffen. Das Startnetz der TEN sieht mehrere Schwerpunktmaßnahmen vor, die im Wesentlichen aus verschiedenen Einzelprojekten zur Umstellung bzw. dem Bau von Erdgas- und H₂-Hochdruckleitungen bestehen. Hinzu kommen Entflechtungsmaßnahmen zur Sicherstellung der im Erdgas verbleibenden Netzkunden. Zur Realisierung wurden geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen sowie ein entsprechendes Investitionsvolumen beschlossen. Die Refinanzierung der Investitionen ist im Hinblick auf die nicht vorhandenen regulatorischen Rahmenbedingungen für VNB im H₂-Bereich noch ungeklärt.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil zur Umsetzung entflechtungsrechtlicher Vorgaben die Unabhängigkeit und Zuständigkeit von Regulierungsbehörden in der Energiewirtschaft deutlich gestärkt. Mit Inkrafttreten eines neuen Rechtsrahmens wird die BNetzA zukünftig in eigener, d. h. in unabhängiger und ausschließlicher Zuständigkeit die Zugangsmethoden und -bedingungen zu den Strom- und Gasversorgungsnetzen festlegen können. Daraus folgt, dass die sog. „Verordnungsermächtigung“ nach § 24

EnWG, wie auch die auf deren Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen – darunter u. a. die sog. „Strom- bzw. Gasnetzentgeltverordnung“ sowie die sog. „Anreizregulierungsverordnung“ – in absehbarer Zeit nicht mehr zur Anwendung kommen. Im Ergebnis hat der EuGH einen Strukturwandel der deutschen Energieregulierung angestoßen, der mit großen Chancen, aber auch Risiken einhergehen kann. Beispielsweise betrifft dies die sog. „Entgeltregulierung“ mit der Kalkulation der Netzentgelte als einem der wirtschaftlichen Schlüsselfaktoren der TEN.

Zur Erörterung eines neuen Regulierungsrahmens hat sich die TEN im Berichtszeitraum u. a. über verschiedene Stellungnahmen aktiv am Austausch zwischen der BNetzA mit Branchenvertretern, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft beteiligt. Im Strombereich hat die BNetzA die sog. „Festlegung zur sachgerechten Verteilung von Mehrkosten aus der Integration von Erzeugungsanlagen von Strom aus EE“ erlassen: Insofern Netzbetreiber in besonderem Maße betroffen sind, können diese einen finanziellen Ausgleich für die Mehrbelastung erhalten. Die Entlastungsbeträge sollen über einen bundesweiten sog. „Aufschlag für besondere Netznutzung“ finanziert werden, der alle Netz- bzw. Stromkunden gleichermaßen an den (Mehr-)Kosten der Netzintegration der EE beteiligt. Im Berichtszeitraum hat die TEN unter Berücksichtigung dieser Festlegung die Netzentgelte für 2025 kalkuliert und veröffentlicht, sodass ihre Netzkunden im kommenden Jahr von den hohen Integrationskosten der EE in ihrem Netzgebiet entlastet werden. Der Entlastungsbetrag beläuft sich auf eine Gesamtsumme i. H. v. rund 80 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden von der BNetzA im Gasbereich mit dem sog. „Festlegungsverfahren zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen“ (KANU 2.0) neue Regelungen zu den Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden von Erdgasleitungsinfrastrukturen definiert. Diese ermöglichen nun auch für Bestandsanlagen eine zügigere Amortisation der Gasnetzinfrastruktur. Im Berichtszeitraum

hat die TEN diesbezüglich verschiedene Szenarien zur Entwicklung der Netzentgelte entworfen. Die Anwendung geht mit erheblichen Auswirkungen auf die Netzentgelte einher und ist seitens der TEN frühestens ab 2026 vorgesehen.

Das Geschäftsjahr 2024 entfiel im Stromnetz auf das erste sowie im Gasnetz auf das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode (Strom 2024 – 2028, Gas 2023 – 2027). Im Strombereich stieg die Erlösobergrenze gegenüber dem Vorjahr um insgesamt +27,8 Prozent. Die Kostensteigerung war im Wesentlichen durch ein gesteigertes Kostenausgangsniveau zu Beginn der neuen Regulierungsperiode bedingt. Ein weiterer signifikanter Kostenanstieg ergab sich aus um insgesamt +73 Prozent höheren Aufwendungen für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen nach dem Wegfall des geplanten, milliardenschweren Zuschusses zu den Netzentgelten der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) zum Ende des Vorjahres.

Die Erlösobergrenze im Gasbereich ging gegenüber dem Vorjahr um insgesamt -4,1 Prozent zurück. Entgegen den Entwicklungen im Strombereich ergaben sich wesentliche Kostensenkungen hier aus geringeren Aufwendungen für die Nutzung vorgelagerter Netze.

Im Stromnetz ergingen durch die BNetzA die Festlegung zu den Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode sowie die Beschlüsse zum sog. „Qualitäts-Element“ 2024 und 2025, dem Regulierungskonto 2021 und dem sog. „Produktivitätsfaktor“ für die vierte Regulierungsperiode. Zudem erfolgte die Anhörung zum Kapitalkostenaufschlag zur Erlösobergrenze 2024. Darüber hinaus wurden sowohl der Antrag zur Ermittlung und Auflösung des Regulierungskontos 2023 als auch der Antrag auf Kapitalkostenaufschlag für das Geschäftsjahr 2025 gestellt.

Im Gasnetz wurden von der TEN die Anträge sowohl zur Ermittlung und Auflösung des Regulierungskontos 2023 als auch zur Genehmigung des Kapitalkostenaufschlages für 2025 gestellt. Zu den Anträgen für das Regulierungskonto 2019

sowie den Kapitalkostenaufschlag 2023 ergingen die entsprechenden Beschlüsse.

Als regionaler VNB liegt die Hauptaufgabe der TEN im sicheren Betrieb der Thüringer Strom- und Gasnetze. In 2024 kam es im Netzbetrieb zu einem erhöhten Aufkommen von überwiegend technisch geprägten Störfällen. In deren Folge wurden der Maßnahmenkatalog und die Verfahrensregelungen zur Risikobeherrschung und dem Schutz der kritischen Infrastruktur angepasst. Bei der Krisenvorsorge spielen die Folgen des Klimawandels eine zunehmende Rolle. Diese treten hauptsächlich in Form von Extremwetterereignissen auf. Im Berichtszeitraum kam es besonders häufig zu durch Baumsturz verursachten Versorgungsunterbrechungen, die häufig in Zusammenhang mit Trockenheit und einem infolgedessen verstärkten Borkenkäferbefall stehen. Darüber hinaus befinden sich im Kabelbestand der TEN im Bereich der Mittelspannung (MS) neben rund 7.300 km modernen, kunststoffisolierten sog. „VPE-Kabeln“ insgesamt noch rund 1.000 km sog. „Massekabel“ von vor 1990, welche teilweise vor Erreichung ihrer nominalen Nutzungsdauer ein deutlich erhöhtes Störaufkommen verursachen. Rund 80 Prozent der MS-Kabelstörungen sind auf diese Kabeltypen zurückzuführen, bei nur rund 12 Prozent Anteil an der gesamten MS-Kabellänge. Im Rahmen eines Austauschprogrammes wird die TEN diese Kabel in den kommenden Jahren ersetzen.

In 2024 wurde das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) der TEN erfolgreich re-zertifiziert. In diesem Zusammenhang wurden die Schutzstandards zur frühzeitigen Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen erhöht. Neben den Maßnahmen im Bereich Informationssicherheit wurden zudem weitere Vorkehrungen zur Erhöhung der physischen Sicherheit von Steuerungsanlagen und -systemen getroffen.

In der Netzführung vollzieht sich derzeit ein Wandel hin zu einer deutlich komplexeren Systemführung als bisher, getrieben von einer Vielzahl zusätzlich angeschlossener dezentraler Verbrauchs- und Einspeiseanlagen. Eine

Voraussetzung für den zielgerichteten Netzbetrieb – und die Vermeidung von durch Engpässen verursachten Störfällen – liegt dabei in der sog. „Beobachtbarkeit“ bzw. Überwachung und Steuerbarkeit der Netze auf allen Spannungsebenen. Der Ausbau der EE erzwingt eine maximale Auslastung der Netzinfrastruktur unter Nutzung aller Reserven. Mit dem § 14a EnWG hat der Gesetzgeber neue Regelungen erlassen, die den Netzbetreiber verpflichten, neue Verbraucher unverzüglich anzuschließen und ihm gleichzeitig erlauben, steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Netz der Niederspannung (NS) im technischen Bedarfsfall zu dimmen. Im Berichtszeitraum hat die TEN zur Umsetzung des § 14a EnWG in mehreren Thüringer Ortschaften Pilotprojekte gestartet.

Der Aufbau des bundesweiten, schwarzfallsicheren 450-MHz-Funknetzes soll ebenfalls eine sichere Steuerung von Netzprozessen ermöglichen, wodurch einer Engpassvermeidung im (Strom-) Netz vorgebeugt werden kann. Im Geschäftsjahr 2024 hat die TEN den operativen 450-MHz-Netzausbau fortgeführt: Zum Stichtag befanden sich in Thüringen insgesamt 22 Funkstandorte im Wirkbetrieb.

Im nicht-regulierten Bereich besteht ein zusätzliches (Netz-) Dienstleistungsangebot, welches u. a. die Konzeption, Errichtung und Instandhaltung individueller Kunden-Anlagen sowie zahlreiche (Beratungs-) Dienstleistungen für Stadtwerke und andere Netzbetreiber umfasst. In enger Zusammenarbeit mit den Thüringer Kommunen entwickelt die TEN, neben der Wartung und Modernisierung bestehender Anlagen, maßgeschneiderte, energieeffiziente und umweltfreundliche Straßenbeleuchtungskonzepte auf Grundlage modernster LED-Technologie.

Im Geschäftsjahr 2024 beliefen sich die Umsatzerlöse der TEN für Dienstleistungen und Maßnahmen im nicht-regulierten Bereich auf einen Wert i. H. v. insgesamt 20,5 Mio. € (Vorjahr: 14,0 Mio. €).

Die Einspeisemenge inkl. Netzverluste und Betriebsverbrauch über das Stromnetz betrug im Geschäftsjahr insgesamt 9.672,7 GWh und lag

damit leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 9.840,5 GWh).

Der Netzabsatz bewegte sich mit insgesamt 9.347,8 GWh ebenfalls leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 9.508,7 GWh). Beim Netzkundenabsatz an Weiterverteiler, Standardlastprofilkunden und Kunden mit registrierender Leistungsmessung ergab sich ein leichter Mengenrückgang i. H. v. insgesamt -2,7 Prozent bzw. -234,1 GWh. Bei den rückgespeisten Mengen an den ÜNB ergab sich ein Anstieg i. H. v. +7,3 Prozent bzw. +73,0 GWh. Dieser ist im Wesentlichen auf eine höhere dezentrale Netzeinspeisung zurückzuführen.

Die Netzeinspeisung aus KWK-Anlagen ging im Berichtszeitraum um -4,2 Prozent auf insgesamt 309,4 GWh zurück. Im Vorjahr hatte die Probeinspeisung der neuen Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena zu einer leichten Erhöhung geführt.

Insgesamt wurde der Netzabsatz inkl. Betriebsverbrauch und Netzverluste jedoch ohne Rückspeisungen an den vorgelagerten Netzbetreiber zu 56,4 Prozent aus durch EE eingespeistem Strom gedeckt (Vorjahr: 56,9 Prozent).

Im Berichtszeitraum speisten insgesamt 38.566 (Vorjahr: 32.080) Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung i. H. v. rund 3.907 MW (Vorjahr: 3.791 MW) in das von der TEN betriebene Netz ein. Hiervon waren 37.842 (Vorjahr: 31.356) Anlagen mit EE mit einer installierten Gesamtleistung i. H. v. rund 3.516 MW (Vorjahr: 3.392 MW). Insgesamt 3.212 dieser EE-Anlagen haben aufgrund eines fehlenden Anspruchs oder sonstiger Gründe, wie z. B. fehlender Antragsunterlagen oder eines Vergütungsverzichts, eine sog. „Null-Vergütung“ erhalten.

Die Netzanschlussbegehren von Einspeiseanlagen bis 30 kW im Netzgebiet der TEN haben sich mit der Energiemarktkrise nahezu vervierfacht. Dies hat zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Antragsbearbeitung geführt. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 16.609 EE-Anlagen angemeldet sowie der Anschluss von 20.729

Anlagen bearbeitet. Damit konnten wesentliche Anteile des Bearbeitungsstaus abgearbeitet werden.

Zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung hat die TEN verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter u. a. die Einführung des sog. „Netzkundenportals“ für Anlagen bis 30 kW. Hierdurch konnte der manuelle Bearbeitungsaufwand z. T. deutlich gesenkt, und für einen Großteil der Anträge eine sofortige, automatisierte Anschlusszusage erteilt werden. Neben einer Ausweitung der internen Personalkapazitäten und der Beauftragung externer Dienstleister zur schnelleren Antragsbearbeitung wurde u. a. auch das vereinfachte Antragsverfahren von sog. „Balkonanlagen“ im Rahmen des sog. „Solarpaket I“ umgesetzt.

Bezogen auf den Jahresabschluss und den dabei berücksichtigten Prognosemonaten lag die Netzeinspeisung aus EE mit insgesamt 4.674,3 GWh vorrangig aufgrund geringerer Einspeisung aus Windkraft (-7,8 Prozent) leicht unter Vorjahresniveau (4.844,8 GWh). Hierfür sind neben dem Windertrag bzw. Windlastspitzen auch Abregelungen von Energieanlagen bei Netzengpässen von Bedeutung. Tatsächlich war die Windeinspeisung v. a. im Monat Dezember jedoch sehr windlastig und die Gesamteinspeisung aus EE im Geschäftsjahr höher als im Vorjahr. Der Beitrag aus PV-Energie stieg infolge des zunehmenden Anschlusses von PV-Anlagen sowie eines vergleichsweise hohen PV-Ertrages um +95,3 GWh (+8,8 Prozent). Die Einspeisung aus Biomasse ging um -31,3 GWh (-4,1 Prozent) zurück.

Im Netzgebiet wurden Strommengen aus EE mit einem Volumen i. H. v. 4.097,3 GWh (Vorjahr: 4.302,6 GWh), und damit 87,7 Prozent des eingespeisten EEG-Stroms, direkt vermarktet (Vorjahr: 88,8 Prozent).

Die 50Hertz Transmission GmbH, Berlin, gab bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses im Geschäftsjahr 35 Aufrufe (Vorjahr: 158) zur Abregelung von Einspeiseleistung nach dem EnWG aus. Die Gesamtdauer der Einspeisemanagementmaßnahmen betrug rund 162 Stunden (Vorjahr: 556). Dabei wurden insgesamt rund 22.394 MWh

(Vorjahr: 50.847 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Die TEN veranlasste 60 Abschaltmaßnahmen (Vorjahr: 124) mit einer Gesamtdauer der Maßnahmen von rund 446 Stunden (Vorjahr: 651). Dabei wurden insgesamt 1.053 MWh (Vorjahr: 2.098 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Der Anteil der von der TEN abgeregelten Energiemenge an der EEG-Gesamteinspeisung lag bei 0,02 Prozent.

Die gesamte Absatzmenge inkl. Betriebsverbrauch über das Erdgasversorgungsnetz betrug im Geschäftsjahr 7.443,7 GWh und lag damit um -3,7 Prozent unter der Vorjahresmenge (7.733,6 GWh). Der Rückgang war im Wesentlichen durch preisbedingte Einspareffekte in Verbindung mit der schwierigen konjunkturellen Lage und insgesamt mildere Temperaturen als im Vorjahreszeitraum bedingt. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind die Absatzmengen um insgesamt -13,2 Prozent zurückgegangen.

Bei den leistungsgemessenen Kunden war eine Abnahme i. H. v. -5,7 Prozent zu verzeichnen. Der anteilige Mengenrückgang im Bereich der Standardlastprofil-Kunden belief sich auf -4,9 Prozent. Bei den Weiterverteilern kam es zu einem Rückgang der abgesetzten Menge i. H. v. -2,6 Prozent.

Aufgrund des geringeren Netzabsatzes sank die Netzeinspeisung um insgesamt -289,9 GWh. Die Auspeisung aus dem Untergrundspeicher Allmenhausen ging um -22,2 Prozent zurück. Der Mengenbezug von vorgelagerten Netzbetreibern reduzierte sich um -1,6 Prozent.

Eine wichtige Grundlage des Geschäftes im Netzbereich liegt in langfristigen und vertrauensvollen Vertragsbeziehungen mit den Kommunen im Bereich der Strom- und Gaskonzessionen. Im Geschäftsjahr 2024 wurden die Wiedererlangung auslaufender Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich sowie die Vorbereitungen zur anstehenden, komplexen Ausschreibungsperiode auslaufender Strom-Konzessionsverträge fortgeführt.

Mit der neuen Ausschreibungsperiode wird mit der Bearbeitung von Vergabeverfahren im dreistelligen Bereich gerechnet.

Das Vertriebsgeschäft basiert auf der sicheren Erfüllung des Versorgungsauftrages in Thüringen. Die Grundlage hierfür liegt in der mittel- bis langfristigen Kontrahierung ausreichender Strom- und Erdgasmengen zur stabilen Versorgung der Kunden. Im Berichtszeitraum wurde das Vertriebsgeschäft infolge der tranchenweisen, sog. „rollierenden Beschaffung“ noch von den hohen Beschaffungskosten der Vorjahre geprägt. Die Preisvolatilität beim Energiebezug in Verbindung mit der hohen Wettbewerbsintensität neuer Anbieter führten teilweise zu negativen Kundenbewegungen. Infolge des allgemeinen Preiserückgangs an den Beschaffungsmärkten wurden die Preise für die Kunden gesenkt. Die Preissenkungen umfassten die Grundversorgung sowie ausgewählte (Neukunden-) Produkte im Strom- und Gasbereich.

Im Privatkundengeschäft prägten neue Wettbewerber mit kurzfristigen Beschaffungsstrategien das Marktgeschehen. Im Hinblick auf die Absatzmengen führte der fortlaufende Zubau von Eigenversorgungslösungen, etwa in Form kleinerer PV- und Speicheranlagen, sowie die vergleichsweise milderen Wetterbedingungen zu einem veränderten Abnahmeverhalten.

Das Geschäftskundensegment wurde daneben zudem v. a. von der schwierigen konjunkturellen Lage der deutschen Volkswirtschaft geprägt. Die Nachfrage nach kurzfristigen Liefermodellen mit Spotmarktpreisorientierung setzte sich fort.

Im Vertriebsgeschäft mit den Stadtwerken kam es zu Mengenrückgängen, v. a. beim Gasabsatz. Die Flexibilisierung des Mengenbezugs im Rahmen der sog. „Toleranzbänder“ wurde zurückgefahren. Im Strombereich war – analog zu den Entwicklungen bei den Industrie- und Gewerbekunden – eine stärkere Nachfrage nach kurzfristigen Liefermodellen zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr lagen die Gesamtabsatz- und Beschaffungsmengen sowohl im Strom- als auch im Gasbereich in etwa auf Vorjahresniveau.

Der Stromabsatz lag mit insgesamt 8.329,8 GWh auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 8.389,2 GWh).

Im Privatkundengeschäft lag die Absatzmenge mit 946,0 GWh trotz einer Zunahme der Kundenzahl auf Vorjahresniveau. Dies ist insbesondere auf ein verändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen. Die bei den Privatkunden abgesetzte Strommenge entspricht einem Anteil i. H. v. rund 11 Prozent am Gesamtstromabsatz.

Im Bereich der Geschäftskunden erhöhten sich die Mengen gegenüber dem Vorjahr um rund +8 Prozent. Insgesamt lieferten wir im Geschäftskundenbereich 2.681,6 GWh Strom und lagen damit um rund +200 GWh über dem Vorjahreswert. Der Mengenanstieg begründet sich v. a. aus Kundengewinnen im Großkunden- und mittleren Absatzsegment. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden entspricht einem Anteil i. H. v. rund 32 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Beim Absatz an Vertriebspartner, v. a. an Stadtwerke, wurde ein Absatz i. H. v. insgesamt 4.115,0 GWh verzeichnet, und damit ein Rückgang i. H. v. -312,8 GWh. Dieser resultiert insbesondere aus einem Rückgang bei Netzverluststromlieferungen, der nur teilweise durch Neukunden kompensiert werden konnte. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei rund 49 Prozent.

Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie über eigene und fremde Kraftwerke.

Der Erdgasabsatz lag mit insgesamt 6.615,5 GWh ebenfalls auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 6.633,1 GWh).

Im Privatkundengeschäft führten Kundenverluste, ein verändertes Verbrauchsverhalten sowie die im Berichtszeitraum vergleichsweise milden Temperaturen zu einem Rückgang sowohl der Durchschnittsverbräuche als auch des Gesamtabsatzes. Gegenüber dem Vorjahr ging der

Erdgasabsatz in diesem Kundensegment um rund -260 GWh auf insgesamt 1.322,3 GWh zurück. Damit lag der Anteil der Privatkunden am Gesamterdgasabsatz bei rund 20 Prozent.

Im Bereich der Geschäftskunden wurden im Berichtszeitraum 2.891,9 GWh Erdgas geliefert, die Menge lag damit um rund +396 GWh über dem Vorjahreswert. Der Mengenanstieg ist, analog zum Strombereich, auf Kundengewinne im Großkunden- und mittleren Absatzsegment zurückzuführen. Der Gasabsatz an Geschäftskunden entspricht einem Anteil i. H. v. rund 44 Prozent am Gesamtabsatz.

Der Erdgasabsatz an Vertriebspartner lag mit insgesamt 2.401,3 GWh um rund -155 GWh bzw. rund -6 Prozent unter dem Vorjahr. Die abgesetzte Erdgasmenge an Vertriebspartner entspricht einem Anteil i. H. v. rund 36 Prozent am Gesamtabsatz.

Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 1.080,3 GWh (Vorjahr: 1.088,9 GWh). Hiervon entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 441,5 GWh (Vorjahr: 442,1 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/Schwarza 606,7 GWh (Vorjahr: 614,5 GWh). Der übrige Wärmeabsatz betraf die dezentralen Erzeugungsanlagen.

Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 50 dezentrale Erzeugungsanlagen mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 25,9 MWp sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 3,2 MWp betrieben. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen) versorgt. Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 17 weitere Abnehmer beliefert.

Im Geschäftsfeld Elektromobilität wurde der Ausbau der öffentlichen (Schnell-) Ladeinfrastruktur fortgesetzt und die Position eines zentralen

Infrastrukturdienstleisters und Vorreiters bei der Umsetzung der Verkehrswende in Thüringen gefestigt. Im aktuellen Berichtszeitraum war die TMO der Ladesäulenbetreiber mit den meisten Ladepunkten in Thüringen. In 2024 wurde der Betrieb von insgesamt mehr als 400 Schnell- bzw. 300 Normalladepunkten (Vorjahr: 180 bzw. 230) verantwortet, was in etwa der Hälfte aller (Schnell-) Ladepunkte in Thüringen entspricht. Neben dem Ladenetzausbau selbst, wurde auch das digitale Service- und Produktangebot weiterentwickelt. Um noch mehr Thüringer vom Umstieg auf die Elektromobilität zu überzeugen, wurde u. a. eine benutzerfreundliche Ladeapp eingeführt. Ein halbes Jahr nach Einführung wurde diese bereits von mehr als 5.500 Kunden genutzt.

Der Ladestromabsatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Trotz der deutlichen Umsatzsteigerung beim Verkauf von Ladestrom war der Bereich Elektromobilität infolge des sich noch im Aufbau befindlichen Geschäftsfeldes nicht kostendeckend. Die TMO rechnet derzeit ab dem Geschäftsjahr 2028 mit positiven Ergebnisbeiträgen.

In 2024 wurde an der Autobahnabfahrt bei Schleiz das bislang größte HPC-Schnellladeprojekt umgesetzt: Insgesamt 20 HPC-Schnell-Ladestationen stehen dort nun zur Verfügung. An der Planung und Realisierung waren ausschließlich Thüringer Bauunternehmen beteiligt.

Die TEN ist als gMSB und VNB für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Smart-Meter-Rollouts bzw. des netzdienlichen Steuerns und Schaltens von Einspeisern und Abnehmern verantwortlich. Dabei wird sie durch die TMZ unterstützt, die als Komplettdienstleister die gesamte Prozesskette für den konventionellen und intelligenten Messstellenbetrieb übernimmt. Diese reicht vom Einbau der Mess- und Steuereinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke. Im Auftrag der TEN hat die TMZ im Geschäftsjahr 2024 rund 590.000 Strom- sowie rund 110.000 Gaszähler in deren Netzgebiet betreut und insgesamt rund 6.360

(Vorjahr: 8.870) Messlokationen mit iMSys sowie rund 54.050 (Vorjahr: 41.730) Messlokationen mit mME ausgestattet. Die neue, digitale Messtechnik ist damit bei insgesamt rund 20 (Vorjahr: 19) Prozent der iMSys- sowie bei rund 51 (Vorjahr: 41) Prozent der mME-Pflichteinbaufälle im Netzgebiet des gMSB TEN installiert. Die gesetzlichen Vorgaben zum Smart-Meter-Rollout wurden hiermit erfüllt.

Das GNDWE in Verbindung mit § 14a EnWG verpflichtet MSB zudem dazu, ab dem Jahr 2025 eine technische Infrastruktur bereitzustellen, die es dem Netzbetreiber ermöglicht, steuerbare Verbrauchseinrichtungen über das sog. „Smart-Meter-Gateway“ (SMGw) entsprechend der aktuell vorherrschenden Lastsituation netzdienlich zu steuern und ggf. zu dimmen. Dies umfasst u. a. PV-Anlagen, Wallboxen und Wärmepumpen. Die Umsetzung der Vorgaben erfordert zahlreiche Zwischenschritte, sodass neben den iMSys auch entsprechende Steuerungstechnik verbaut, die IT-Systeme – sowohl des Netzbetreibers als auch des MSB – funktional ertüchtigt, neue Schnittstellen ausgeprägt sowie die entsprechenden Betriebsprozesse überarbeitet bzw. neu definiert und implementiert werden müssen. Das komplexe prozessuale Zusammenspiel der verschiedenen Akteure und technischen Komponenten hat die TMZ im Geschäftsjahr im Netzgebiet der TEN im Rahmen mehrerer Pilotprojekte erprobt.

Da die TMZ ihre IT-Systemplattform mandantenübergreifend freigegeben bzw. um die Systemkomponente für einen sog. „externen Marktteilnehmer“ erweitert hat und ihren Kunden die volle Funktionalität des CLS-Management-Systems anbietet, können alle Kunden der TMZ von den Erfahrungen aus diesen Pilotprojekten profitieren.

Die TMZ richtet ihr deutschlandweites Leistungsportfolio sowohl an gMSB als auch wMSB. Dieses umfasst neben dem Messstellenbetrieb und dem Messdatenmanagement hochspezialisierte weitere Leistungen, wie Prüfstellenleistungen und die SMGw-Administration. Im Geschäftsjahr 2024 haben mehrere gMSB die TMZ mit der

langfristigen Administration ihrer SMGW-Infrastruktur und der Aufgabe des Messdatenmanagements für iMSys beauftragt. Im Rahmen eines Onboarding-Projektes wurden erstmals rund 1.400 bereits ausgerollte SMGW vom bisherigen SMGW-Administrator erfolgreich auf die Systemplattform der TMZ migriert.

Im Geschäftsfeld Prüfstellenleistungen konnte die TMZ ihre Marktposition weiter ausbauen und mit mehreren MSB mehrjährige Rahmenverträge abschließen. Zum Stichtag betreute die TMZ im Drittgeschäft insgesamt rund 25.050 iMSys.

Die TNK verantwortet den Ausbau und den Betrieb der Telekommunikationsinfrastruktur sowie die dazugehörigen Vertriebsaktivitäten und hat im Berichtszeitraum den eigenwirtschaftlichen und geförderten Glasfaserausbau in rund 200 Thüringer Städten und Gemeinden vorangetrieben. Die Gesellschaft ist Betreiber des zweitgrößten Glasfasernetzes im Freistaat. Neben Privatkunden, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und großen Internetanbietern wird die leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur u. a. von den Thüringer Hochschulen und Schulen genutzt. Das eigene Glasfasernetz im Konzern hat eine Gesamtlänge von rund 7.100 km.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde sich in insgesamt 17 geförderten Ausbauprojekten der Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ gewidmet. Zum Stichtag waren insgesamt sieben Förderprojekte bautechnisch abgeschlossen, für sieben Projekte wurden die Endverwendungsnachweise beim Fördermittelgeber eingereicht. Insgesamt wurden bisher mehr als 1.200 km Glasfaserkabel im geförderten Bereich verlegt und rund 9.600 Adressen angeschlossen. Das Gesamtauftragsvolumen liegt im dreistelligen Millionenbereich. Die geförderten Investitionen erfolgten u. a. im Unstrut-Hainich- und im Ilm-Kreis, im Altenburger Land, in Zeulenroda-Triebes, in der Gemeinde Am Ettersberg sowie in Blankenhain, Sonneberg, Feldstein und Bad Tabarz.

In eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte hat die TNK im Berichtszeitraum insgesamt 40,1 Mio. € investiert (Vorjahr: 17,7 Mio. €) – und damit ihr

eigenwirtschaftliches Investitionsvolumen das zweite Jahr in Folge mehr als verdoppelt. In mehreren Clustern wurden erste Kundenanschlutungen realisiert und die Erschließung einzelner Ortschaften bautechnisch abgeschlossen, u. a. in Sollstedt und Herbsleben. In weiteren Projektgebieten erfolgte der Start der Baumaßnahmen bzw. wurden Planungs- und Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt. In eigenwirtschaftlichen Ausbauprojekten wurden im Berichtszeitraum rund 300 km (Vorjahr: 123 km) Glasfaserkabel verlegt und aktuell befinden sich rund 70.000 Haushalte (Vorjahr: 58.000) im Vertriebs- und Ausbauprogramm.

Im Berichtszeitraum zählte die TNK insgesamt rund 93.400 Kunden, was einem Anstieg i. H. v. +6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere bei den FTTH-Anschlüssen nahmen die TNK-Kundenzahlen kontinuierlich zu, bei parallel ansteigenden FTTC-Kundenzahlen. Erste Erfolge aus Kooperationsverträgen im Bereich der Wohnungswirtschaft zeigen sich ebenso bei der Entwicklung der HFC-Kunden (Kabelnetze); die geplanten Kundenzahlen konnten hier deutlich übertroffen werden. Infolge der positiven Kundenentwicklung war ein Anstieg des Gesamtumsatzes im Telekommunikationsgeschäft zu verzeichnen, mit einer Steigerung der Umsatzzahlen sowohl im Privat- (+7,5 Prozent) als auch Geschäftskundenbereich (+4,9 Prozent).

Der Absatz von Telekommunikationsprodukten im mittleren Bandbreitenbereich entwickelte sich stabil. Hochleistungsfähige Glasfaserprodukte mit sehr hohen Bandbreiten wurden zu meist in FTTH-Ausbaugebieten nachgefragt. Im Geschäftsjahr 2024 waren beim leistungsfähigsten Breitband-Tarif der TNK (mit bis zu 1.000 Mbit/s) als Ergebnis einer gezielten Vermarktungskampagne in Verbindung mit einer attraktiven Angebotslegung die höchsten Absatzzahlen zu verzeichnen.

In 2024 hat die TNK die wirtschaftliche Vermarktung und den störungsfreien Betrieb des Rechenzentrums am Thüringer Wald fortgeführt.

Zum 31. Dezember 2024 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 58 Unternehmen (ohne vollkonsolidierte Unternehmen). Zum Stichtag war die KEBT an 24 Stadtwerken bzw. Netzgesellschaften, acht Energieprojektgesellschaften, 13 Energiedienstleistungsgesellschaften und 13 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen EE, Wärmeerzeugung und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt.

Durch Gewinnausschüttungen der Gesellschaften des Beteiligungsportfolios wurde im Berichtszeitraum ein Beteiligungsergebnis i. H. v. insgesamt 20,6 Mio. € erzielt (Vorjahr: 12,1 Mio. €). Das Beteiligungsergebnis ist im Wesentlichen durch die Stadtwerksbeteiligungen geprägt. Die Thüringer Stadtwerke bzw. kleinere und mittlere EVU stehen aktuell vor historisch beispiellosen Herausforderungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Energie- und Wärmewende ergeben. Hierzu gehören u. a. der erhebliche Anstieg der Netzinvestitionen bei steigenden Finanzierungskosten und begrenzten kommunalen Haushaltsbudgets sowie die Notwendigkeit zur Umsetzung komplexer und ressourcenintensiver IT-Projekte. Im Geschäftsjahr 2024 verringerten sich die Gewinnausschüttungen der Stadtwerke aufgrund von Sondereffekten im Vorjahr auf insgesamt 22,3 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €). Im Hinblick auf diese gemeinsam notwendigen Kraftanstrengungen fanden im Berichtszeitraum Einzahlungen zur Eigenkapitalstärkung der Stadtwerksbeteiligungen i. H. v. insgesamt 3,3 Mio. € sowie zusätzlich anteilige Gewinnthesaurierungen i. H. v. 6,7 Mio. € statt. Im Berichtszeitraum wurden zudem mehrere Anteilskaufverträge zur Aufstockung der Beteiligungen an verschiedenen Thüringer Stadtwerken geschlossen.

Zur Umsetzung der Energiewende wird in neue Geschäftsfelder investiert, mit einem Schwerpunkt auf mittelgroße bis große PV-Projekte für Industrie- und Gewerbekunden. Im PV-Privatkundenbereich führen die veränderten

Rahmenbedingungen zu einer teilweise schwierigen Marktsituation. Die hohe Wettbewerbsintensität in Verbindung mit hohen Vertriebsaufwänden führten zu anhaltenden Ergebnisbelastungen, sodass zum Jahresende für die eness GmbH i. L., München, keine positive Marktperspektive mehr bestand. Vor diesem Hintergrund erfolgten Einzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft sowie eine Wertkorrektur des gesamten Beteiligungsbuchwertes. Der operative Geschäftsbetrieb wurde eingestellt und die Gesellschaft zum Jahresende liquidiert.

In 2024 wurde der operative Aufbau des Geschäftsfeldes Wasserver- und Abwasserentsorgung fortgesetzt und das Beteiligungsportfolio um zusätzliche Ingenieursleistungen bei der Planung, Bauabwicklung und -betreuung von (kommunalen) Wasser- und Abwasserprojekten ergänzt. In diesem Zusammenhang wurde u. a. eine staatlich anerkannte Prüfstelle für Wasserzähler erworben.

Das übergeordnete Ziel des KEBT-Konzerns liegt in der Gewährleistung der Sicherheit und Verlässlichkeit der Thüringer Stromversorgung. Dabei hat sich die Gesellschaft dem Klima- und Umweltschutz sowie dem sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Zur Realisierung der Unternehmensziele im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden zahlreiche, nicht zuletzt auch geschäftsfeldübergreifende Maßnahmen umgesetzt.

Im Berichtsjahr haben die regenerativen PV-Anlagen der TSO insgesamt 15,9 Mio. kWh Strom erzeugt (Vorjahr: 15,0 Mio. kWh). Auf die PV-Anlagen der TEAG entfiel eine Erzeugungsmenge i. H. v. 2,8 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 2,5 Mio. kWh). Daneben werden im PV-Bereich Städte und Gemeinden bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und einen aktiven Klimaschutz unterstützt. Hierfür wurden inzwischen mehr als 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften durch die KomSolar Stiftung, Erfurt, errichtet. Im Berichtszeitraum hat die TSO ein Pilotprojekt zur Förderung von Biodiversität bei der Errichtung von Solarparks gestartet.

Häufig werden Flächen, die sich für große Solarparks eignen, landwirtschaftlich oder gewerblich genutzt – und intensiv bewirtschaftet. Solarparks bieten hier ein gewisses Renaturierungspotenzial. Gemeinsam mit einem Projektpartner werden u. a. im Rahmen eines PV-Projektes in Birkigt die ökologischen Chancen von PV-Parks und die langfristigen Auswirkungen von diversitätsfördernden Maßnahmen auf Tier- und Pflanzenwelt untersucht. Um den PV-Park Birkigt wurde u. a. ein rund 500 Quadratmeter großer Blühstreifen mit Thüringer Saatgut geschaffen, der zusätzlich zu einem etwa 1.000 Quadratmeter großen Grünlandstreifen als Lebensraum für verschiedene Insekten- und Kriechtierarten dient.

Bei der Vermarktung des von der TSO errichteten Solarparks in Birkigt mit einer installierten Anlagenleistung i. H. v. 2 MWp werden darüber hinaus neue Wege der Kommunal- bzw. Bürgerbeteiligung erprobt. Mit der betreffenden Gemeinde wurde so z. B. erstmals ein Vertrag zur Beteiligung mit der freiwilligen EEG-Umlage umgesetzt. Im Rahmen eines Modellprojektes konnten sich Mitarbeiter des Konzerns finanziell an der PV-Investition beteiligen. Zukünftig könnte ein solches Modell auch den Bürgern der betreffenden Kommunen angeboten werden.

Im Rahmen des regionalen H2-Projekts TH2ECO wird mit Branchenpartnern und Forschungseinrichtungen zusammengearbeitet, um mit klimaneutral erzeugter Energie aus nordthüringischen Windparks und Solaranlagen grünen H2 zu erzeugen. Dieser könnte zukünftig über eine Leitung nach Erfurt geleitet und dort etwa für die CO2-freie Fernwärmeversorgung nutzbar gemacht werden. Das Pilotprojekt erforscht die Möglichkeiten zur Produktion, Speicherung und Weiterverteilung des Energieträgers H2 und legt den Grundstein für eine regionale H2-Wirtschaft in Thüringen.

Im Rahmen einer H2-Konferenz wurde im ersten Quartal des Jahres gemeinsam mit anderen Netzbetreibern eine Grundsatzvereinbarung für die Umstellung der fossilen (Erd-) Gasleitungsinfrastruktur auf H2 unterzeichnet. Die Vereinbarung

sieht einen engen Austausch zwischen den Projektpartnern in Bezug auf insgesamt zwölf Gasnetzvorhaben vor, deren Umsetzung bis einschließlich zum Jahr 2029 geplant ist. Im Rahmen der Projekte sollen Teile der Netzinfrastruktur für den Transport und die Verteilung von H2 umgestellt werden. Mit der Vereinbarung soll zudem v. a. ein zügiger Anschluss der Thüringer Gasnetzinfrastruktur an das deutsche H2-Backbone-Netz gewährleistet werden. Im schnellen Aufbau einer funktionierenden H2-Wirtschaft liegt ein Kernelement zur Schaffung von Planungssicherheit für größere Industriekunden und -unternehmen sowie den Thüringer Mittelstand auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mit der Zusammenarbeit im Rahmen der Grundsatzvereinbarung werden laufende Projekte, wie z. B. das TH2ECO-Projekt, fortgeführt.

Im Erzeugungsbereich liegt das Ziel darin, die Erzeugung aus EE deutlich auszubauen und den konventionellen Erzeugungskapazitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichzustellen. Dies umfasst auch den Ausbau von regenerativen (Fern-) Wärmeversorgungsprojekten, bei dem die Thüringer Städte und Gemeinden aktiv unterstützt werden, u. a. im Rahmen der KWP. Im Berichtszeitraum wurde hierzu ein umfassendes Dienstleistungsangebot entwickelt. Die TWS ist im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv. Hier bringt sich die Gesellschaft gemeinsam mit anderen Regionalversorgern und Thüringer Stadtwerken im Rahmen des sog. „Nationalen Aktionsplanes Energieeffizienz“ in das Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ ein.

Sog. „kalte Nahwärmenetze“ stellen eine besonders innovative Form der Wärmeversorgung dar und gelten als eine der besten Möglichkeiten, die Wärmewende schnell und kostengünstig zu realisieren. Im Rahmen von (Pilot-) Projekten wird an der nachhaltigen Nutzung von Umweltwärme aus der Erde, der Luft und aus Gewässern gearbeitet. Im Geschäftsjahr 2024 wurde in Weida und Gera-Langenberg die Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte mit hochmodernen iKWK-Systemen fortgeführt.

Seit dem Jahr 2016 wird öffentliche Ladeinfrastruktur im Bereich Elektromobilität betrieben. Über den Ausbau der (Schnell-) Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird die Umsetzung der Energiewende im Verkehrsbereich gefördert. Im Berichtszeitraum wurde an der Autobahnabfahrt bei Schleiz das bislang größte HPC-Schnellladeprojekt umgesetzt: Insgesamt 20 HPC-Schnellladestationen stehen hier nun zur Verfügung. Der Standort zeichnet sich u. a. durch mehrere barrierefreie Ladeplätze sowie eine naturnahe Holzüberdachung mit extensiver Begrünung aus. Das Ladeprojekt in Schleiz soll als Pionierprojekt für weitere Vorhaben gelten.

Neben dem Ausbau der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur wurde auch die Elektrifizierung des unternehmensinternen Fuhrparks fortgeführt: Der Anteil von Elektrofahrzeugen im eigenen Fahrzeugbestand beläuft sich auf mehr als 40 Prozent (Vorjahr: 34 Prozent). Für 2025 wird angestrebt, eine Elektrifizierungsrate i. H. v. 50 Prozent zu erreichen.

Unter dem Mitarbeiter- und Gästeparkplatz der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt – an dem Mitarbeitern und Gästen zahlreiche Lademöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden – befindet sich die größte Geothermie-Anlage Thüringens, die in Verbindung mit effizienten Wärmepumpen zwei Drittel des Verwaltungskomplexes heizt bzw. kühlt. Auf dem TEAG-Campus wird derzeit zudem ein neues Bürogebäude in umweltfreundlicher Holzhybridbauweise errichtet.

Die zur Finanzierung der energiewendebedingten Transformationsprojekte eingeworbenen Kreditmittel orientieren sich zunehmend an den EU-Vorgaben für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die Anteilseigner und Geschäftspartner werden zukünftig u. a. auch im Rahmen der Umsetzung der sog. „Corporate Sustainability Reporting Directive“ (CSRD) bzw. der sog. „EU-Taxonomie“ über Nachhaltigkeitsprojekte informiert werden. Die CSRD legt neue, europaweit einheitliche Standards für die Darstellung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (sog. „ESG“) fest. Die EU-Taxonomie definiert ein einheitliches

Klassifikationssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Im Berichtszeitraum wurden hierzu notwendige Vorbereitungen getroffen.

Darüber hinaus wurden in 2024 neue gesetzliche Anforderungen umgesetzt, die sich aus dem LkSG ergeben. In diesem Zusammenhang wurden ein Menschenrechtsbeauftragter benannt, operative Maßnahmen zur Überwachung der Lieferketten implementiert sowie eine entsprechende Grundsatzerklärung veröffentlicht.

Zur Gewährleistung eines umfassenden Klima- und Umweltschutzes werden auch in Zukunft strategische und operative Meilensteine definiert und deren Umsetzung verfolgt. Die in den KEBT-Konzern einbezogenen Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 in allen wesentlichen Geschäftsfeldern nachhaltig zu wirtschaften bzw. CO₂-neutral zu sein.

Die Geschäftsfelder des KEBT-Konzerns haben sich im Berichtszeitraum in einem volatilen und teilweise schwierigen Markt- bzw. Aufgabenfeld bewegt. Große Herausforderungen lagen neben den komplexen konjunkturellen und unsicheren politischen Rahmenbedingungen v. a. in der Gewinnung notwendiger Personalressourcen, dem hohen Preisniveau auf den Beschaffungsmärkten sowie der ausgeprägten Wettbewerbsintensität, etwa beim Energievertrieb, dem PV-Geschäft und der Elektromobilität. Im Beteiligungsportfolio wurden aktiv Maßnahmen zur Stabilisierung mehrerer Thüringer Stadtwerke umgesetzt.

Die strategischen Unternehmensziele konnten trotz des schwierigen Marktumfeldes weitgehend erreicht werden. Der breit angelegte Geschäfts- und Versorgungsansatz diversifiziert Unternehmensrisiken und sichert in Verbindung mit der „7 Netze“-Strategie den langfristigen Erfolg.

Im Hinblick auf die finanzwirtschaftlichen Kennzahlen erwirtschaftete der KEBT-Konzern ein EBITDA von 274,6 Mio. € (Vorjahr: 260,9 Mio. €) sowie ein EBT i. H. v. 100,9 Mio. € (Vorjahr: 100,9 Mio. €). Damit wurden die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBITDA zwischen 235

Mio. € und 255 Mio. € sowie ein EBT zwischen 75 Mio. € und 85 Mio. €, übertroffen. Der erzielte Konzernjahresüberschuss lag mit insgesamt 59,7 Mio. € (Vorjahr: 67,4 Mio. €), bei einem Planwert zwischen 50 Mio. € und 60 Mio. €, im oberen Bereich des für das Geschäftsjahr 2024 prognostizierten Gesamtergebnisses.

Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss verbesserte sich im Vergleich zum Planansatz um +4,9 Prozent auf insgesamt 451,2 Mio. €. Insbesondere konnten im Vertriebsbereich +37,4 Mio. € bessere Ergebnisse als geplant erzielt werden. Dabei wirkten sich aperiodische Effekte im Strombereich ergebniserhöhend aus. Dem entgegen verringerte sich der Rohüberschuss im Erzeugungsbereich um insgesamt -11,5 Mio. €, u. a. aufgrund der verzögerten Inbetriebnahme der Gasmotorenanlage des HKW Jena.

Die geplanten Ergebnisse aus den Beteiligungen lagen insgesamt auf Planniveau. Positiv auf das Gesamtergebnis wirkten sich im Berichtsjahr eine deutliche Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen i. H. v. -9,8 Mio. € sowie niedrigere Abwertungen im Umlaufvermögen i. H. v. insgesamt -13,3 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr aus. Dem entgegen standen im Geschäftsjahr höhere Abwertungen auf Finanzanlagevermögen aus dem Bereich EE i. H. v. insgesamt 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €).

Das geplante Zinsergebnis verbesserte sich um +10,7 Mio. € u. a. aufgrund von Tages- und Festgeldanlagen zu günstigen Zinsbedingungen sowie einem verzögerten Abruf von Fremdkapitaldarlehen.

Das budgetierte Investitionsvolumen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen für das Geschäftsjahr 2024 betrug rund 300 Mio. €. Während des laufenden Geschäftsjahres 2024 wurde das Investitionsvolumen in verschiedenen Geschäftsbereichen, u. a. für den Glasfaserausbau um +24,4 Mio. €, an die aktuellen Rahmenbedingungen angehoben. Insgesamt konnte mit 264,9 Mio. € getätigten Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen das Planbudget nicht vollumfänglich erreicht

werden. Große Herausforderungen bei der Umsetzung des ambitionierten Investitionsplanes waren u. a. Verzögerungen bei dezentralen Wärmeprojekten und dem Anschluss von Biogaseinspeiseanlagen sowie im Breitbandausbau. In vielen Bereichen bestanden insbesondere Engpässe bei Planungsleistungen, behördlichen Genehmigungen und Dienstleistungen, Material und Personal.

Die Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht, lagen mit insgesamt 3.129,8 Mio. € jedoch auf einem stabilen Niveau. Die Stromerlöse erhöhten sich um +6,4 Prozent auf insgesamt 2.371,4 Mio. €. In den energiewirtschaftlichen Sparten Erdgas und Wärme verringerten sich die Erlöse dagegen auf 562,0 Mio. € (Vorjahr: 743,1 Mio. €) bzw. 87,4 Mio. € (Vorjahr: 129,0 Mio. €). Diesen Entwicklungen liegen überwiegend Preisrückgänge bei der Beschaffung für Energie zu Grunde.

Des Weiteren wurden Erlöse aus Telekommunikationsdienstleistungen i. H. v. 47,0 Mio. € (Vorjahr: 44,3 Mio. €) sowie sonstige Umsatzerlöse i. H. v. 50,7 Mio. € (Vorjahr: 43,8 Mio. €) erwirtschaftet.

Im Berichtszeitraum wurden in den energiewirtschaftlichen Sparten und im Bereich Telekommunikation Ertragszuschüsse i. H. v. 11,2 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €) aufgelöst.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um insgesamt +16,2 Prozent. Diese betreffen überwiegend Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 64,9 Mio. € (Vorjahr: 57,8 Mio. €). Darüber hinaus erhöhten sich die Erträge aus Zuschreibungen für Umlaufvermögen auf insgesamt 7,0 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €).

Der Materialaufwand umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung und verringerte sich mit -2,8 Prozent nahezu korrespondierend zur Entwicklung der Umsatzerlöse. Die Materialaufwandsquote lag damit, gemessen an den Umsatzerlösen, mit 88,9 Prozent leicht unter dem Vorjahresniveau (89,4 Prozent). Ursächlich für diese

Entwicklung ist insbesondere eine Entspannung auf den Energiemärkten und der damit einhergehenden Verringerung der Bezugskosten für Energie.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt +5,6 Prozent. Hierbei wirkte sich die Recruitingkampagne zur Einstellung von 300 zusätzlichen Mitarbeitern zur Durchführung der hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur und Digitalisierung aus. Neben der daraus gestiegenen Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten führte auch die Anhebung der tariflichen Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Dem entgegen sind im Vorjahr Sonderzahlungen für Inflationsausgleich in den Personalaufwendungen enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen i. H. v. 16,2 Mio. € (Vorjahr: 12,5 Mio. €) sowie Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen von Forderungen i. H. v. 21,4 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €) ausgewiesen.

Die Konzernbeteiligungserträge lagen mit insgesamt 20,7 Mio.€ (Vorjahr: 22,0 Mio. €) um -5,9 Prozent unter dem Vorjahr. Hierbei wirkten sich Sondereffekte im Vorjahr vermindern auf die Ausschüttungen bzw. Beteiligungserträge aus.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen des Vorjahres betreffen im Wesentlichen einen übernommenen Jahresfehlbetrag für verbundene, nicht konsolidierte Unternehmen aus dem Bereich EE.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein um +5,3 Prozent besseres EBITDA erwirtschaftet. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss erhöhte sich um +12,3 Mio. € auf insgesamt 451,2 Mio. €. Im Stromnetzbereich wirkten sich die mit der Ausweitung der Erlösobergrenze gestiegenen Aufwendungen für vorgelagerte Netzentgelte im Rahmen der Weiterbelastung an die Kunden ergebniserhöhend aus. Dagegen entwickelten sich die Ergebnisse in den einzelnen vertrieblichen Sparten unterschiedlich. Aufgrund eines zunehmend intensiveren Marktwettbewerbs im Strom-

und Gasbereich und einer daraus folgenden schwierigeren Mengenprognose bei volatilen Preisentwicklungen an den Energiebeschaffungsmärkten wurde das vertriebliche Ergebnis zum Teil belastet. Zudem wirkten sich gestiegene Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen auf das Ergebnis aus. Gegenläufig entwickelten sich die Aufwendungen aus den Verlustübernahmen für verbundene Unternehmen mit einem Rückgang i. H. v. 9,8 Mio. €.

Die Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich um +5,5 Prozent auf insgesamt 120,8 Mio. € (Vorjahr: 114,5 Mio. €) aufgrund des stetig ansteigenden Investitionsvolumens. Darüber hinaus sind in den Abschreibungen außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aus dem Bereich EE i. H. v. 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) enthalten. Im Vorjahr wurden unter den Abschreibungen Abwertungen auf das Arbeitsgas i. H. v. 21,1 Mio. € ausgewiesen.

Das Zinsergebnis verbesserte sich leicht um +2,3 Prozent auf insgesamt -12,6 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Tages- und Festgeldanlagen bei Kreditinstituten i. H. v. +2,2 Mio. € zurückzuführen. Die Entwicklung des durchschnittlich hohen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten wirkte sich dabei ergebniserhöhend aus. Darüber hinaus erhöhten sich die Zinsen für Fremdkapitalaufnahmen um 0,7 Mio. € u. a. aufgrund der sukzessiven Tilgung der Darlehen.

Das EBT lag mit 100,9 Mio. € auf Vorjahresniveau. Bedingt durch ein höheres Ergebnis in der Steuerbilanz des Vorjahres und dem daraus resultierenden aperiodischen Steueraufwand, wurde im Geschäftsjahr 2024 ein Konzernjahresüberschuss i. H. v. insgesamt 59,7 Mio. € (Vorjahr: 67,4 Mio. €) erzielt.

Die Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals ist u. a. auf die Bildung von Gewinnrücklagen zurückzuführen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist im Berichtsjahr um +30,2 Mio. € auf insgesamt 144,6 Mio. € angestiegen und betrifft

vornehmlich passivierte Zuschüsse für den geförderten Breitbandausbau.

Damit lag die adjustierte Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 mit 18,4 Prozent über dem Vorjahr (17,8 Prozent).

Aus der Differenz zwischen Kaufpreisüberschuss und Zeitwert ergab sich im Rahmen der Erstkonsolidierung ein negativer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung 372,8 Mio. €. Für das Geschäftsjahr erfolgte die ergebniswirksame Fortführung gemäß DRS Nr. 23 Tz. 145 i. H. v. 10,7 Mio. €. Der Posten belief sich zum 31. Dezember 2024 auf insgesamt 294,7 Mio. € (Vorjahr: 305,3 Mio. €).

Der Erwerb von TEAG-Aktien durch den KEBT-Konzern vom KET zum 31. August 2017 erfolgte gegen Gewährung einer Stundung des Kaufpreises i. H. v. 454,8 Mio. €. Die daraus resultierenden fälligen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem KET wurden planmäßig i. H. v. 31,4 Mio. € getilgt und betragen zum Bilanzstichtag 191,3 Mio. € (Vorjahr: 222,7 Mio. €). Diese haben eine Laufzeit bis 2030.

Im Berichtsjahr erfolgten Abschlüsse zur Aufnahme von langfristigen Kreditverträgen zur Umsetzung der Energiewende in Thüringen i. H. v. insgesamt 1.056,0 Mio. €. Hiervon wurde bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 ein Teilbetrag i. H. v. 101,0 Mio. € abgerufen. Die Laufzeit der aufgenommenen Darlehen liegt durchschnittlich bei rund 20 Jahren. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag mit insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €) und haben Laufzeiten bis teilweise 2044.

Der KET gewährte der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen, mit Laufzeiten bis teilweise 2027. In den Vorjahren wurde ein Gesamtbetrag i. H. v. 230,0 Mio. € getilgt. Damit valutiert das Darlehen zum Stichtag 31. Dezember 2024 mit 170 Mio. €.

Für die Finanzierung der Investitionen im Zusammenhang mit der Energiewende erfolgte im

Geschäftsjahr 2023 eine weitere Darlehensaufnahme bei der KET i. H. v. 164,0 Mio. €. Die Laufzeit des Darlehens ist bis zum Jahr 2047. Die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens ist zunächst gestundet. Die erste Tilgung ist für das Jahr 2032 vorgesehen.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäftes ist durch zusätzliche Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. insgesamt 208,2 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen in geringerem Umfang erfolgten über Beteiligungsunternehmen.

Das kurzfristige Fremdkapital war im Berichtsjahr überwiegend durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Aufgrund der bestehenden Kreditlinien ist die Finanzierung des Konzerns gesichert.

Die zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Altersversorgungszusagen in Fondsanteilen angelegten Mittel werden treuhänderisch verwaltet.

Im Bereich Erzeugung und Wärme wurden im Geschäftsjahr Investitionen i. H. v. insgesamt 14,4 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €) getätigt. In dezentrale Wärmeerzeugungsanlagen wurden 8,4 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) investiert. Hiervon entfielen 5,8 Mio. € auf die Fortführung des Quartiersprojektes in Gera-Langenberg. Am Standort des HKW Bad Salzungen und Schwarza wurden Investitionen i. H. v. insgesamt 2,5 Mio. € getätigt. In Bad Salzungen erfolgten Investitionen zur Errichtung eines Elektrodenkessels. In Schwarza entfielen Investitionen auf die weitere Automatisierung des Kraftwerkbetriebes.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in die Strom-, Gasverteils- und Straßenbeleuchtungsnetze i. H. v. insgesamt 104,9 Mio. € (Vorjahr: 83,0 Mio. €) getätigt.

Diese betreffen im Stromverteilnetz einen Betrag i. H. v. 92,6 Mio. € (Vorjahr: 71,5 Mio. €). Davon wurden 56,6 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 23,3 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst.

Weitere 3,1 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Insgesamt 9,5 Mio. € wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN. Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 55,0 Mio. € auf dem Ausbau des MS- und NS-Netzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden rund 280 km MS- und NS-Leitungen errichtet und 59 Transformatorstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 1.930 Hausanschlüsse neu errichtet. Im MS-Netz wurde die Spannungsumstellung auf die internationale Normspannung 20 kV fortgesetzt. In 2024 wurde im Rahmen dieser Vorbereitungen bei Königsee u. a. eine neue Ortsnetzstation gebaut und in das MS-Netz eingebunden. Hierbei wurden veraltete Massekabel gegen 20-kV-VPE-Kabel ausgetauscht. Im Bereich Bad Liebenstein wurde ein erster Bauabschnitt mit insgesamt sieben Ortsnetzstationen mit einer Kabellänge von 2,4 km auf 20 kV umgestellt. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 93,2 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben. In HS-Leitungen und Umspannwerke wurden 25,6 Mio. € (Vorjahr: 17,0 Mio. €) investiert. Auf den 110-kV-Freileitungen Menteroda-Mühlhausen und Leinefelde-Heiligenstadt wurde die Übertragungskapazität erhöht. Dafür war der Neubau von insgesamt fünf HS-Masten erforderlich. Zudem wurde das Sicherheitsniveau auf diesen Trassen und der 110-kV-Freileitung Mühlhausen-Leinefelde gesteigert. Mit dem Ersatzneubau von drei Masten wurden Erschließungsarbeiten im Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes in Schmalkalden realisiert. Im Bereich der Umspannwerke führte die TEN sowohl Neu- als auch Ersatzinvestitionen i. H. v. insgesamt 16,1 Mio. € durch. Zu den bedeutendsten Investitionen zählten die Ersatzneubauten der 110-kV-Umspannwerke Weida (rund 5,4 Mio. €) und Leinefelde (rund 2,7 Mio. €) sowie der Neubau des 110- bzw. 20-kV-Umspannwerkes Niederschmalkalden (rund 1,9 Mio. €). Des Weiteren hat die TEN im Geschäftsjahr 11,9 Mio. € in Zähler, Leit- und Informationstechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. 12,3 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €). Davon wurden 9,0 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 2,1 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 1,2 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 10,4 Mio. €. Rund 20 km Gasleitungen und 362 Gashausanschlüsse wurden in verschiedenen Druckstufen neu errichtet oder rekonstruiert. Investitionsschwerpunkte waren die Verlegung von Erdgasleitungen und die Errichtung von Erdgas-Hausanschlüssen in Neuhaus, Förritz und Ellrich sowie von sechs Gasdruckregelstationen. Investitionsschwerpunkte im Gas-Hochdrucknetz waren der Bau und Anschluss der Biogas-Einspeiseanlage Niederpöllnitz, der Erdgasnetzanschluss eines Bergbauunternehmens in Caaschwitz sowie der Ersatzneubau von Gas-Hochdruckleitungen im Gewerbegebiet Bad Langensalza. Rund 1,9 Mio. € wurden in Messeinrichtungen, Netzleit- und Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Im Bereich Elektromobilität wurden im Berichtszeitraum Investitionen i. H. v. 12,8 Mio. € (Vorjahr: 12,0 Mio. €) getätigt. Die Investitionsschwerpunkte lagen auf dem Ausbau von insgesamt rund 250 neuen DC-Schnellladepunkten an insgesamt rund 40 verschiedenen Standorten. Die Investitionen in öffentliche Ladeinfrastruktur erfolgten weiterhin v. a. an strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkten, wie Autobahnen und Autobahnkreuzen sowie im Umfeld verschiedener Supermärkte und Einkaufsstätten.

Im Berichtszeitraum haben wir im Bereich des Messwesens Investitionen i. H. v. insgesamt 6,3 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) getätigt. Die Investitionen entfielen insbesondere auf die Anschaffung und den Einbau von mME und iMSys. Weitere Mittel wurden u. a. in die Erweiterung der Prüfkapazitäten für digitale Zählertechnik und SMGW im Bereich der Prüfstelle investiert.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation beliefen sich die eigenwirtschaftlichen und geförderten Investitionen auf insgesamt 90,4 Mio. € (Vorjahr: 84,9 Mio. €). In Übertragungstechnik und Lichtwellenleiter (LWL)-Anbindungen wurden im Kunden- und Backbonebereich 2,7 Mio. € investiert. Mit den Investitionen reagiert die TNK auf den zunehmenden Bandbreitenbedarf. In Infrastruktur für Mobilfunkcarrier wurden Investitionen i. H. v. 2,0 Mio. € getätigt.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden im Bereich IT-Infrastruktur Investitionen i. H. v. 26,4 Mio. € (Vorjahr: 39,6 Mio. €) getätigt. Die Investitionen umfassen im Wesentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit einer flächendeckenden Modernisierung von ERP- und Abrechnungssystemen i. H. v. 17,3 Mio. € und stellen die Grundlage für die weitere Digitalisierung der energiewirtschaftlichen Systemstrukturen dar. In den Ausbau und die Weiterentwicklung des TEN-Netzkundenportals wurden 1,5 Mio. € investiert. In die Optimierung der IT-Serverinfrastruktur floss ein Betrag i. H. v. 1,6 Mio. €. Für die Arbeitsplatzausstattung der Mitarbeiter wurde ein Betrag i. H. v. 1,0 Mio. € aufgewendet.

Im Berichtszeitraum wurden die Bauarbeiten am TEAG-Campus in Erfurt fortgeführt, u. a. wurde mit dem Bau eines neuen Kunden-Zentrums begonnen. Zudem erfolgten umfangreiche Investitionen im Rahmen der Errichtung einer neuen Zauanlage zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus. Insgesamt wurde ein Betrag i. H. v. 8,8 Mio. € investiert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in das Finanzanlagenvermögen i. H. v. 50,3 Mio. € getätigt. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus Einzahlungen in Kapitalrücklagen von Beteiligungen aus dem Bereich EE und Stadtwerken i. H. v. zusammen 31,0 Mio. € sowie aus der Gewährung von Gesellschafterdarlehen i. H. v. 7,2 Mio. €. Im Rahmen von Anteilerwerben an Stadtwerken wurde ein Betrag i. H. v. 9,4 Mio. € investiert.

Die Liquidität des KEBT-Konzerns war im Geschäftsjahr stets gesichert und ist insbesondere von der Liquidität des TEAG-Konzerns geprägt.

Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den energiewirtschaftlichen, den regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert u. a. aus dem hohen Energiepreisniveau der Vorjahre und erreichte im Berichtszeitraum wieder das Planniveau.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultierte insbesondere aus den Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen i. H. v. 316,1 Mio. € (Vorjahr: 255,9 Mio. €) sowie aus Auszahlungen in das Deckungsvermögen von insgesamt 8,4 Mio. € (Vorjahr: 10,3 Mio. €). Dem entgegen standen Einzahlungen für erhaltene Dividenden i. H. v. 23,2 Mio. € (Vorjahr: 23,3 Mio. €) sowie Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen von 37,1 Mio. € (Vorjahr: 40,1 Mio. €).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft mit 101,0 Mio. € (Vorjahr 264,0 Mio. €) Einzahlungen aus der Aufnahme von langfristigen Darlehen. Die Tilgungsleistungen von Finanzverbindlichkeiten betragen insgesamt 70,6 Mio. € (Vorjahr: 248,2 Mio. €). Die gezahlten Zinsen betragen insgesamt 26,2 Mio. € (Vorjahr: 32,0 Mio. €) und entfallen überwiegend auf Darlehenszinsen. Des Weiteren wurden Dividendenzahlungen i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 23,7 Mio. €) geleistet. Der Cashflow des Vorjahres enthält eine anteilige Einzahlung in die Kapitalrücklage der TEAG durch die übrigen Aktionäre der TEAG i. H. v. von insgesamt 35,7 Mio. €.

Der Finanzmittelbestand verringerte sich um -82,7 Mio. € auf insgesamt 173,2 Mio. €. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus den flüssigen Mitteln, den Finanzforderungen aus Tagesgeld gegen verbundene Unternehmen, den Verbindlichkeiten aus den Betriebsmittelkreditlinien sowie den Finanzverbindlichkeiten aus Tagesgeld gegenüber einem Beteiligungsunternehmen zusammen.

Das Anlagevermögen, das im Wesentlichen durch das Sachanlagevermögen geprägt ist, erreichte zum Bilanzstichtag einen Anteil i. H. v. 76,7 Prozent (Vorjahr: 74,9 Prozent) an der Bilanzsumme. Insgesamt ist das Anlagevermögen wie im Vorjahr zu 22,9 Prozent durch Eigenkapital gedeckt. Das Anlagevermögen hat sich insbesondere infolge des hohen Investitionsniveaus bei der Netzinfrastuktur um insgesamt +6,1 Prozent erhöht. Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bezifferten sich auf 120,8 Mio. € (Vorjahr: 114,5 Mio. €).

Das Umlaufvermögen verringerte sich um -4,3 Prozent auf insgesamt 758,0 Mio. €. Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 168,6 Mio. € (Vorjahr: 240,7 Mio. €). Dieser Rückgang steht u. a. im Zusammenhang mit den Mittelverwendungen im Rahmen der hohen Investitionsanforderungen der Energie- und Verkehrswende. Dagegen erhöhte sich der Bestand an Emissionszertifikaten um insgesamt +20,6 Mio. €. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen moderat um +1,6 Prozent auf insgesamt 446,9 Mio. € an. Dabei nahmen die Forderungen aus Steuererstattungsansprüchen um insgesamt +24,0 Mio. € zu.

Als Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung wird Deckungsvermögen ausgewiesen, das die entsprechenden Verpflichtungen aus Altersversorgungszusagen übersteigt. Der Anstieg im Berichtsjahr ist insbesondere auf die positive Wertentwicklung des Deckungsvermögens zurückzuführen.

Das Eigenkapital lag mit einer Erhöhung um +6,3 Prozent über dem Vorjahr. Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres wurden im Geschäftsjahr Dividendenzahlungen i. H. v. insgesamt 25,3 Mio. € geleistet (davon 15,8 Mio. € an außenstehende Gesellschafter). Die Gewinnrücklagen erhöhten sich um +43,5 Mio. € auf insgesamt 220,2 Mio. €. Dagegen verringerten sich die nicht beherrschenden Anteile um -2,4 Mio. € auf insgesamt 203,4 Mio. €.

Unter dem Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ erfolgt der Ausweis und die Fortschreibung der passiven Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung zum 31. August 2017.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist im Berichtsjahr um +30,2 Mio. € auf insgesamt 144,6 Mio. € angestiegen und betrifft insbesondere passivierte Zuschüsse für den geförderten Breitbandausbau. Ferner werden unter den Zuschüssen vereinnahmte Baukostenzuschüsse i. H. v. 114,6 Mio. € (Vorjahr: 113,4 Mio. €) passiviert.

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Stichtag um insgesamt +2,6 Prozent. Die Verbindlichkeiten stiegen zum 31. Dezember 2024 um +4,2 Prozent an. Im Berichtsjahr erfolgte neben der planmäßigen Tilgung von Finanzverbindlichkeiten i. H. v. 70,6 Mio. € der Abruf von Darlehen gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 101,0 Mio. €. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €). Die Restschulden von Darlehen gegenüber der KET beziffern sich zum Stichtag auf insgesamt 525,3 Mio. € (Vorjahr: 556,7 Mio. €). Die übrigen Verbindlichkeiten stiegen um +35,7 Mio. € auf insgesamt 186,3 Mio. € an.

Die passiven latenten Steuern wurden mit dem Unternehmenssteuersatz berechnet und bezifferten sich zum 31. Dezember 2024 auf insgesamt 181,5 Mio. € (Vorjahr: 188,6 Mio. €).

Der klimafreundliche – und mittel- bis langfristig klimaneutrale – Umbau bzw. die Modernisierung und Umstellung der konventionellen Kraftwerksanlagen an den Standorten der HKW Jena, Schwarzta und Bad Salzungen wird auch im kommenden Berichtszeitraum vorangetrieben. Am Standort des HKW Jena ist die Vergrünung der Fernwärme u. a. durch die Errichtung einer leistungsfähigen PtH-Anlage sowie einer Großflusswärmepumpe mit BEW-Förderung vorgesehen. Im Zuge einer schrittweisen Dekarbonisierung sollen ab 2030 mindestens 30 Prozent der gelieferten Fernwärme auf Basis von EE bereitgestellt werden können. In Bad Salzungen sind u. a. die

Abwärmenutzung eines Industriekunden sowie Vorbereitungen zum Netzanschluss einer Biogasanlage geplant.

Im dezentralen Projektgeschäft stehen zunehmend nachhaltige Quartierslösungen mit BEW-Förderung sowie sog. „kalte Nahwärmenetze“ im Fokus der Projektakquise. Insgesamt soll im Rahmen des dezentralen Projektgeschäfts in 2025 der Zubau von Anlagen zur Wärmelieferung i. H. v. 13,4 GWh erfolgen. Im Hinblick auf die Dekarbonisierung von zentralen, wie dezentralen Erzeugungsanlagen sind dabei nicht mehr nur die politischen Entwicklungen, sondern die Kunden selbst zu Treibern der grünen Transformation geworden.

In 2024 haben sich zahlreiche Thüringer Städte und Gemeinden mit der KWP auseinandergesetzt: Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern werden durch das WPG dazu verpflichtet, bis spätestens zum 30. Juni 2026 Wärmepläne (sog. „Fachgutachten“) aufzustellen. Alle Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern trifft die Umsetzungspflicht bis zum 30. Juni 2028. Die Thüringer Kommunen werden mit einem umfassenden Planungs- bzw. Dienstleistungsangebot aktiv bei der Umsetzung der KWP unterstützt, wozu auch organisatorische und personelle Veränderungen umgesetzt werden. Von den 189 zur KWP verpflichteten Planungsstellen bzw. betroffenen Thüringer Kommunen soll mit mindestens einem Drittel in Kontakt getreten werden, um eine mögliche gemeinsame Projektentwicklung abzustimmen.

Im Hinblick auf die Erzeugungsmengen der konventionellen Kraftwerke sowie der dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen wird im kommenden Berichtszeitraum mit insgesamt 488,1 GWh Strom- sowie 933,1 GWh Wärmeerzeugung gerechnet. Die Mengenplanungen hängen dabei u. a. vom Zeitpunkt der vollständigen Inbetriebnahme der neuen Gasmotorenanlage im HKW Jena ab.

Die Geschäftsfelder der TEN werden auch im kommenden Geschäftsjahr vom energiewendebedingten Stromnetzaus- und -umbau sowie der

Digitalisierung des Netzbetriebes geprägt sein. Das regulierte Netzgeschäft bleibt, gemessen an der Höhe des gebundenen Kapitals in Infrastruktur sowie den Personalkapazitäten, das Hauptgeschäftsfeld.

Die Errichtung von PV-Anlagen inkl. entsprechender Speichertechnologien dominiert die Anschlüsse im Netzbereich. Die Anzahl der Anschlussbegehren sowie deren Komplexität werden sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Nach der Optimierung der Prozesse ist geplant, im kommenden Geschäftsjahr die Abarbeitungszeit der Anträge weiter zu verkürzen.

Mit dem Voranschreiten der Klima-, Wärme- und Mobilitätswende wird neben Einspeiseanlagen aus EE eine immer größere Zahl von sog. „steuerbaren Verbrauchseinrichtungen“ an die NS-Netzinfrastuktur angeschlossen. Der § 14a EnWG verpflichtet die TEN als Netzbetreiber zukünftig dazu, in sog. „Spitzenlast“-Zeiten den Strombezug von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen vorübergehend auf bis zu 4,2 kW zu begrenzen. Die Flexibilisierungsmöglichkeiten nach § 14a EnWG sollen dabei helfen, die Netzstabilität sicherzustellen und Netzengpässe zu vermeiden. Mit einem flächendeckenden Rollout von iMSys werden dabei wichtige technische Voraussetzungen zur zielgerichteten Beobacht- bzw. Steuerbarkeit von Netzprozessen geschaffen. Infolge des steigenden Anschlusses von regenerativen Erzeugungsanlagen ist mit einer Zunahme von Engpässen zu rechnen.

Die Lastverlagerungen infolge des anhaltenden Ausbaus der EE in Thüringen – mit Regionen sowohl der Lasterhöhung als auch der -abnahme – bedingen einen massiven Aus- bzw. Umbaubedarf im MS- und NS-Bereich. In Verbindung mit einer aktiven Laststeuerung trägt der Aus- bzw. Umbau wesentlich zur Beherrschung der energiewendebedingten Netzeffekte bei, geht jedoch mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Stromnetzplanung sieht in den kommenden Jahren u. a. die Errichtung von rund 600 km MS-Kabeln sowie die Verstärkung von mehr als 100 km Leitungen im HS-Bereich vor. Zudem werden

rund 600 Ortsnetz-Stationen neu zu errichten sein. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit einer weiteren Digitalisierung: Rund ein Drittel aller MS-Stationen soll fernsteuerbar gemacht werden, was insgesamt rund 3.000 Stationen entspricht. Zusätzlich ist die digitale Anbindung von weiteren technischen Komponenten an das Netzleitsystem vorgesehen, u. a. zur Unterstützung schneller Entstörungsprozesse bei Erd- und Kurzschlüssen. Zur Sicherung einer hohen Versorgungsqualität muss nicht zuletzt auch der Austausch veralteter DDR-Kabel vorangetrieben werden, wobei sich die Kosten zum Substanzerhalt auf jährlich rund 13 Mio. € belaufen. Im Bereich der HS bzw. MS-Umspannwerke ergibt sich ein Ausbaubedarf von rund 70 HS- bzw. MS-Transformatoren, Schalt- und Nebenanlagen. Insgesamt wird bis zum Jahr 2028 mit Investitionen i. H. v. rund 600 Mio. € in die Stromnetzinfrastruktur (inkl. Zähler) gerechnet.

Im Gasbereich setzt eine gegensätzliche Entwicklung ein. Die Bedeutung von (fossilem Erd-) Gas bei der Strom- und Wärmeerzeugung sowie in industriellen Produktionsprozessen nimmt ab. Voraussichtlich wird ein Teil des Erdgasnetzes zukünftig für den H2-Transport genutzt werden können. Die Ersatzinvestitionen im fossilen Erdgasnetz sollen infolge des Rückgangs an betriebs- und volkswirtschaftlicher Bedeutung – bei einem gleichzeitigen, schrittweisen Hochlauf der Investitionen im H2-Bereich – auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Der Anschlusszwang von Biogasanlagen steht dagegen mit nicht unerheblichen Investitionen und organisatorischen Herausforderungen im Widerspruch zur Transformation der Netzinfrastruktur in Richtung H2.

Das EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit und Zuständigkeit von Regulierungsbehörden in der Energiewirtschaft führt zu grundlegenden Veränderungen in der deutschen Energieregulierung. In diesem Zusammenhang erwartet die TEN in 2025 entsprechende Festlegungen der BNetzA.

Im Vertriebsbereich nehmen die Unsicherheiten im Hinblick auf die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die steigende

Zahl von Unternehmensinsolvenzen zu. Für 2025 wird von einem deutlichen Anstieg von Eigenverbrauchslösungen im Markt ausgegangen, die Rückwirkungen auf das Abnahmeverhalten der Kunden und die Mengenbeschaffung bzw. -planung haben. Die stetige Zunahme von PV-Anlagen und weiteren erneuerbaren, dezentralen Eigenverbrauchslösungen (wie z. B. Wärmepumpensystemen) erschwert die Erstellung z. B. von sog. „Day-ahead“-Prognosen sowie entsprechenden Lieferangeboten. Infolge der hohen energiebedingten Netzinvestitionen im Strom- sowie der Anwendung von KANU 2.0 im Gasbereich ist v. a. im Privatkundengeschäft ein Anstieg der Netzentgelte abzusehen. Der ausgeprägten Wettbewerbsintensität im Markt wird u. a. mit einer Stärkung der IT-gestützten Vertriebsmaßnahmen sowie der Neukunden- bzw. Kundenbindungsstrategien begegnet.

Insbesondere in Zeiten anhaltender (geo-) politischer Unsicherheiten hat die Gewährleistung einer stabilen Versorgungslage höchste Priorität. Daher wird das langfristige Beschaffungsportfolio im kommenden Berichtszeitraum weiter diversifiziert und Abhängigkeiten von einzelnen (Vor-) Lieferanten reduziert werden. Auf der Absatzseite wird für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Stromabsatz i. H. v. rund 7.190 GWh, einem Gasabsatz i. H. v. rund 7.327 GWh sowie einem Wärmeabsatz i. H. v. rund 481 GWh geplant.

Mit dem Ausbau der (Schnell-) Ladenetzinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Thüringen und den angrenzenden Bundesländern wird die Umsetzung der Klima- und Verkehrswende aktiv vorangetrieben. Obwohl die Neuzulassungszahlen von Elektrofahrzeugen zuletzt stagnierten und die Bundesregierung ihre Förderprogramme für den Kauf von Elektrofahrzeugen zum Vorjahresende eingestellt hat, wird davon ausgegangen, dass sich der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf batterieelektrische Fahrzeuge mittel- und langfristig durchsetzen wird. Infolge der technologischen Fortschritte bei der Entwicklung effizienter Batterie- und Ladetechnik in Verbindung mit daraus resultierenden Preisrückgängen von Batterien, einschließlich einer entsprechenden

Reichweitenerhöhung von Elektrofahrzeugen, wird – nach dem Erreichen einer kritischen Schwelle im Markt – wieder mit einer deutlichen Zunahme der Dynamik gerechnet.

Neben der Errichtung und dem Betrieb von öffentlicher (Schnell-) Ladeinfrastruktur an zentralen Verkehrsknotenpunkten, wie etwa Autobahnkreuzen, gewinnt zunehmend der Ladenetzausbau in städtischen Ballungsräumen an Bedeutung: Ziel ist es, pro Jahr rund 30 Standorte mit mehreren Ladepunkten in größeren Wohnquartieren in Thüringen zu erschließen. Bis Ende 2025 soll in über 100 Städten öffentliche Ladeinfrastruktur mit insgesamt bis zu 690 Schnell- sowie rund 360 Normalladepunkten betrieben werden.

Für das Geschäftsjahr 2025 sind Investitionen i. H. v. bis zu 14,6 Mio. € geplant, die v. a. für die Errichtung von Schnellladetechnik bzw. neuer Schnell-Ladestandorte vorgesehen sind. In den kommenden Jahren soll ein insgesamt mittlerer zweistelliger Millionenbetrag in den Aufbau und die Erweiterung neuer (HPC-) Schnell-Ladehubs investiert werden.

Im Geschäftsfeld Elektromobilität wird für das Geschäftsjahr 2025 von einem deutlich steigenden Ladestromabsatz sowie von steigenden Umsatzerlösen ausgegangen. Positive Ergebnisbeiträge aus dem Aufbau des Geschäftsfeldes werden dagegen noch nicht erwartet.

Durch gesetzliche Regelungen, u. a. im Hinblick auf das GNDEW, den damit verbundenen Änderungen des MSbG sowie den Bestimmungen des § 14a EnWG, wurde der Smart-Meter-Rollout zuletzt neu definiert. Ab dem kommenden Jahr sind MSB dazu verpflichtet, eine technische Infrastruktur bereitzustellen, die es ermöglicht, steuerbare Verbrauchseinrichtungen über das SMGW entsprechend der aktuell vorherrschenden Lastsituation netzdienlich anzusteuern und ggf. abzuregulieren. In der digitalen Steuerung der NS-Netze liegt ein wesentliches Schlüsselement zur Umsetzung der technisch anspruchsvollen Energiewende. Im Rahmen von mehreren Pilotprojekten ist geplant, in den kommenden Jahren modernste Mess- und Regeltechnik in

Energieinfrastruktur von ausgewählten Ortschaften zu integrieren und für die Datenübertragung nutzbar zu machen. Der Rollout soll stufenweise über ganz Thüringen hinweg erfolgen. In jeder Region soll zunächst zumindest ein „Reallabor“ errichtet werden.

Das MsbG sieht in der aktuellen Fassung vor, dass bis zum Jahr 2032 mindestens 95 Prozent der Messstellen auf mME oder iMSys umgerüstet sein sollen. Die Einbauvorgaben beinhalten zudem, dass bereits bis Ende 2025 mindestens 20 Prozent der iMSys-Pflichteinbaufälle mit einem SMGW auszustatten sind. Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere die gMSB-Kunden der TMZ den iMSys-Rollout im kommenden Jahr deutlich forcieren werden. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einer annähernden Verdopplung der von der TMZ im Bereich der SMGW-Administration und des Messdatenmanagements betreuten iMSys gerechnet. Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Digitalisierung der Netzinfrastuktur wird der Rollout aktiv vorangetrieben.

Nach der diesjährigen Veröffentlichung des sog. „Digitalisierungsberichts“ nach § 48 MsbG durch das BMWK wird für 2025 eine weitere Novellierung des MsbG erwartet. Die Novelle ist Teil eines Gesetzesentwurfs zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Bereich des Netzausbaus, der -regulierung und der Endkundenmärkte. Sie sieht vor, dass der Smart-Meter-Rollout zukünftig stärker netzorientiert erfolgen soll. Die Pläne des gMSB TEN sehen vor, im kommenden Jahr insgesamt rund 47.400 Messstellen mit moderner Mess- bzw. Regelungstechnik auszustatten.

Das Leistungsangebot der TMZ wird dabei immer öfter von Geschäftspartnern außerhalb des Konzerns nachgefragt. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit dem Abschluss weiterer, langjähriger Verträge geplant. Im Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen wird in den kommenden Jahren mit einer positiven Geschäftsentwicklung gerechnet.

Der Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur dient nicht zuletzt auch der

Steuerung von digitalen Kommunikationsprozessen zur Umsetzung der Energiewende. Der flächendeckenden Glasfaserausbau in Thüringen wird auch in diesem Zusammenhang im kommenden Berichtszeitraum zielstrebig vorangetrieben werden. Die Erreichung der Ausbauziele unterliegt dabei jedoch gewissen Unsicherheiten, die sich sowohl aus konjunkturellen bzw. wirtschaftlichen als auch politischen Rahmenbedingungen und Veränderungen ergeben. Zudem erschwert das anhaltend hohe Kostenniveau im Bereich von Dienstleistungen, Material und Personal den Netzausbau. Bei der Detailplanung eigenwirtschaftlicher Projekte können die gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten daher dazu führen, dass einzelne Ortschaften bzw. Adressen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht, wie im ursprünglichen Bebauungsplan vorgesehen, erschlossen werden können.

Vor dem Hintergrund insbesondere der genannten Herausforderungen wird geplant, das eigenwirtschaftliche Investitionsvolumen im kommenden Berichtszeitraum um bis zu +25 Prozent zu erhöhen. Für den Zeitraum 2025-2027 ist ein eigenwirtschaftliches Investitionsvolumen i. H. v. rund 160 Mio. € vorgesehen. Für das kommende Geschäftsjahr wird im Telekommunikationsbereich von einer weiteren Kundenzunahme sowie einer leichten Ergebnissteigerung ausgegangen.

Das Beteiligungsergebnis wird sich im Geschäftsjahr 2025 wesentlich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Thüringer Stadtwerkebeteiligungen bestimmen. Im Hinblick auf die Klima-, Energie- und Wärmewende stehen die Stadtwerke vor ähnlichen Herausforderungen wie der KEBT-Konzern selbst. Hierzu gehören u. a. die hohen Netzinvestitionen sowie deren langfristige Finanzierung, die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, die Förderung der Verkehrswende im Bereich Elektromobilität, die Strom- und Gasbeschaffung in einem volatilen Marktumfeld sowie der anhaltende Fachkräftemangel. Die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben, wie etwa des § 14a EnWG oder auch der neuen EU-Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, gestaltet

sich insbesondere für kleinere Stadtwerke als schwierig. Die digitale Abbildung bzw. Umsetzung neuer komplexer Geschäftsmodelle und -prozesse führt zu zusätzlichen, ressourcenintensiven Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund werden die Thüringer Stadtwerke auch im kommenden Jahr aktiv unterstützt. Infolge der genannten Herausforderungen und Entwicklungen ist in den Folgejahren unter Umständen mit vergleichsweise geringeren Ergebnisbeiträgen aus Stadtwerksbeteiligungen zu rechnen. Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Beteiligungsergebnis i. H. v. rund 13 Mio. € erwartet. Zur Kompensation des rückläufigen Ergebnisbeitrags aus Stadtwerkebeteiligungen gewinnt der gezielte Auf- und Ausbau neuerer Geschäftsfelder im Beteiligungsportfolios zunehmend an Bedeutung.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Energiewendeziele gehen mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Haupttreiber der Investitionen liegen in der angestrebten Wärme- und Verkehrswende und führen immer mehr zur geschäftsfeldübergreifenden (Projekt-) Vernetzung; von der Energieerzeugung, über den Netzaus- und -umbau bis hin zur digitalen Steuerung der Infrastrukturen und der Umsetzung von IT-Großprojekten. Neuere Geschäftsfelder, wie der Glasfaserausbau, das PV-Geschäft und die Elektromobilität, diversifizieren das Portfolio.

Zur Realisierung der Transformationsprojekte wurde ein verlässlicher, energiewirtschaftlicher Kompass entwickelt, der auf dem Fundament der „7 Netze“-Strategie beruht. Im Berichtszeitraum wurde zudem ein umfassendes Investitionsprogramm beschlossen, das im kommenden Jahr fortgeschrieben werden wird. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalerhöhung. Hierzu wurden im aktuellen Berichtszeitraum die notwendigen Darlehensverträge abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2025 ist eine weitere Eigenkapitalerhöhung durch die Anteilseigner geplant.

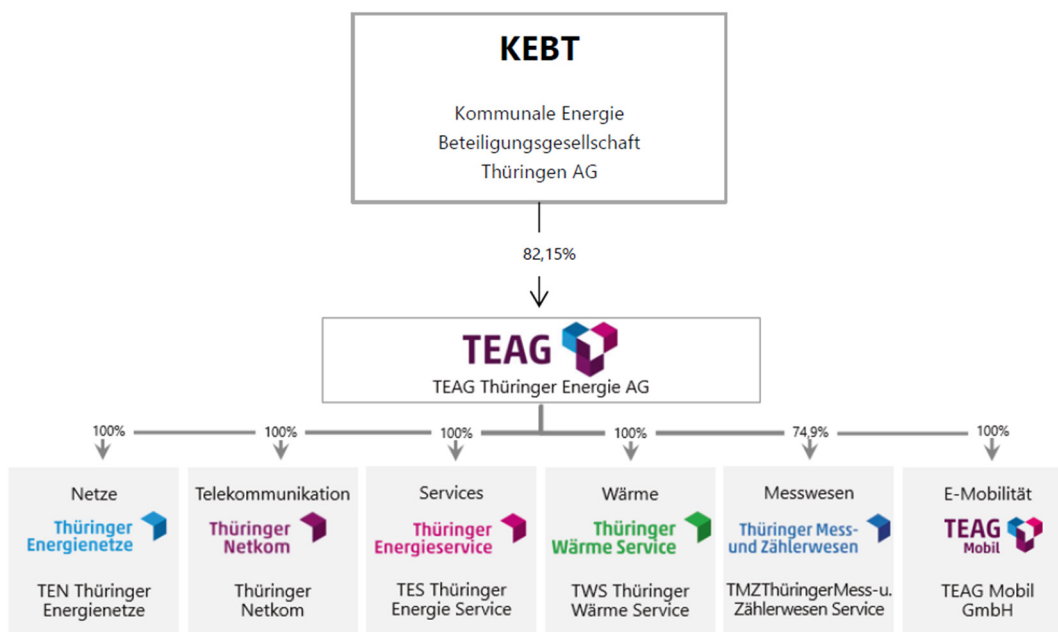
Im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen spielt, neben den Neuwahlen der Bundesregierung bzw. der Koalitionsbildung im Frühjahr 2025, auch die energiepolitische Ausrichtung der neuen Landesregierung in Thüringen eine wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung. Hierzu wird ein stabiler, langfristig angelegter ordnungspolitischer Rahmen benötigt, der positive Anreize setzt, um die vorhandenen technischen, marktlichen und nachhaltigen Lösungsansätze weiterzuentwickeln. Darauf aufbauend wird von einer langfristig positiven Prognose der Geschäftsfelder ausgegangen. Im Geschäftsjahr 2025 wird die Entwicklung und Umsetzung innovativer, klimafreundlicher und -neutraler Energielösungen fortgesetzt werden, sodass ein zentraler Beitrag zu einem sicheren, stabilen und verlässlichen Energiesystem in Thüringen geleistet wird.

Für das Geschäftsjahr 2025 rechnet der KEBT-Konzern mit einem EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und einem EBT i. H. v. 60 bis 80 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 40 und 55 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2025 sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt bis zu 350 Mio. € vorgesehen; das Investitionsvolumen wird sich – vor dem Hintergrund der anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – auch in den Folgejahren auf einem hohen Niveau bewegen. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur.

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung zum Konsolidierungskreis

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die KEBT hat ihren Sitz in Erfurt, Alfred-Hess-Straße 37, und wird beim Amtsgericht Jena unter der Handelsregisternummer HRB 113190 geführt.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB bei der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Unternehmensregister zugänglich.



Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Erfurt (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt. Quelle: KEBT Beteiligungsbericht

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,15
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG *	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH *	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH *	Erfurt	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH *	Rudolstadt	100,00
TEAG Mobil GmbH*	Erfurt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH *	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG *	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH * **	Erfurt	100,00
eness GmbH i.L. *	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH *	Bad Blankenburg	74,00
Innosun GmbH *	Sömmerda	50,10
Ingenieurbüro Pieger-Wehner GmbH *	Neustadt a. d. Orla	100,00
MOT Meßgeräte und Armaturen GmbH * ***	Ilmenau	100,00
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH *	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG * **	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH *	Schmalkalden	74,90
TEAG Solar GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Solar 1. Projekt GmbH *	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH *	Erfurt	100,00
TEAG Wasser GmbH *	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

*** Erwerb der Anteile zum 14.03.2024

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb) *	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH *	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH *	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH *	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH *	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH *	Zeulenroda-Triebes	74,00
Innosun Service GmbH *	Sömmerda	50,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH *	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH *	Bad Langensalza	40,00
Gothaer Stadtwerke ENERGIE GmbH * **	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH *	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH *	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH *	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH *	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH *	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH *	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH *	Erfurt	50,00
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	Erfurt	20,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** ehemals Stadtwerke Gotha GmbH

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH *	Waltershausen	34,00
KEYWEB AG *	Erfurt	49,00
Netzgesellschaft Eisenberg mbH *	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH *	Bad Salzungen	40,00
Solarpark Ohrdruf GmbH * **	Ohrdruf	30,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH *	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH *	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH *	Neustadt a. d. Orla	40,00
Stadtwerke Stadroda GmbH *	Stadroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsgesellschaft mbH * ***	Erfurt	30,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG *	Erfurt	30,00
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein *	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH *	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld *	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Anteilswerb zum 21.02.2024

*** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.539.432	76,7 %	2.392.402	74,9 %	2.252.138	79,2 %
Umlaufvermögen	758.048	22,9 %	791.944	24,8 %	589.442	20,7 %
Rechnungsabgrenzungsposten	6.192	0,2 %	3.570	0,1 %	1.073	0,0 %
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverr.	8.233	0,2 %	5.140	0,2 %	492	0,0 %
Bilanzsumme	3.311.905	100,0 %	3.193.056	100,0 %	2.843.145	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	582.307	17,6 %	547.897	17,2 %	468.530	16,5 %
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	294.680	8,9 %	305.331	9,6 %	315.983	11,1 %
Zuschüsse	114.613	3,5 %	113.441	3,6 %	112.235	3,9 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	144.640	4,4 %	114.436	3,6 %	60.706	2,1 %
Rückstellungen	624.180	18,8 %	608.174	19,0 %	522.525	18,4 %
Verbindlichkeiten	1.362.498	41,1 %	1.308.014	41,0 %	1.160.231	40,8 %
Rechnungsabgrenzungsposten	7.468	0,2 %	7.193	0,2 %	7.312	0,3 %
Passive latente Steuern	181.519	5,5 %	188.570	5,9 %	195.623	6,9 %
Bilanzsumme	3.311.905	100,0 %	3.193.056	100,0 %	2.843.145	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	3.145.064	94,8 %	3.219.855	95,4 %	2.309.385	87,5 %
Sonstige betrieblichen Erträge	98.397	3,0 %	84.726	2,5 %	165.985	6,3 %
Materialaufwand	2.781.694	83,8 %	2.861.026	84,8 %	1.965.532	74,4 %
Personalaufwand	168.491	5,1 %	159.597	4,7 %	139.207	5,3 %
Abschreibungen	120.791	3,6 %	135.565	4,0 %	109.195	4,1 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.429	1,2 %	35.235	1,0 %	145.587	5,5 %
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	19.112	0,6 %	19.799	0,6 %	14.908	0,6 %
Erträge Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.161	0,1 %	2.608	0,1 %	2.142	0,1 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.396	0,4 %	12.488	0,4 %	2.102	0,1 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen	40.280	1,2 %	11.500	0,3 %	0	0,0 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	26.562	0,8 %	35.615	1,1 %	62.107	2,4 %
Ergebnis vor Steuern	100.883	3,0 %	100.938	3,0 %	72.894	2,8 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41.147	1,2 %	33.522	1,0 %	19.458	0,7 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	59.736	1,8 %	67.416	2,0 %	53.436	2,0 %

TEAG Thüringer Energie AG

Aktionäre	KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, 82,2 % Thüga Aktiengesellschaft, 15,2 % Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH, 2,5% Sonstige Kommunale Anteilseigner, 0,1 %
Vorstand	Stefan Reindl (Vorstandsvorsitzender) Dr. Andreas Roß Dr. Christian Thewißen
Aufsichtsrat	Dr. Andreas Cerbe (Vorsitzender, ab 19.09.2024), Michael Brychcy (Vorsitzender, bis 28.08.2024), Thomas Ziermann, Olaf Czernomoriez, Dr. Johannes Bruns, Nico Dame, Margit Er-tmer, Michael G. Feist (bis 28.08.2024), Sven Gregor (bis 28.08.2024), Anja Heilmann, Franka Hitzing, Christian Jacob (ab 28.08.2024), Inka Jonke, Dr. Steffen Kania (ab 28.08.2024), Christian-Dieter Keith, Stephan Klante (ab 28.08.2024), Jonas Lamprecht, Stefanie Preikschat, Dr. Carsten Rieder, Frank Schmidt (bis 28.08.2024), Marco Seidel (ab 28.08.2024), Katja Wolf (bis 28.08.2024)
Gründungsdatum	Am 17. Oktober 1923 wurde die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft „Thüringenwerk“ gegründet. Über verschiedene Zwischenschritte und verschiedene Anteilseignerstrukturen entstand die aktuelle Unternehmens- und Beteiligungsstruktur, welche nunmehr seit März 2013 besteht.
Beteiligungen	Siehe Beteiligungen des KEBT-Konzerns.
Abschlussprüfer	PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Jahresüberschuss	77.323 TEUR (2024) , 81.133 TEUR (2023)
Bilanzsumme	2.322.488 TEUR (2024) , 2.230.444 TEUR (2023)
Mitarbeiter	Siehe Anzahl der Arbeitnehmer des KEBT-Konzerns.

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten auf Basis von Breitbandnetzen, die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Ausführungen zu den Grundlagen und den Rahmenbedingungen des KEBT-Konzerns treffen auch auf die TEAG zu. Da die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns im Wesentlichen durch die TEAG als Mutterunternehmen geprägt ist, erfolgt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG im Folgenden separat in verkürzter Darstellung.

Im Geschäftsjahr hat die TEAG ein EBITDA i. H. v. 238,5 Mio. € (Vorjahr: 227,8 Mio. €) und ein EBT i. H. v. 122,5 Mio. € (Vorjahr: 117,9 Mio. €) erwirtschaftet. Die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBITDA zwischen 195 Mio. € und 215 Mio. € sowie ein EBT zwischen 95 Mio. € und 110 Mio. €, wurden damit übertroffen. Der erzielte Jahresüberschuss lag mit insgesamt 77,3 Mio. € (Vorjahr: 81,1 Mio. €) im oberen Bereich des für das Geschäftsjahr 2024 prognostizierten Gesamtergebnisses zwischen 70 Mio. € und 80 Mio. €.

Das breite Geschäftsportfolio der TEAG mit sämtlichen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette hat im Geschäftsjahr 2024, trotz der oben beschriebenen schwierigen

Rahmenbedingungen, zu einer ausgewogenen Entwicklung des Rohergebnisses beigetragen und dient damit als Basis zur nachhaltigen Erreichung unserer Unternehmensziele. Positiv auf das Gesamtergebnis wirkte sich daneben im Berichtsjahr eine deutliche Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen i. H. v. -28,1 Mio. € sowie geringere Abwertungen im Umlaufvermögen i. H. v. -13,3 Mio. € aus. Dagegen belasteten um +28,5 Mio. € höhere Abwertungen bei den Finanzanlagen aus dem Bereich EE das Ergebnis.

Das geplante Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände von rund 160 Mio. € konnte mit insgesamt 142,3 Mio. € getätigten Investitionen nicht vollumfänglich erreicht werden. Ursächlich hierfür waren u. a. geringere Investitionen im Erzeugungsbereich sowie Verzögerungen beim Anschluss von Biogaseinspeiseanlagen als geplant.

Die Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um -10,8 Prozent auf insgesamt 2.397,6 Mio. €. Die Erlöse aus den energiewirtschaftlichen Sparten verringerten sich dabei im Strombereich um -89,1 Mio. € bzw. -5,3 Prozent und im Gasbereich um -166,8 Mio. € bzw. -25,4 Prozent. Bei den Wärmeerlösen wurden insgesamt 53,7 Mio. € Umsatzerlöse realisiert, was einer Verringerung von -33,1 Mio. € bzw. -38,1 Prozent entspricht. Die Rückgänge bei den Gas- und Wärmeerlösen resultieren überwiegend aus Preiseffekten aufgrund der rückläufigen Beschaffungspreise für Energie. Daneben führten Mengentrückgänge bei den Privatkunden aufgrund eines geänderten Abnahmeverhaltens sowie den mildereren Witterungsverhältnissen zu Erlösrückgängen. Im Berichtszeitraum wurden Ertragszuschüsse i. H. v. 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) ertragswirksam erfasst.

Die Erlöse aus der Verpachtung sowie aus Betriebsführungsentgelten haben sich mit insgesamt 220,7 Mio. € (Vorjahr: 224,1 Mio. €) im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist vornehmlich auf eine Zunahme der Erträge aus der Auflösung von energiewirtschaftlichen

Rückstellungen auf insgesamt 52,4 Mio. € (Vorjahr: 35,7 Mio. €) bedingt. Hierbei wirkten sich insbesondere die volatilen Preisentwicklungen an den Energiemärkten und der daraus schwierig abzuleitenden Bewertungsannahmen im Rahmen der Energiewirtschaft aus. Darüber hinaus erhöhten sich die Erträge aus Zuschreibungen für Umlauf- und Anlagevermögen auf insgesamt 8,1 Mio. € (Vorjahr: 2,9 Mio. €).

Der Materialaufwand umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung und verringerte sich um -10,6 Prozent auf insgesamt 2.163,1 Mio. €. Die Materialaufwandsquote lag, gemessen an den Umsatzerlösen, mit 90,2 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 90,0 Prozent). Ursächlich für diese Entwicklung ist insbesondere eine Entspannung auf den Energiemärkten und der damit einhergehenden Verringerung der Bezugskosten für Energie.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt +3,9 Prozent. Hierbei wirkte sich die Recruitingkampagne zur Einstellung von zusätzlichen Mitarbeitern u. a. zur Umsetzung der fortschreitenden Digitalisierung der TEAG aus. Neben der daraus gestiegenen Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten führte auch die Anhebung der tariflichen Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Dem entgegen sind im Vorjahr Sonderzahlungen für Inflationsausgleich in den Personalaufwendungen enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden neben Aufwendungen aus Schuldbeitritten für Baukostenzuschüsse i. H. v. 48,9 Mio. € (Vorjahr: 45,5 Mio. €) im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen i. H. v. 10,3 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) sowie Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen von Forderungen i. H. v. 19,3 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) ausgewiesen.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit insgesamt 26,7 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €) vornehmlich aufgrund niedrigerer Ausschüttungen der Stadtwerke unter dem Vorjahresniveau.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen betreffen im Wesentlichen den übernommenen Jahresfehlbetrag der TEN i. H. v. 3,9 Mio. € (Vorjahr: 24,3 Mio. €) sowie der TMO i. H. v. 5,6 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €).

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein um +4,7 Prozent besseres EBITDA als im Vorjahr erwirtschaftet. Diese Entwicklung ist insbesondere bedingt durch geringere Aufwendungen aus Verlustübernahmen für verbundene Unternehmen i. H. v. 28,1 Mio. €. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss verringerte sich um -12,3 Mio. €. Die Ursachen sind dabei in der gesamten Wertschöpfungskette vielfältig. Ein zunehmend intensiver Marktwettbewerb im Strom- und Gasbereich in Verbindung mit einer daraus folgenden schwierigeren Mengenprognose bei volatilen Preisentwicklungen an den Energiebeschaffungsmärkten haben die Ergebnisse in den einzelnen vertrieblichen Sparten teilweise negativ beeinflusst. Zudem belasteten gestiegene Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen das Ergebnis.

Die Abschreibungen enthalten im Wesentlichen den planmäßigen Werteverzehr für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. 77,4 Mio. € (Vorjahr: 73,5 Mio. €). Darüber hinaus sind in den Abschreibungen außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aus dem Bereich EE i. H. v. 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) enthalten. Im Vorjahr wurden unter den Abschreibungen Abwertungen auf das Arbeitsgas i. H. v. 21,1 Mio. € ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurde ein insgesamt positives Zinsergebnis erzielt. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Tages- und Festgeldanlagen i. H. v. insgesamt 10,7 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €) zurückzuführen. Zudem konnten im Berichtsjahr höhere Zinserträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen i. H. v. +2,7 Mio. € vereinbart werden. Die Entwicklung des durchschnittlich hohen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten wirkte sich dabei ergebniserhöhend aus. Dem entgegen verringerten sich die Zinsen für Fremdkapitalaufnahmen um -1,4 Mio. €, u. a.

aufgrund der in den Vorjahren vorgenommenen Tilgung des Darlehens des KET sowie der planmäßigen Tilgung der Darlehen von Kreditinstituten.

Insgesamt erzielte die TEAG ein um +3,9 Prozent höheres EBT im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023. Bedingt durch ein höheres Ergebnis in der Steuerbilanz des Vorjahres und dem daraus resultierenden aperiodischen Steueraufwand, erzielte die TEAG einen Jahresüberschuss i. H. v. 77,3 Mio. € (Vorjahr: 81,1 Mio. €).

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der TEAG zum 31. Dezember 2024 verringerte sich leicht auf 30,9 Prozent gegenüber 31,9 Prozent am Ende des Vorjahres.

Im Berichtsjahr erfolgten Abschlüsse zur Aufnahme von langfristigen Kreditverträgen zur Umsetzung der Energiewende in Thüringen i. H. v. insgesamt 1.056,0 Mio. €. Hiervon wurde bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 ein Teilbetrag i. H. v. 101,0 Mio. € abgerufen. Die Laufzeit der aufgenommenen Darlehen liegt durchschnittlich bei rund 20 Jahren. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €) und haben Laufzeiten bis teilweise 2044.

Der KET gewährte der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen, mit Laufzeiten bis teilweise 2027. In den Vorjahren wurde ein Gesamtbetrag i. H. v. 230,0 Mio. € getilgt. Damit valutiert das Darlehen zum Stichtag 31. Dezember 2024 mit 170 Mio. €.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäftes ist durch Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. 208,2 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen erfolgten über Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

Die Liquidität der TEAG war im Geschäftsjahr stets gesichert. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Das kurzfristige Fremdkapital ist nahezu vollständig durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Unter Berücksichtigung bestehender Kreditlinien ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

Die Investitionen der TEAG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 142,3 Mio. € (Vorjahr: 143,6 Mio. €). Dies betrifft v. a. Investitionen im Bereich der Stromnetze mit Schwerpunkten auf dem Ausbau des MS- und NS-Netzes sowie Umspannwerke. Beim Gasnetz wurden Investitionen in Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse durchgeführt. Darüber hinaus wurden Projekte zum Ausbau des Campus am Standort in Erfurt sowie umfangreiche Investitionen in die IT-Infrastruktur im Rahmen einer Modernisierung von ERP- und Abrechnungssystemen fortgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird für den Einzelabschluss der TEAG AG mit einem Investitionsbetrag i. H. v. insgesamt 200 Mio. € geplant. Dies betrifft v. a. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen zum Ausbau eines leistungsfähigeren und modernen Stromnetzes im Zusammenhang mit der Einbindung neuer Technologien wie PV-Anlagen, Wärmepumpen und E-Ladestationen.

Die Bilanzsumme der TEAG betrug zum 31. Dezember 2024 2.322,5 Mio. € und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr damit um +4,1 Prozent bzw. +92,1 Mio. €. Auf der Aktivseite betraf dies v. a. das um +140,3 Mio. € höhere Anlagevermögen als Folge des hohen Investitionsvolumens in die Modernisierung der Stromnetzinfrastuktur sowie den Anstieg von Ausleihungen an verbundene Unternehmen zur Finanzierung der anstehenden Transformationsaufgaben.

Das Umlaufvermögen verringerte sich um insgesamt -7,2 Prozent bzw. 49,9 Mio. €. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein um -76,9 Mio. € geringerer Bestand an liquiden Mitteln, ebenfalls bedingt durch die erhöhten Investitionsanforderungen der Energie- und Verkehrswende.

Dagegen erhöhte sich der Bestand an Emissionszertifikaten um insgesamt +20,0 Mio. €.

Das Eigenkapital auf der Passivseite lag mit insgesamt 718,1 Mio. € leicht über Vorjahresniveau (Vorjahr: 712,4 Mio. €). Aus der Verwendung des Vorjahresergebnisses wurden insgesamt 10,0 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Rückstellungen verringerten sich leicht um -1,7 Prozent auf insgesamt 480,9 Mio. €. Die

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024 betragen insgesamt 1.014,2 Mio. € und lagen damit +10,2 Prozent über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 920,3 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgte neben der planmäßigen Tilgung der Darlehensverbindlichkeiten i. H. v. 39,2 Mio. € der Abruf von Darlehen gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 101,0 Mio. €. Die Finanzverbindlichkeiten betragen zum Stichtag insgesamt 813,4 Mio. € (Vorjahr: 749,5 Mio. €).

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.656.413	71,3 %	1.516.096	68,0 %	1.406.284	73,4 %
Umlaufvermögen	645.882	27,8 %	695.801	31,2 %	492.077	25,7 %
Rechnungsabgrenzungsposten	846	0,0 %	329	0,0 %	0	0,0 %
Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverr./ Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	19.347	0,8 %	18.218	0,8 %	16.386	0,9 %
Bilanzsumme	2.322.488	100,0 %	2.230.444	100,0 %	1.914.747	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	718.078	30,9 %	712.415	31,9 %	494.066	25,8 %
Ertragszuschüsse	109.323	4,7 %	108.457	4,9 %	107.163	5,6 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2	0,0 %	2	0,0 %	90	0,0 %
Rückstellungen	480.925	20,7 %	489.237	21,9 %	407.964	21,3 %
Verbindlichkeiten	1.014.160	43,7 %	920.333	41,3 %	905.464	47,3 %
Bilanzsumme	2.322.488	100,0 %	2.230.444	100,0 %	1.914.747	100,0 %

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenleistungen	2.399.967	89,8 %	2.689.034	92,8 %	1.922.631	87,2 %
Sonstige betriebliche Erträge	121.014	4,5 %	93.172	3,2 %	122.505	5,6 %
Materialaufwand	2.163.094	80,9 %	2.419.949	83,5 %	1.675.069	76,0 %
Personalaufwand	56.202	2,1 %	54.084	1,9 %	49.794	2,3 %
Abschreibungen	77.382	2,9 %	94.591	3,3 %	67.517	3,1 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen	40.280	1,5 %	11.500	0,4 %	0	0,0 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	80.293	3,0 %	71.848	2,5 %	132.747	6,0 %
Erträge aus Beteiligungen	20.791	0,8 %	22.554	0,8 %	21.023	1,0 %
Erträge Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10.446	0,4 %	8.427	0,3 %	5.387	0,2 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.196	0,5 %	12.451	0,4 %	2.237	0,1 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	26.674	1,0 %	55.794	1,9 %	54.817	2,5 %
Ergebnis vor Steuern	122.489	4,6 %	117.872	4,1 %	93.839	4,3 %
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	45.166	1,7 %	36.739	1,3 %	23.661	1,1 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	77.323	2,9 %	81.133	2,8 %	70.178	3,2 %

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der TEAG hat am 28. August 2024 beschlossen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 131.751.492,15 € eine Dividende in Höhe von 28,03 € pro A-Aktie und 20,00 € pro B-Aktie (in Summe 62.784.552,13 €) sowie eine um 3,00 € pro Aktie erhöhte Dividende gemäß Ziffer 2.2 der Aktionärsvereinbarung vom Juni/Juli 2023

(8.876.295,00 €), das sind insgesamt 71.660.847,13 €, an die Aktionäre auszuschütten, einen Betrag von 10.000.000,00 € in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 50.090.645,02 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Thüringer Glasfasergesellschaft mbH

Gesellschafter	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET), 80 % Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT), 20 %
Geschäftsführung	Dirk Erbstößer
Aufsichtsrat	Jörg Reichl (Vorsitzender) Dr. Sabine Awe Hendrik Blose Dagmar Dummer, bis 31.08.2024 Dr. Nico Grove Birte Kalmring, ab 01.09.2024 Jens Kramer Stefanie Preikschat Marco Seidel Frank-Peter Tille
Gründungsdatum	15.10.2021
Gesellschaftsvertrag	15.10.2021
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 518879
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	1.553 TEUR (2024), 1.223 TEUR (2023)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-282 TEUR (2024), -498 TEUR (2023)
Bilanzsumme	14.638 TEUR (2024), 4.418 TEUR (2023)
Mitarbeiter	11 (2024), 9 (2023)
Aufsichtsratsvergütung	17 TEUR (2024), 40 TEUR (2023)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Breitbandversorgung bzw. der Breitbandausbau mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien. Dazu gehören insbesondere die Errichtung, der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und der Betrieb von Breitband-, insbesondere Glasfasernetzen, inkl. dazugehöriger Anlagen zur Breitbandversorgung sowie die Erbringung von Telekommunikations- und sonstigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Breitbandnetzen für ihre Gesellschafter und deren unmittelbaren Mitglieder bzw. Gesellschafter.

Gemäß § 2 Abs. 3 ThürKO können Kommunen nach den Vorschriften dieses Gesetzes Aufgaben übertragen, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Der Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes stellt eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar.

Der Ausbau derartiger Breitbandnetze bildet zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Kommunen. Die Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in dem Gemeinde-/Stadtgebiet mit einer leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur stellt nicht nur einen wichtigen Standortfaktor für die Kommune dar, sondern kann als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen werden. Der Bedarf einer Breitbandstruktur ist sowohl für die Einwohner der Gemeinde/Stadt von wesentlicher Bedeutung als auch für die ansässigen Unternehmen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist eine Versorgung mit Breitband sowohl für die Bildung, für den Gesundheitsbereich als auch für die Stärkung des Wettbewerbes bei den Gewerbetreibenden von wesentlicher Bedeutung, welche bei einer ausgebauten Breitbandinfrastruktur regional, überregional und sogar weltweit agieren können.

Die TGG wurde durch den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gegründet, um den geförderten Breitbandausbau für die

Thüringer Kommunen zu bündeln und als zentraler Ansprechpartner von der Durchführung der Markterkundungsverfahren über den Abruf der Fördermittel bis zum Bau des Glasfasernetzes alle Aufgaben zu übernehmen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, effizient von den Landes- und Bundesförderprogrammen für die Breitbandinfrastruktur zu profitieren. Durch die Beteiligung der KEBT AG ab dem Jahr 2022 wird den kommunalen Aktionären ermöglicht, sich der TGG für den geförderten Breitbandausbau in ihren Kommunen zu bedienen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), ist ein Telekommunikationsunternehmen (TKU), das im Auftrag der Thüringer Kommunen geförderte Ausbauprojekte im Bereich Breitband- bzw. Glasfaserversorgung übernimmt. Die TGG bündelt, organisiert und vollzieht alle wesentlichen Prozesse rund um Ausbauprojekte im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundesbreitbandförderprogrammes; u. a. die Durchführung von Markterkundungsverfahren (MEV), die Ausschreibung und Vergabe des Netzbetriebs und von Planungs- und Bauleistungen sowie die gesamten Prozesse der Fördermittelbeantragung und -abrechnung. Um die Thüringer Kommunen von den administrativ und finanziell anspruchsvollen Förderverfahren zu entlasten, werden diese zentral koordiniert von der Gesellschaft durchgeführt. Das Land Thüringen ergänzt die Bundesförderung dahingehend, dass für die Thüringer Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG kein Eigenanteil anfällt. Die TGG ist im Rahmen ihrer Ausbauprojekte vorrangig im „Betreibermodell“ tätig: Das von der TGG errichtete Netz wird nach dessen Fertigstellung weiterhin im Eigentum der Gesellschaft verbleiben.

Der Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur schafft wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in Wirtschaft, Politik und

Gesellschaft. Das Ziel der TGG ist es, die Digitalisierung in Thüringen durch die Errichtung und den Betrieb einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur zu beschleunigen und aktiv mitzugestalten. Die Ampelregierung konnte sich, auch nach intensivem politischen Ringen, zum Jahresende nicht auf einen kohärenten wirtschaftspolitischen Handlungsrahmen zur Lösung der makroökonomischen Probleme verständigen. Die Uneinigkeiten mündeten im Bruch der Koalitionsregierung, sodass zum Jahresende wichtige Beschlüsse, u. a. auch im Bereich Digitalisierung, etwa zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen, offen blieben.

Über die Gesellschafter bündelt die TGG das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Zum 31. Dezember 2024 haben insgesamt 367 Thüringer Kommunen die Aufgabe des geförderten Glasfaserausbaus auf die TGG übertragen. Im Berichtszeitraum hat die TGG ihre Geschäfts-, Organisations- und Dienstleistungsangebote gefestigt. Als Ansprechpartner für Kommunen übernimmt die Gesellschaft im Rahmen der Förderrichtlinien der Breitbandförderprogramme des Bundes und des Landes (sog. „Gigabit-Richtlinie 2.0“) u. a. die Projektinitiierung (Bildung sog. „Cluster“), die Durchführung von Branchendialogen, die Abfrage der TKU zu vorhandenen und geplanten Erschließungen (MEV), die Erstellung und Einreichung von Fördermittelanträgen bei Projektträgern, die Durchführung der Auswahlverfahren für Netzbetreiber, die Ausschreibung und Koordinierung des Netzausbaus (u. a. im Hinblick auf Tiefbau und Montage) sowie die Durchführung der Fördermittelprozesse bis hin zu deren Abrechnung. Die Vorteile für Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG liegen v. a. in einer schnelleren Projektumsetzung des geförderten Glasfaserausbaus durch einen standardisierten Projektlauf mit einem deutlich reduzierten Verwaltungsaufwand. Mit der Aufgabenübertragung an die TGG entfällt die selbständige Koordinierung durch die Kommunen; Fördermittel müssen nicht eigenständig beantragt und abgerechnet werden. Um der Komplexität des Fördermittelmanagements zu entsprechen, hat die TGG ihr

Personal zur Fördermittelabrechnung sowie für das Controlling der Förderprojekte verstärkt. Mit Zunahme der Projektanzahl plant die TGG, ihre Personalkapazitäten für das Projekt- und Fördermittelmanagement mittelfristig weiter aufzustocken.

Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen der sog. „Gigabit-Richtlinie des Bundes 1.0“ (Gigabit-RL 1.0, sog. „Graue Flecken“-Programm) die Projektentwicklung für insgesamt fünf Ausbaugebiete vorangetrieben. Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen konnte im Rahmen eines EU-weiten Ausschreibungsverfahrens für zwei von drei Projektgebieten jeweils ein Generalübernehmer gebunden werden. Für das dritte Projektgebiet wurde die Generalübernehmerausschreibung gestartet. Für die zwei Projektgebiete in Ostthüringen wurden die Netzbetreiberausschreibungen mit erfolgreichem Abschluss von zwei Netzbetreiberverträgen zu Ende geführt und anschließend die Generalübernehmerausschreibung gestartet. Mit dem Abschluss der Generalübernehmerverträge für die Projektgebiete im Landkreis Schmalkalden-Meiningen konnten die zwei Projekte bis hin zum Start der Baumaßnahmen vorangetrieben werden. Dazu wurde die benötigte Fremdfinanzierung durch Abschluss eines Kreditrahmens i. H. v. 9 Mio. € mit einem Bankenkonsortium sichergestellt. Die notwendigen Förderanträge in endgültiger Höhe wurden bei den Fördermittelgebern des Bundes/Landes eingereicht und durch diese bewilligt. Die in diesen Bescheiden geforderte Absicherung der Bundesfördermittel mittels Eigenkapital der TGG (7,5 % der Bundesfördermittel) wurde durch die Gesellschafter hinterlegt. Anschließend fand der symbolische Spatenstich in beiden Projektgebieten statt, sodass die ersten Planungs- und Baumaßnahmen begannen.

Die TGG hat die im Jahr 2023 nach der „Gigabit-Richtlinie des Bundes (Gigabit-RL 2.0) vom 31.03.2023“ gestarteten 13 Projekte erfolgreich weiter vorangetrieben. Für die sechs Projekte mit bereits seit 2023 vorliegenden Co-Finanzierungsbescheiden des Landes wurden die Netzbetreiberausschreibungen gestartet. Für die

verbliebenen sieben Projekte hat das Land Thüringen zum Stichtag ebenfalls die Co-Finanzierungsbescheide erteilt. Diese umfassen ein ergänzendes Projektbudget in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages. Im Geschäftsjahr 2024 hat der Bund die „Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) in der Änderungsfassung vom 30.04.2024“ veröffentlicht. Auf Grundlage dieser Richtlinie hat die TGG 2024 für insgesamt neun weitere Projektgebiete MEV durchgeführt und entsprechende Fördermittel aus Bundesförderung beantragt. Von Seiten des Bundes wurden alle beantragten Projektgebiete insgesamt mit einem dreistelligen Millionenbetrag bewilligt, mit Projektlaufzeiten der einzelnen Fördergebiete bis 2030.

Die TGG setzte im Geschäftsjahr 2024 ihre Glasfaserprojekte in einem volatilen und teilweise schwierigen Markt- bzw. Aufgabenfeld fort. Große Herausforderungen lagen neben den komplexen konjunkturellen und unsicheren politischen Rahmenbedingungen v. a. in der Planung der Infrastrukturprojekte, der Gewinnung erforderlicher Dienstleisterkapazitäten sowie notwendiger Personalressourcen, bei einem hohen Preisniveau auf den Beschaffungsmärkten. Die TGG erzielte im Geschäftsjahr 2024 ein EBITDA i. H. v. insgesamt -321 T€ (Vorjahr: -486 T€) sowie ein EBT bzw. Jahresfehlbetrag i. H. v. -282 T€ (Vorjahr: -498 T€). Die verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus der Geschäfts- und -organisationsstrukturen konnten im Berichtsjahr nicht aus Einnahmen von Pächterlösen kompensiert werden. Damit hat die TGG die für das Geschäftsjahr 2024 erwartete Prognose, ein EBITDA zwischen -150 T€ und -50 T€ zu erreichen, verfehlt. Ursächlich hierfür sind höher geplante Abschreibungen aufgrund früher erwarteter Aktivierungen des Netzes. Demgegenüber wurde jedoch das Ziel, ein EBT bzw. Jahresfehlbetrag zwischen -500 T€ und -400 T€ zu erreichen, durch ein um +125 T€ besseres Ergebnis deutlich übertroffen. Die Ursache hierfür liegt in den zeitlichen Verzögerungen im Rahmen des Ausbaus des operativen Geschäfts. Das deutlich höher ausgefallene Zinsergebnis aufgrund nicht benötigter

Fremdkapitalaufnahmen bei gleichzeitiger Anlage nicht verauslagter liquider Mittel (+99 T€) konnte die ausgebliebenen Umsatzerlöse (-85 T€) überkompensieren. Gleichzeitig zeigten sich positive Ergebniseffekte, indem sowohl die Abschreibungen mit den korrespondierenden Auflösungen des Sonderposten (+42 T€) als auch die OPEX mit den zugehörigen OPEX-Förderungen (+40 T€) geringer ausfielen als geplant. Bei den Investitionen hatte die TGG für das Geschäftsjahr 2024 mit einem Gesamtbetrag i. H. v. bis zu 27,4 Mio. € geplant. Aufgrund von Projektverzögerungen im geförderten Breitbandausbau wurden im Berichtsjahr davon insgesamt 2.563 T€ in die erste eigene Telekommunikationsinfrastruktur investiert. Die Verzögerungen sind ursächlich bedingt durch den erhöhten Zeitaufwand der nacheinander durchzuführenden EU-Ausschreibungen und den damit jeweils verbundenen Fristen.

Die TGG setzt den geförderten Breitbandausbau im sog. „Betreibermodell“ um, bei dem das gebaute Netz im Rahmen von Ausschreibungen an TKU verpachtet werden soll. Hierfür wird die TGG Pachtentgelte erhalten. Da erste Teilabschnitte des Netzes voraussichtlich erst im kommenden Jahr fertiggestellt und verpachtet werden, wurden im Geschäftsjahr 2024 noch keine Umsatzerlöse realisiert. Bei den aktivierten Eigenleistungen handelt es sich um die erbrachte Arbeitsleistung durch Projektmitarbeiter im Zusammenhang mit der Errichtung der Glasfasernetze.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um +27,0 Prozent angestiegen. Diese betreffen überwiegend Erträge aus Fördermitteln für Betriebskosten und Berateraufwendungen, die zum überwiegenden Teil im Berichtsjahr bereits vereinnahmt wurden. Der Personalaufwand erhöhte sich im Vorjahresvergleich moderat zum Vorjahr um +3,4 Prozent. Die durchschnittliche Anzahl an Mitarbeitern der TGG blieb dabei im Berichtsjahr konstant bei zehn Angestellten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um +19,8 Prozent auf insgesamt 900 T€ an und betreffen im Wesentlichen Aufwendungen aus Dienst- und Fremdleistungen, u. a. für Beratungsleistungen, Geschäftsbesorgung

sowie Mieten und Pachten. Die Abschreibungen befanden sich auf Vorjahresniveau. Das Zinsergebnis steigerte sich deutlich und betrifft Erträge aus der Verzinsung von Bankguthaben. Insgesamt führten die anhaltenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus des operativen Geschäftsbetriebes der TGG insgesamt zu einem weiterhin geplanten negativen EBITDA sowie Jahresfehlbetrag.

Das bilanzielle Eigenkapital der TGG hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.718 T€ erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung ist die im Berichtsjahr erfolgte Erhöhung der Kapitalrücklage um +5.000 T€ bei gleichzeitiger Eigenkapitalminderung infolge des Jahresfehlbetrags. Das Fremdkapital ist um 5.502 T€ gestiegen und setzt sich im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen (3.054 T€) und dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum geförderten Breitbandausbau (2.423 T€) zusammen. Der starke Anstieg in beiden Positionen resultiert aus den Baustarts zweier Glasfaserprojekte.

Die adjustierte Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 lag mit 73,6 Prozent deutlich unter dem Vorjahr (97,2 Prozent). Ursächlich hierfür ist hauptsächlich der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aufgrund der im Berichtsjahr gestellten Rechnungen durch die Generalübernehmer der beiden begonnenen Bauprojekte. Die Finanzierung der Infrastrukturprojekte inkl. der zugehörigen Beratungsaufwendungen der Gesellschaft erfolgt im Rahmen der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus aus Fördermitteln des Bundes (Gigabit-RL 1.0 und 2.0) und des Freistaates Thüringen. Daneben werden Betriebskosten durch das TMWWDG über den KET gefördert. Zur Überbrückung des Zeitraums zwischen Mittelabflüssen und Mittelrückflüssen - aus den beantragten Infrastrukturfördermitteln - ist eine Kurzfristfinanzierung in Form eines Kreditrahmens erforderlich. Zudem ist für die Projekte zum Zeitpunkt der Antragstellung in endgültiger Höhe eine Fremdfinanzierung für die nicht förderfähigen Kosten vorzuweisen, die sich aus der Reduzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben (Investitionen) um die

diskontierten Einnahmen (Pachterlöse) ergeben. Ein entsprechender Kreditvertrag wurde im Berichtsjahr geschlossen. Das kurzfristige Fremdkapital war im Berichtsjahr vollständig durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt.

Im Geschäftsjahr tätigte die TGG Investitionen i. H. v. insgesamt 2.563 T€. Diese entfallen nahezu vollständig auf die beiden begonnenen Bauprojekte im Landkreis Schmalkalden-Meiningen (Cluster 1 und 4), für welche die Spatenstiche im letzten Quartal des Berichtszeitraumes erfolgt sind.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr stets gesichert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. Dies ist hauptsächlich auf die begonnenen Ausbautätigkeiten bei der Telekommunikationsinfrastruktur zurückzuführen. Die dafür im Berichtsjahr angefallenen Investitionen i. H. v. 2.549 T€ waren zum 31. Dezember 2024 noch nicht gezahlt worden. Darüber hinaus bestand zum Stichtag eine Forderung gegen die Gesellschafter zur Erhöhung der Kapitalrücklage um +5.000 T€. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit betrifft erhaltene Zinsen sowie gezahlte Investitionen in das Sachanlagevermögen und dafür vereinnahmte Zuschüsse. Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode erhöhte sich um +292 T€ auf insgesamt 3.704 T€.

Das Anlagevermögen, das im Wesentlichen durch das Sachanlagevermögen geprägt ist, erreichte zum Bilanzstichtag einen Anteil i. H. v. 17,6 Prozent an der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr hat sich das Anlagevermögen bedingt durch den begonnenen Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur deutlich auf insgesamt 2.573 T€ erhöht. Insgesamt ist das Anlagevermögen zum Stichtag 31. Dezember 2024 vollständig durch Eigenkapital und Zuschüsse gedeckt. Im Umlaufvermögen wird eine Forderung gegen die Gesellschafter aus der Zuführung einer Kapitalrücklage i. H. v. 5.000 T€ ausgewiesen. Das Bankguthaben beläuft sich zum Stichtag auf 3.704 T€. Die sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. 3.361 T€ betreffen

Forderungen für Zuschüsse aus dem Breitbandausbau sowie Steuererstattungsansprüche.

Der Anstieg der Passiva um 10.220 T€ ist u.a. auf die Erhöhung der Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals zurückzuführen. Zudem erhöhten

sich die Zuschüsse im Wesentlichen aufgrund der Förderungen zum Breitbandausbau. Die Verbindlichkeiten stiegen nahezu vollständig infolge des Anstiegs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Geschäftsjahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.573	17,6 %	34	0,8 %	43	0,9 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,0 %	9	0,2 %	15	0,3 %
Sachanlagen	2.571	17,6 %	25	0,6 %	28	0,6 %
Umlaufvermögen	12.065	82,4 %	4.384	99,2 %	4.946	99,1 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.361	57,1 %	972	22,0 %	1.241	24,9 %
liquide Mittel	3.704	25,3 %	3.412	77,2 %	3.705	74,3 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Bilanzsumme	14.638	100,0 %	4.418	100,0 %	4.989	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	8.989	61,4 %	4.271	96,7 %	4.769	95,6 %
Gezeichnetes Kapital	1.000	6,8 %	1.000	22,6 %	1.000	20,0 %
Kapitalrücklage	9.000	61,5 %	4.000	90,5 %	4.000	80,2 %
Verlust-/Gewinnvortrag	-729	-5,0 %	-231	-5,2 %	-25	-0,5 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-282	-1,9 %	-498	-11,3 %	-206	-4,1 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.423	16,6 %	23	0,5 %	34	0,7 %
Rückstellungen	160	1,1 %	114	2,6 %	90	1,8 %
Verbindlichkeiten	3.066	20,9 %	10	0,2 %	96	1,9 %
Bilanzsumme	14.638	100,0 %	4.418	100,0 %	4.989	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2024 T€	2023 T€	2022 T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	3.412	3.705	975
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	231	-278	-266
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	61	-16	-16
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	1	3.012
Finanzmittelfonds zum 31.12.	3.704	3.412	3.705

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Andere aktivierte Eigenleistungen	22	1,4 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Sonstige betrieblichen Erträge	1.553	98,6 %	1.223	100,0 %	996	100,0 %
Gesamtleistung	1.575	100,0 %	1.223	100,0 %	996	100,0 %
Materialaufwand	14	0,9 %	8	0,7 %	4	0,4 %
Personalaufwand	982	62,3 %	950	77,7 %	722	72,5 %
Abschreibungen	24	1,5 %	25	2,0 %	14	1,4 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	900	57,1 %	751	61,4 %	462	46,4 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	63	4,0 %	13	1,1 %	0	0,0 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Ergebnis nach Steuern	-282	-17,9 %	-498	-40,7 %	-206	-20,7 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-282	-17,9 %	-498	-40,7 %	-206	-20,7 %



Professor-Hermann-Klare-Str. 6
07407 Rudolstadt
Telefon: (0 36 72) 308 0
www.igz-rudolstadt.de

IGZ – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt

Gesellschafter	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, 26,02 % Stadt Rudolstadt, 26,02 % IGZ – Innovations- und Gründer- zentrum GmbH Rudolstadt, 47,96 %
Geschäftsführung	Matthias Fritsche, seit 01.01.2024
Gesellschafterversammlung	Marko Wolfram (Vorsitzender) Jörg Reichl
Gründungsdatum	30.06.1993
Gesellschaftsvertrag	07.10.2021
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 203855
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	538.000,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	Göbel & Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	407 TEUR (2024), 426 TEUR (2023)
Jahresüberschuss	106 TEUR (2024), 19 TEUR (2023)
Bilanzsumme	2.095 TEUR (2024), 2.049 TEUR (2023)
Mitarbeiter	3 (2024), 3 (2023)
Auslastung	86,5 % (2024), 83,7 % (2023)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Innovations- und Gründerzentrums in Rudolstadt.

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist nicht gewinnorientiert. Ein Anspruch der Gesellschafter auf Ausschüttung der Jahresüberschüsse ist ausgeschlossen. Vorrangig sind Überschüsse zur Verbesserung der wirtschaftsfördernden Wirkung des IGZ zu verwenden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

Die Auslastung als eine wirtschaftliche Leistungskennziffer des IGZ betrug jahresdurchschnittlich 86,5 % und schwankte unterjährig zwischen 84 % und 88,4 %. Angesichts der wegen des Ukraine-Kriegs, der daraus resultierenden Energie-Krise, der verschärften internationalen wirtschaftlichen Spannungen sowie der prekären Situation in Bezug auf die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften, durchaus angespannten wirtschaftlichen Lage, ist das für das Zentrum eine überdurchschnittlich gute wirtschaftliche Lage.

Zahlungsausfälle gab es im Geschäftsjahr trotz mitunter angespannter wirtschaftlicher Lage nur bei zwei Mietern. Ein Mieter sah es bei einem auf mindestens 24 Monate angelegten Mietverhältnis ab August 2024 nicht mehr als notwendig an, die fälligen Zahlungen zu leisten. Eine entsprechende Klage wurde durch die von der IGZ GmbH beauftragte und bevollmächtigte Rechtsanwältin eingereicht. Eine Entscheidung in der Sache wird gegen Ende des zweiten Halbjahres 2025 erwartet. Bei einem zweiten Mieter gibt es seit November 2024 fortwährend, teils erheblichen Verzug bei den Zahlungen. Für das Geschäftsjahr 2024 wurden alle Zahlungen, wenn auch verspätet, geleistet.

Insgesamt standen im Jahr 2024 den drei Einzügen zwei Auszüge gegenüber. Flächenmäßige Veränderungen innerhalb der Bestandsmieter

gab es keine. Bei den Einzügen handelt es sich um Unternehmen im Anlagenbau, Consulting im Steuer- und Finanzwesen sowie Entwicklung, Bau und Vertrieb von Photovoltaik-Anlagen. Bei den Auszügen handelt es sich um Unternehmen aus dem IT-Bereich und der Kunststoff-Forschung. Die Auszüge waren in der schlechten Verfügbarkeit von Fachkräften im IT-Bereich sowie im Auslaufen der Projektförderung begründet.

Im Dezember 2024 waren ohne die IGZ GmbH selbst 21 Unternehmen sowie das Schülerforschungszentrum Rudolstadt im IGZ tätig, hiervon 14 technologieorientierte Unternehmen i.S. der Definition des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, die 85 % der vermieteten Flächen nutzten.

Wesentlichstes Kennzeichen der wirtschaftsfördernden Wirkung eines IGZ ist neben der betriebswirtschaftlich relevanten Auslastung die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der hier betreuten Unternehmen. Diese war über das Jahr 2024 durchweg stabil und überwiegend positiv. Die Auszüge der Unternehmen in andere Quartiere und Räumlichkeiten belegen zudem die wirtschaftsfördernde Funktion und Wirkung des IGZs.

Am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres waren einschließlich des Geschäftsführers drei Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt. Mit dieser Personalausstattung liegt das IGZ im Vergleich mit ähnlichen Zentren im Mittel.

Zur wesentlichen Steuerungsgröße der Gesellschaft gehören die Umsatzerlöse. Das im Geschäftsjahr 2024 bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 407.132,90 € (Vorjahr 425.707,10 €) erreichte Jahresergebnis von 105.963,32 € liegt über dem des Vorjahres (19.241,20 €). Die Umsatzerlöse konnten nahezu in allen relevanten Bereichen gesteigert werden, sowohl im Bereich der Kaltmieten auf 243.671,50 € (Vorjahr 238.552,74 €), als auch bei den Servicepauschalen auf 35.866,49 € (Vorjahr 32.038,65 €), der Vermietung von Tagungsräumlichkeiten auf 17.707,00 € (Vorjahr 15.821,50 €) und den InKontakt-Messen auf 35.352,28 € (Vorjahr 26.647,00

€). Dementgegen steht eine Senkung der Betriebskostenvorauszahlungen im Erlösbereich auf 58.168,09 € (Vorjahr 99.672, 70 €). Die geringfügige Steigerung der Bilanzsumme von 2.049 T€ (2023) auf 2.095 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung bei den neutralen Erträgen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt bei 53,9 % (Vorjahr 51,4%).

In der Höhe nennenswerte Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2024 bis auf die Anschaffung

und Installation einer 30 kWp Photovoltaikanlage (ohne Speicher) auf der Dachfläche von Haus 2 in Höhe von 30.000 € keine getätigt, da sowohl im Geschäftsjahr als auch im Folgejahr einige Ersatzbeschaffungen anstehen, die finanziert werden müssen.

Investiert hat die Gesellschaft in nachhaltige Sicherheitsmaßnahmen wie Videoüberwachung und Schließsystem. Die Gesellschaft war über das gesamte Jahr zahlungsfähig.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.574	75,1 %	1.635	79,8 %	1.692	81,3 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,1 %	5	0,3 %	8	0,4 %
Sachanlagen	1.522	72,7 %	1.579	77,1 %	1.634	78,5 %
Finanzanlagen	50	2,4 %	50	2,4 %	50	2,4 %
Umlaufvermögen	507	24,2 %	404	19,7 %	381	18,3 %
Vorräte	0	0,0 %	0	0,0 %	8	0,4 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	1,5 %	23	1,1 %	16	0,8 %
liquide Mittel	475	22,7 %	382	18,6 %	357	17,1 %
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,7 %	10	0,5 %	8	0,4 %
Bilanzsumme	2.095	100,0 %	2.049	100,0 %	2.081	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.159	55,3 %	1.053	51,4 %	1.034	49,7 %
Gezeichnetes Kapital	280	13,4 %	280	13,7 %	280	13,5 %
Kapitalrücklage	984	47,0 %	984	48,0 %	984	47,3 %
Bilanzverlust	-105	-5,0 %	-211	-10,3 %	-230	-11,1 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	890	42,5 %	948	46,3 %	1.006	48,3 %
Rückstellungen	24	1,1 %	33	1,6 %	11	0,5 %
Verbindlichkeiten	23	1,1 %	15	0,7 %	28	1,4 %
Verbindlichkeiten aus LuL	20	1,0 %	10	0,5 %	14	0,7 %
Sonstige Verbindlichkeiten	3	0,1 %	5	0,3 %	15	0,7 %
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,1 %
Bilanzsumme	2.095	100,0 %	2.049	100,0 %	2.081	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2024 T€	2023 T€	2022 T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	382	357	594
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	129	74	57
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-36	-49	-36
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	-258
Finanzmittelfonds zum 31.12.	475	382	357

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	407	62,7 %	426	78,8 %	361	81,7 %
Sonstige betrieblichen Erträge	242	37,3 %	114	21,2 %	81	18,3 %
Gesamtleistung	649	100,0 %	540	100,0 %	442	100,0 %
Personalaufwand	197	30,3 %	180	33,3 %	169	38,3 %
Abschreibungen	103	15,8 %	108	20,1 %	121	27,4 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	243	37,4 %	228	42,2 %	139	31,6 %
Erträge aus Wertpapieren/Ausleihungen	1	0,2 %	1	0,1 %	0	0,1 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0,7 %	1	0,2 %	0	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Ergebnis nach Steuern	113	17,3 %	26	4,8 %	12	2,8 %
Sonstige Steuern	7	1,0 %	7	1,2 %	7	1,5 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	106	16,3 %	19	3,6 %	6	1,3 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Kapitalentnahmen sowie die Zuschüsse durch die Gesellschafter in den vergangenen drei Jahren. Ausschüttungen der Jahresüberschüsse sind ausgeschlossen. Vorrangig sind Überschüsse zur Verbesserung der wirtschaftsfördernden Wirkung des IGZ zu verwenden.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2024	0	0	0
2023	0	0	0
2022	0	0	0



Ekhofplatz 2a
99867 Gotha
Telefon: (0 36 21) 45 08 0
www.kiv-thueringen.de

KIV Kommunale Informations- verarbeitung Thüringen GmbH

Gesellschafter	ekom21-KGRZ Hessen KöR, 45,13 % Gemeinde- und Städtebund Thüringen, 45,12 % Freistaat Thüringen, 9,08 % Kommunen, Zweckverbände, Landesmedienanstalt Thüringen, 0,67 % (Stadt Rudolstadt: 0,004 %)
Geschäftsführung	Thomas Gmilkowsky, seit 01.01.2023 Andreas Heiroth, bis 31.12.2024
Aufsichtsrat	Michael Brychcy (Vorsitzender) Dr. Johannes Bruns Matthias Drexelius Fabian Giesder Peggy Greiser Hartmut Linnekugel Dr. Philipp Rottwilm Dr. Hartmut Schubert Dirk Schütze
Gründungsdatum	04.03.1993
Gesellschaftsvertrag	06.02.2025
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 106362
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	25.800,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	20.329 TEUR (2024) , 12.108 TEUR (2023)
Jahresüberschuss	1.460 TEUR (2024) , 614 TEUR (2023)
Bilanzsumme	6.152 TEUR (2024) , 3.827 TEUR (2023)
Mitarbeiter	53 (2024) , 48 (2023)
Aufsichtsratsvergütung	2,7 TEUR (2024) , 3,2 TEUR (2023)

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikerunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit im Zusammenhang stehender Beratungs- und Schulungsleistungen.

Sie unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government-Gesetz zu erfüllen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

(Auszug aus dem Lagebericht)

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2024 ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 v.H. angestiegen und betrug erstmals 20.329 T€, wobei dies zu großen Teilen als Sondereffekt zu betrachten ist.

Hauptursache dafür sind Hardwareverkäufe über den technischen Vertrieb und Web-Shop. Darüber hinaus konnten neue Kunden bei den Gesellschaftern erschlossen werden.

Außerdem kauften die Thüringer Schulträger aus diversen Landratsämtern ihren IT-Bedarf über die KIV ein. Daneben sind auch die Weiterführung der Projekte zur Digitalisierung (ISMS, e-Rechnung, Digitale Agenda) und die Neukundengewinnung im Bereich Finanzwesen und Meldewesen zu nennen.

In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2024 sind außerdem periodenfremde Erträge in Höhe von 240 T€ enthalten. Diese resultieren aus Vertragsanpassungen und der Nachfakturierung erbrachter Dienstleistungen.

Wettbewerbssituation

Durch die Gebietsreform in Thüringen reduziert sich zwangsläufig die Anzahl der Kunden. Damit

verschärft sich die Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt weiter. Hier hat sich die KIV als Komplettanbieter deutlich etabliert. Durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und die Möglichkeit für die Kommunen, der KIV ebenfalls beizutreten, wird die KIV als Marktführer in Thüringen weiter gestärkt, da die Kommunen einfachere Möglichkeiten zum Bezug von Hard- und Software sowie von Dienstleistungen erhalten.

Marketing und Vertrieb

Die gemeindliche Gebietsreform bleibt ein ständiger Begleiter, dadurch setzen die neuen Verwaltungen zunehmend ihren Fokus auf die Vereinheitlichung von Produkten und Verfahren. So sind einige Neukundenumstellungen erfolgt, vor allem im Bereich Einwohnermeldewesen, Finanzwesen und GIS/Liegenschaften.

Durch die Neuauflage der E-Government- und OZG-Förderprojekte durch den Freistaat Thüringen in 2024 und 2025 kann mit einem Ausbau der KIV-Marktbeteiligung gerechnet werden.

Die Einführung von E-Government und OZG-Projekten wurde fortgeführt. Der Freistaat Thüringen setzt die Fördermaßnahmen fort, sodass auch in 2024 und 2025 mit Umstellprojekten vor allem im Finanzwesen gerechnet wird. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist hier erheblich.

Im Jahr 2024 wurden die größten Umsatzerfolge durch den technischen Vertrieb im Bereich der Schulverwaltungen erzielt, welche durch den DigitalPakt Schule realisiert werden konnten. Der Rekordgewinn resultiert überwiegend aus diesem Bereich.

Die Neukundengewinnung basiert fast ausschließlich auf der Ablösung von Mitbewerberprodukten und der Übernahme der Betreuung von Kunden, die bisher von anderen Vertriebspartnern betreut wurden. Es konnten weitere Kunden für die Nutzung des Rechenzentrums der KIV gewonnen werden.

Investitionen

Für die Sicherstellung des Betriebs des KIV-Rechenzentrums wurden einzelne Servertechniken erweitert und auf beide Standorte verteilt. Damit ist das System ausfallsicher und dynamisch erweiterbar. Im Rechenzentrum sind weitere Investitionen erforderlich.

Kapital- und Finanzmaßnahmen

Wesentliche Kapital- und Finanzierungsmaßnahmen sind in 2024 nicht erfolgt. Durch flexible Tagelgeldanlagen konnten erstmals wieder Zinseinnahmen erzielt werden.

Personal

Zum 31.12.2024 hat der Geschäftsführer Andreas Heiroth die KIV verlassen. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wurde die Stelle ausgeschrieben. Die Entscheidung über die Besetzung der Stelle trifft die Gesellschafterversammlung.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt neun Mitarbeiter eingestellt, aber fünf Kollegen haben die KIV aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Es wird zunehmend schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden, da in allen Bereichen Spezialqualifikationen erforderlich sind. Umso wichtiger ist es also, dass neu eingestellte Mitarbeiter effektiv eingearbeitet werden und in das Team integriert werden.

Insgesamt muss man feststellen, dass die KIV zur Absicherung ihrer Leistungsfähigkeit weiteren Personalbedarf hat, der in den nächsten Jahren zu weiteren Einstellungen führen wird. In allen Bereichen sind die personellen Kapazitäten ständig ausgelastet. Die Arbeitsaufgaben in allen Bereichen sind sehr anspruchsvoll, es kommen ständig neue Aufgaben dazu, da die gesetzlichen Ansprüche an die Kommunen permanent steigen. Damit verbunden werden auch die Anforderungen der Kommunen an die KIV immer höher.

Grundsätzlich werden Einstellungen nur mit entsprechender Bedarfsermittlung und Gegenfinanzierung vorgenommen.

Die Bindung des vorhandenen Personals entwickelt sich deshalb zu einer permanenten Aufgabe, um die gewohnt hohe Qualität der Arbeitsleistung für die Kommunen gewährleisten zu können.

Gleichzeitig wurden gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen die Aufgaben zur Realisierung des Onlinezugangsgesetzes fortgeführt, so dass hier weiterer erheblicher Personalbedarf entsteht, der kurzfristig gedeckt werden muss.

Inzwischen hat die KIV 57 Mitarbeiter.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	472	7,7 %	384	10,0 %	218	5,9 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	100	1,6 %	3	0,1 %	7	0,2 %
Sachanlagen	166	2,7 %	124	3,2 %	205	5,5 %
Finanzanlagen	206	3,3 %	256	6,7 %	6	0,2 %
Umlaufvermögen	5.675	92,2 %	3.426	89,5 %	3.488	93,7 %
Vorräte	69	1,1 %	0	0,0 %	2	0,1 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.067	17,3 %	826	21,6 %	1.243	33,4 %
Wertpapiere	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,1 %
liquide Mittel	4.539	73,8 %	2.600	67,9 %	2.241	60,2 %
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,1 %	18	0,5 %	16	0,4 %
Bilanzsumme	6.152	100,0 %	3.827	100,0 %	3.721	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.530	57,4 %	2.377	62,1 %	1.973	53,0 %
Gezeichnetes Kapital	26	0,4 %	26	0,7 %	26	0,7 %
Gewinnrücklagen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Gewinnvortrag	2.045	33,2 %	1.738	45,4 %	1.528	41,0 %
Jahresüberschuss	1.460	23,7 %	614	16,0 %	420	11,3 %
Rückstellungen	1.157	18,8 %	668	17,5 %	522	14,0 %
Verbindlichkeiten	1.465	23,8 %	782	20,4 %	1.226	33,0 %
Bilanzsumme	6.152	100,0 %	3.827	100,0 %	3.721	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2024 T€	2023 T€	2022 T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	2.600	2.243	2.286
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.381	840	136
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-142	-273	61
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-300	-210	-240
Finanzmittelfonds zum 31.12.	4.539	2.600	2.243

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	20.329	99,6 %	12.108	99,5 %	10.299	99,4 %
Sonstige betrieblichen Erträge	75	0,4 %	56	0,5 %	61	0,6 %
Gesamtleistung	20.403	100,0 %	12.164	100,0 %	10.360	100,0 %
Aufwendungen für bezogene LuL	13.883	68,0 %	7.231	59,4 %	6.283	60,6 %
Personalaufwand	3.657	17,9 %	3.188	26,2 %	2.735	26,4 %
Abschreibungen	52	0,3 %	107	0,9 %	124	1,2 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	733	3,6 %	765	6,3 %	616	5,9 %
Erträge aus Wertpapieren/Ausleihungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Abschreibungen auf Finanzanlagen/Wertpapiere	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Steuern vom Einkommen und Ertrag	621	3,0 %	257	2,1 %	180	1,7 %
Ergebnis nach Steuern	1.463	7,2 %	616	5,1 %	423	4,1 %
Sonstige Steuern	3	0,0 %	2	0,0 %	3	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.460	7,2 %	614	5,0 %	420	4,1 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Ausschüttungen an die Gesellschafter der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH aus dem vergangenen Geschäftsjahr. Die Ausschüttung an die Stadt Rudolstadt erfolgt anteilig in Höhe der Beteiligung von 0,004 %.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2024	0	0	730
2023	0	0	307
2022	0	0	210



Anger 1
07407 Rudolstadt
Telefon: (0 36 72) 450 0
www.theater-rudolstadt.de

Thüringer Landestheater Rudolstadt

Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH

Gesellschafter	Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt, 100 %
Intendant und Geschäftsführer Verwaltungsdirektor	Steffen Mensching, seit 01.08.2008 Mathias Moersch, seit 01.03.2010
Gesellschafterversammlung Marko Wolfram (Vorsitzender)	Aufsichtsrat Jörg Reichl (Vorsitzender seit 20.08.2024) Dr. Steffen Kania Peter Lahann Carsten Pettig Petra Rottschalk Marko Wolfram (Vorsitzender bis 19.08.2024)
Gründungsdatum	20.08.2003
Gesellschaftsvertrag	20.08.2003
Handelsregister	Registergericht Jena, HRB 209848
Geschäftsjahr	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Stammkapital	30.750,00 EUR
Beteiligungen	keine
Abschlussprüfer	BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Umsatzerlöse	1.165 TEUR (2024) , 1.006 TEUR (2023)
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-253 TEUR (2024) , 347 TEUR (2023)
Bilanzsumme	6.800 TEUR (2024) , 5.695 TEUR (2023)
Mitarbeiter	183 (2024) , 187 (2023), inkl. Teilzeit-AV/gfg. Besch.
Aufsichtsratsvergütung	keine

Gegenstand der Beteiligung/ öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung der den Gesellschaftern obliegenden kulturellen Aufgaben. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Sprech- und Tanztheater und
- die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik.

Die Gesellschaft unterhält dazu ein Orchester und ein Sprechtheater. Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die in unmittelbarem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Erreichung des Gesellschaftszweckes stehen. Dazu gehört auch die Aufnahme und Umsetzung von Kooperationsbeziehungen mit anderen Thüringer Theatern und Einrichtungen. Rudolstadt und Saalfeld sind Dienstorte für die Beschäftigten der Gesellschaft.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs/ Lage der Gesellschaft

Die Theaterbranche hat sich nach der Coronapandemie fast vollständig erholt. Im Verlauf des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft zwar mit einer erheblichen Krankheitswelle zu kämpfen. Es gab jedoch nur einen Komplettausfall einer Vorstellung, so dass die Umsetzung des geplanten Vorstellungsbetriebes hinreichend stabil verlief. Die Situation spiegelt sich auch in der Auslastung wider. Das Einspielergebnis liegt wegen des sehr gut verlaufenen Sommertheaters und der nachfolgenden Aktivitäten an den Thüringer Bauernhäusern oberhalb des Vorjahresniveaus. Die Umsatzerlöse i. H. v. von 1.165 T€ liegen deutlich über dem laut Wirtschaftsplan geplanten Wert in Höhe von 800 T€. Die erzielten Erträge aus Fördermitteln setzen sich aus der Festbetragsfinanzierung auf Grundlage der

Finanzierungsvereinbarung i. H. v. 9.522 T€ und der Theaterpauschale i. H. v. 1.465 T€ zusammen und entsprechend damit genau den laut fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 2024 prognostizierten Werten.

Die personelle Situation der Gesellschaft hat sich im Jahr 2024 nicht verändert. Die Anzahl der angekündigten Renteneintritte nimmt zu, die Nachbesetzungen erfordern immer mehr Kraftanstrengungen. Während dies im Segment bis Facharbeiterniveau noch glimpflich verläuft, ist es im Bereich der Fach- und Führungskräfte als katastrophal einzuschätzen. In letzter Konsequenz könnte eine Leistungs- bzw. Qualitätseinschränkung bevorstehen.

Seit dem 1. März 2024 (Orchester ab 1. August 2024) wird in der Gesellschaft Tarif- bzw. tarifvergleichendes Entgelt gezahlt. Damit ist die lange Zeit der Haustarifverträge für die Gesellschaft beendet. Hinter dieser knappen Aussage steht eine wichtige Aussage für die Gesellschaft und vor allem auch die Anerkennung der Arbeit aller Mitarbeitenden des Theaters. Die Gehaltssteigerung spiegelt sich auch im Personalaufwand der Gesellschaft i. H. v. 9.543 T€ wider, der damit 1.066 T€ über dem Vorjahresniveau, jedoch mit 1.219 T€ unter dem Wirtschaftsplan liegt.

Vergleichbar zu den vergangenen Jahren konnten dem Publikum 26 Produktionen angeboten werden. Dies umfasst neben dem symphonischen Konzertrepertoire, Produktionen im Bereich Schauspiel, Musiktheater, Junges Theater und Produktionen des Theater Jugendclubs. Im Bereich des Musiktheaters besteht die Kooperation mit dem Theater Nordhausen und im Jungen Theater die Kooperation mit dem Theater Eisenach. Zu erwähnen ist hierbei auch die für unsere Bühne nicht unerhebliche Anzahl von Eigengastspielen an anderen Orten. Ebenso wurden im geringeren Umfang auch Fremdgastspiele auf den eigenen Bühnen umgesetzt.

Bezogen auf die Spielzeit 2023/2024 (1. August 2023 bis 31. Juli 2024) wurden insgesamt 465 Vorstellungen dem Publikum angeboten, was eine Steigerung von 23 Vorstellungen im

Vergleich der davorliegenden Spielzeit 2022/2023 bedeutet. Ebenso stieg die Anzahl der Besuchenden im gleichen Vergleichszeitraum um rund 13.000 von 66.149 auf 79.166. Der umgesetzte Spiel- und Konzertplan stellt eine ausgewogene Mischung zwischen der Vermittlung des Kultur- und Kunstauftrages sowie der Unterhaltungsformate dar. Auch auf Grund dieser Bandbreite im Repertoire genießt die Gesellschaft respektive das Theater Rudolstadt und die Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Freistaates Thüringen hinaus.

Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr 2024 die Sanierung des Großen Hauses weiter fortgeführt.

Insgesamt fielen Instandhaltungsaufwendungen i. H. v. 3.947 T€ an, die mit 277 T€ über den geplanten Aufwendungen lagen. Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. 1.158 T€ lagen um 153 T€ unter den geplanten Werten.

Der Spielbetriebsaufwand liegt um 58 T€ über den im laut Wirtschaftsplan prognostizierten Werten, was auch durch die erhöhte Anzahl der Vorstellungen begründet ist.

Insgesamt erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 253 T€, der im Vergleich zum Plan (-431 T€) besser ausgefallen ist als erwartet.

Wirtschaftliche Lage

Vermögenslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Bilanzen zum 31.12. der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Aktiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	839	12,3 %	686	12,0 %	756	18,5 %
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0 %	0	0,0 %	3	0,1 %
Sachanlagen	839	12,3 %	686	12,0 %	753	18,5 %
Umlaufvermögen	5.922	87,1 %	4.974	87,3 %	3.296	80,8 %
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	136	2,0 %	1.176	20,6 %	309	7,6 %
liquide Mittel	5.785	85,1 %	3.799	66,7 %	2.988	73,2 %
Rechnungsabgrenzungsposten	40	0,6 %	35	0,6 %	29	0,7 %
Bilanzsumme	6.800	100,0 %	5.695	100,0 %	4.081	100,0 %

Passiva	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.110	31,0 %	2.363	41,5 %	2.016	49,4 %
Gezeichnetes Kapital	31	0,5 %	31	0,5 %	31	0,8 %
Kapitalrücklage	558	8,2 %	558	9,8 %	558	13,7 %
Gewinnrücklagen	1.427	21,0 %	1.427	25,1 %	1.131	27,7 %
Gewinnvortrag	347	5,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-253	-3,7 %	347	6,1 %	297	7,3 %
Sonderposten für Investitionszuschüsse	69	1,0 %	100	1,8 %	130	3,2 %
Rückstellungen	279	4,1 %	266	4,7 %	281	6,9 %
Verbindlichkeiten	4.157	61,1 %	2.790	49,0 %	1.525	37,4 %
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	37	0,5 %	24	0,4 %	16	0,4 %
Verbindlichkeiten aus LuL	528	7,8 %	568	10,0 %	518	12,7 %
Sonstige Verbindlichkeiten	3.591	52,8 %	2.198	38,6 %	991	24,3 %
Rechnungsabgrenzungsposten	185	2,7 %	175	3,1 %	129	3,2 %
Bilanzsumme	6.800	100,0 %	5.695	100,0 %	4.081	100,0 %

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird im Folgenden vergangenheitsorientiert anhand einer Kapitalflussrechnung auf der Basis der vergangenen drei Jahre dargestellt.

Kapitalflussrechnung	2024 T€	2023 T€	2022 T€
Finanzmittelfonds zum 01.01.	3.798	2.988	4.880
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.314	896	-1.559
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-327	-86	-333
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0
Finanzmittelfonds zum 31.12.	5.785	3.798	2.988

Ertragslage

Der nachfolgenden Übersicht liegen die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnungen der vergangenen drei Jahre zugrunde. Die Zahlen werden zum Vergleich gegenübergestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2024		2023		2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	1.165	7,7 %	1.006	7,6 %	729	6,4 %
Zuwendungen aus Fördermitteln	9.522	63,1 %	9.245	70,0 %	9.004	79,5 %
Sonstige betrieblichen Erträge	4.398	29,2 %	2.948	22,3 %	1.587	14,0 %
Gesamtleistung	15.085	100,0 %	13.199	100,0 %	11.320	100,0 %
Spielbetriebsaufwand	558	3,7 %	509	3,9 %	425	3,8 %
Personalaufwand	9.543	63,3 %	8.477	64,2 %	7.711	68,1 %
Abschreibungen	174	1,2 %	156	1,2 %	195	1,7 %
Erträge Auflösung Sonderposten	31	0,2 %	31	0,2 %	31	0,3 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.105	33,8 %	3.735	28,3 %	2.719	24,0 %
Sonstige Zinsen und Erträge	14	0,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Zinsen und Aufwendungen	0	0,0 %	2	0,0 %	0	0,0 %
Ergebnis nach Steuern	-249	-1,7 %	351	2,7 %	300	2,7 %
Sonstige Steuern	4	0,0 %	4	0,0 %	4	0,0 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-253	-1,7 %	347	2,6 %	297	2,6 %

Kapitalentnahme/Zuschuss/Ausschüttung

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtzuschüsse durch den Gesellschafter Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt sowie durch den Freistaat Thüringen an die Gesellschaft in den vergangenen drei Jahren.

Geschäftsjahr	Kapitalentnahme T€	Zuschuss T€	Ausschüttung T€
2024	0	9.522	0
2023	0	9.245	0
2022	0	9.004	0

KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH

Die KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH ist mit 16,80 % eine unmittelbare Beteiligung des Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für Städte und Gemeinden des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt.

Gegenstand des Unternehmens ist die analytische Untersuchung von Trinkwasser, Abwasser, Mineralwasser, Talsperren-, Grund-, Oberflächen-, Fließ-, Schwimm- und Badegewässern, Klärschlamm sowie die Altlastenerkundung von Böden und Deponien.

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie

unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Im Fall der mittelbaren Beteiligung der Gemeinde an solchen Unternehmen gilt das Gleiche, wenn die Beteiligung mehr als 25 v. H. beträgt oder die Bilanzsumme des Unternehmens 3.438 TEUR überschreitet.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung lag noch kein festgestellter Jahresabschlussbericht der KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH für das Geschäftsjahr 2024 vor. Derzeit wird davon ausgegangen, dass analog des Geschäftsjahres 2023 der Schwellenwert zur Bilanzsumme nach ThürKO unterschritten wird und damit ein Beteiligungsbericht für 2024 nicht zu erstellen ist.

Konsolidierung

Im Folgenden wird zur Verdeutlichung der Vermögens- bzw. Ertragssituation der Stadt Rudolstadt als Gesellschafterin eine Vermögens- bzw. Ertrags- und Aufwandskonsolidierung anhand der unmittelbaren Beteiligungen in privater Rechtsform dargestellt.

Die Konsolidierung von Beteiligungen ist der Prozess, bei dem die Kennzahlen zu Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung zusammengeführt werden, um die wirtschaftliche Einheit innerhalb der städtischen Beteiligungen darzustellen. Der Konsolidierungskreis fasst alle relevanten Gesellschaften zusammen, um ein klares Bild der Finanzen zu vermitteln. Auf die Einbeziehung der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG sowie der KIV Kommunale

Informationsverarbeitung Thüringen GmbH wird aufgrund des geringen Anteils der Stadt Rudolstadt verzichtet.

Die Spalte „Gesamt“ zeigt insoweit bezogen auf die Anteile der Stadt Rudolstadt die der Stadt zuzuordnenden Vermögens- bzw. Ertrags- und Aufwandsanteile. In der Spalte „Konsolidierung“ werden die Fremdanteile der weiteren Gesellschafter zusammengefasst.

Die Vermögenskonsolidierung führt für die Stadt Rudolstadt bei einem Gesamtkapital von 104 Mio. Euro zu einem Eigenkapital von 51 Mio. Euro. Die Ertrags- und Aufwandskonsolidierung führt zu einem anteiligen Jahresüberschuss in 2024 i. H. v. 1,4 Mio. Euro.

Vermögenskonsolidierung 2024

Vermögenskonsolidierung	RUWO	SER	SAALEMAXX	EVR (fremd: 49%)	IGZ (fremd: 73,98%)	Konsolidierung (fremd)	Gesamt (städtisch)
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Aktiva							
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	0	152	331	1	163	332
Sachanlagen	79.674	6	2.861	1.777	1.522	1.997	83.844
Finanzanlagen	0	0	0	11.854	50	5.845	6.058
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vor- räte	4.686	99	89	676	0	331	5.218
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	67	39	223	5.775	32	2.854	3.283
Flüssige Mittel und Bausparguthaben	1.829	734	255	3.235	475	1.936	4.591
Rechnungsabgrenzungsposten	127	0	349	35	15	28	498
Summe 2024	86.392	879	3.929	23.683	2.095	13.155	103.824

Passiva	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital	44.976	852	480	9.182	1.159	5.356	51.292
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0	264	148	890	731	571
Rückstellungen	837	11	36	2.485	24	1.235	2.157
Verbindlichkeiten	40.579	16	3.149	11.867	23	5.831	49.803
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	2	0	1	1
Passive latente Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Summe 2024	86.392	879	3.929	23.683	2.095	13.155	103.824

Summe 2023	87.192	827	3.979	32.232	2.049	17.310	108.970
------------	--------	-----	-------	--------	-------	--------	---------

Im Rahmen der Vermögenskonsolidierung wurde ein Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz (EVR 49 %, IGZ 73,98 %) gebildet. Auf eine Konsolidierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Leistungsbeziehungen zwischen den Gesellschaften wurde aufgrund Geringfügigkeit verzichtet. Die Gesamtsummen der Geschäftsjahre 2023 und 2024 sind nur bedingt vergleichbar, da zwischen der EVR und der EnR ein Teilbetriebsübergang zum 01.01.2024 erfolgte. Die EnR ist als mittelbare Beteiligung nicht Bestandteil oben aufgeführter Vermögenskonsolidierung.

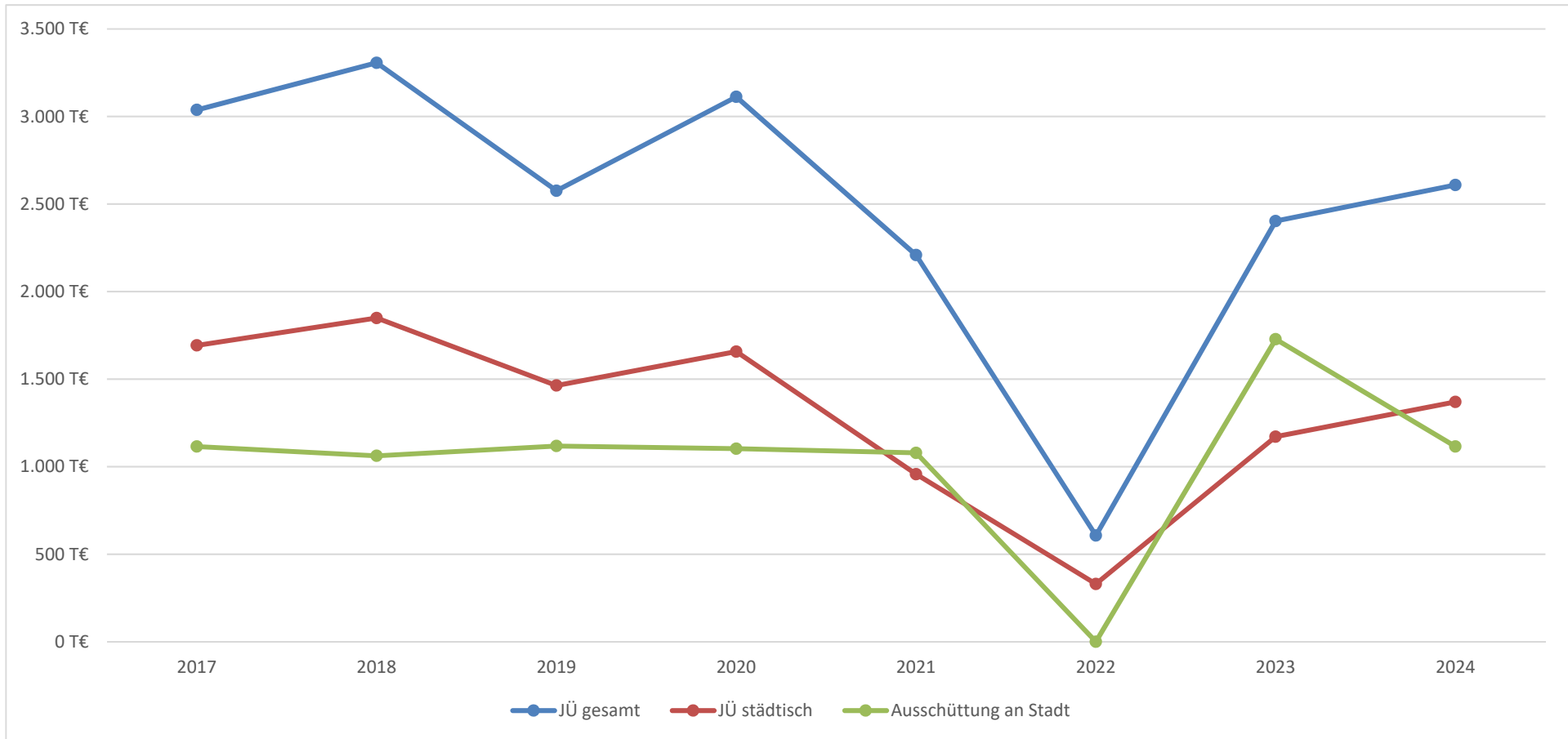
Ertrags- und Aufwandskonsolidierung 2024

Ertrags- und Aufwandskonsolidierung	RUWO	SER	SAALEMAXX	EVR (fremd: 49%)	IGZ (fremd: 73,98%)	Konsolidierung (fremd)	Gesamt (städtisch)
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	13.907	204	4.608	30.126	407	15.063	34.189
Erhöhung/Verminderung Bestand	376	76	0	0	0	0	452
Andere aktivierte Eigenleistungen	70	0	171	9	0	5	246
Sonstige betriebliche Erträge	592	4	304	243	242	298	1.087
Gesamtleistung	14.943	284	5.083	30.379	649	15.366	35.973
Materialaufwand	7.556	102	2.218	24.679	0	12.093	22.464
Rohergebnis	7.387	182	2.865	5.700	649	3.273	13.509
Personalaufwand	2.049	118	2.429	1.947	197	1.100	5.641
Abschreibungen	2.904	1	210	373	103	259	3.332
Sonstige betriebliche Aufwendungen	811	31	963	1.360	243	846	2.561
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	419	1	206	214
Erträge Gewinnabführung/Aufwendungen Verlustübernahme	0	0	0	748	0	367	382
Sonstige Zinsen und Erträge	71	15	0	68	5	37	122
Zinsen und Aufwendungen	738	0	70	45	0	22	830
Steuern vom Einkommen und Ertrag	40	0	0	841	0	412	469
Ergebnis nach Steuern	915	47	-806	2.369	113	1.244	1.393
Sonstige Steuern	1	0	20	0	7	5	24
Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2024	914	46	-826	2.369	106	1.239	1.370
Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2023	488	-37	-551	2.484	19	1.232	1.171

Im Rahmen der Ertrags- und Aufwandskonsolidierung wurde ein Ausgleichsposten für Anteile im Fremdbesitz gebildet. Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden um den prozentualen Fremdbesitzanteil (EVR 49 %, IGZ 73,98 %) korrigiert. Auf eine Konsolidierung der internen Leistungsbeziehungen wurde im Hinblick auf eine unwesentliche Beeinflussung verzichtet.

Jahresergebnisse und Ausschüttung

Das folgende Diagramm stellt die Jahresergebnisse der kommunalen Beteiligungen unter Verrechnung von Jahresüberschüssen und Jahresfehlbeträgen sowie den jeweiligen städtischen Anteil der Geschäftsjahre seit 2017 dar. Ebenfalls werden die Ausschüttungen aus den Geschäftsjahren abgebildet, welche dem städtischen Haushalt in der Regel jeweils im Folgejahr zufließen. Berücksichtigung finden hier die RUWO, SER, SAALEMAXX, EVR, IGZ und bis zum Geschäftsjahr 2023 auch die Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH.



Quellenverzeichnis

- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der RUWO Rudolstädter Wohnungsverwaltungs- und Baugesellschaft mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der Stadtentwicklungsgesellschaft Rudolstadt mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der SAALEMAXX Freizeit- und Erlebnisbad Rudolstadt GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der Energieversorgung Rudolstadt GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der EnR Energienetze Rudolstadt GmbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG
- Jahresabschluss zum 31.12.2024 der TEAG Thüringer Energie AG
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der IGZ – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der Thüringer Landestheater Rudolstadt Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH
- Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2023 zur KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH
- Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2024 zur KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG sowie dem KEBT-Konzern
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
APH	Alten- und Pflegeheim Cumbach GmbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BNetzA	Bundesnetzagentur
EMS	Energie- und Medienversorgung Schwarza GmbH
EnR	Energienetze Rudolstadt GmbH
EVR	Energieversorgung Rudolstadt GmbH
GJ	Geschäftsjahr
GkSA	Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVP	Geschäftsverteilungsplan
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
IGZ	IGZ - Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt
k. A.	keine Angaben
KEBT AG	Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG
KET	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen
KIV	KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
KOWUG	KOWUG Kommunale Wasser- und Umweltanalytik GmbH
KSK SLF-RU	Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
KWKG	Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
p. a.	per anno
RUWO	RUWO Rudolstädter Wohnungsverwaltungs- und Baugesellschaft mbH
SAALEMAXX	SAALEMAXX Freizeit- und Erlebnisbad Rudolstadt GmbH
SER	Stadtentwicklungsgesellschaft Rudolstadt mbH
TEAG	TEAG Thüringer Energie AG
TGG	Thüringer Glasfasergesellschaft mbH
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
VJ	Vorjahr
WKT	Windkraft Thüringen GmbH & Co KG

Impressum

Herausgeber

Stadtverwaltung Rudolstadt
Beteiligungsmanagement
Markt 7
07407 Rudolstadt

Telefon: +493672 / 486-107

Fax: +493672 / 48648-107

E-Mail: beteiligungen@rudolstadt.de

Internet: www.rudolstadt.de

© Stadt Rudolstadt, September 2025

Einsicht in bzw. Anmerkungen zum Beteiligungsbericht können in der Abteilung Beteiligungsmanagement der Stadtverwaltung Rudolstadt erfolgen.